BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 12 Köln, 25. Dezember 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Karl Graf von Westphalen, „Die Lage"* S. 995
- *Dr. Wilhelm Ritter von Meng, „Was folgt auf die nicht erfolgreiche Politik der Stärke?"* S. 1007
- *Oberbürgermeister i. R. Rob. Scholl, „Abkehr vom Kalten Krieg"* S. 1011
- *Prof. Dr. Hans Rheinfelder, „Gedanken in der Weihnachtszeit"* S. 1015
- *Major a. D. Hans-Moritz von Frankenberg u. Proschlitz, „Warum sozialer Abbau in der Bundesrepublik?"* S. 1021
- *Manfred Pahl-Rugenstein, „Entspannung — Demontage der Unsicherheit"* S. 1026
- *Dr. Josef Peters, „Zurück in den Abgrund?" (Der Fall Oberländer)* S. 1033
- *Prof. Dr. Levin L. Schücking, „Binsenwahrheiten"* S. 1038
- *Gertrud von le Fort, „Friede auf Erden"* S. 1040
- *Johannes Weidenheim, „Geschäftchen und Benefiz"* S. 1042
- *Rolf Italiaander, „... nicht an den Besten schuldig werden" (Zum Tode von Hans Henny Jahnn)* S. 1044
- *Hans Henny Jahnn †, „Der Mensch im Atomzeitalter"* S. 1046
- *Jakob Kolander, „Adenauer und das Ärgernis der fünf Ringe"* S. 1049
- *Albrecht Goes, „Was heißt es, einem Gewissensentscheid zu folgen?"* S. 1052
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 1054

Karl Graf von Westphalen

Die Lage

Die weltpolitische Lage ist am Ende des Jahres 1959 ermutigend, ermutigender jedenfalls als an manchem Jahreswechsel zuvor. Das bis Mitte 1959 noch geschmähte Leit-Prinzip einer Weltpolitik jenseits des kalten Krieges: „Friedliche Koexistenz" ist zu einer realen politischen Macht geworden. Die Beteiligten haben einen Modus gefunden, den Umschlag der Gegensätze in ein allgemeines Chaos, in einen Machtkampf bis zur allgemeinen Katastrophe zu verhindern. Niemals galt das mehr als heute, angesichts der Vernichtungswaffen in Ost und West, die eine militärische Auseinandersetzung zur Katastrophe für die ganze Welt werden lassen würden.

Sowohl Chrustschow wie Eisenhower, deren persönliche Begegnung in den USA im Herbst einen Meilenstein zu einer friedlichen Lösung der Weltprobleme darstellt, sind sich in diesem Prinzip der Koexistenz einig. Die militärpolitische Situation läßt keine andere Wahl, als auf Rüstung und Krieg als

Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele zu verzichten. Und das hohe Verdienst beider Staatsmänner besteht darin, daß sie sich dieser Einsicht nicht verschließen, sondern aus ihr die Konsequenz ziehen. Eisenhower wünscht die Selbstbehauptung des kapitalistischen Westens ebenso wie Chrustschow an den weltgeschichtlichen Endsieg des Kommunismus glaubt. Aber beide wissen heute, daß das eine wie das andere nur möglich sein wird, wenn eine Weltkatastrophe verhindert, das Risiko einer solchen auf ein Minimum reduziert, der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus in anderer als der bisher primär rüstungspolitischen Form ausgetragen wird. Es gibt nur noch die Alternative: Frieden, Verhandeln oder gemeinsamer Untergang.

Staatssekretär Herter hat dem Begriff der Koexistenz den des „Co-survival", des „gemeinsamen Weiterlebens" an die Seite gestellt und mit ihm den Sinn der Koexistenz umrissen. Ost und West müßten sich über die ‚Spielregeln' für ein gemeinsames Überleben einigen." Solche Regeln müssen akute politische Fragen mildern, die jetzt noch nicht zu lösen sind, und sie müssen die Spirale des Wettrüstens, die von jenen Fragen getrieben wird, unter Kontrolle bringen. Das ist die Hauptaufgabe der Verhandlungen der nächsten Monate und vielleicht Jahre." Chrustschow charakterisierte die neue Lage etwa folgendermaßen: Die friedliche Koexistenz sei nicht mehr Wunsch oder Bitte irgendeiner Seite, sie sei bereits Praxis. Wer sich dagegen wende, trete de facto für den Krieg ein. Es gehe nicht mehr darum, ob friedliche Koexistenz sein soll oder nicht, sondern wie sie auf eine vernünftige Grundlage zu stellen sei.

Koexistenz — Propaganda oder Wirklichkeit

Nicht nur die Sinnlosigkeit und Gefährlichkeit einer weiteren Fortsetzung des Wettrüstens zwischen Ost und West veranlassen heute die USA dazu, sich auf eine andere Form der Austragung dieses Gegensatzes umzustellen. Die Sowjetunion, der man im Westen lange, allzulange den Vorwurf glaubte machen zu können, sie rede nur platonisch von Koexistenz, sie treibe damit nur Propaganda zur „Einlullung" des Westens, die Sowjetunion hat ihrerseits bereits die Praxis der Koexistenz begonnen, und zwar so erfolgreich und intensiv, daß der Westen heute schon Gefahr läuft, den Anschluß zu verpassen, wenn er selbst nicht endlich die Prinzipien der Koexistenz ernst nimmt und ihr auch seinerseits den Inhalt gibt, den die Sowjetunion ihr bereits gegeben hat. Denn die außerordentlichen wirtschaftlichen Anstrengungen und das sehr eindrucksvolle wirtschaftliche Auftreten der Sowjetunion in den „unterentwickelten Ländern" Asiens und Afrikas, aber auch schon Süd- und Mittelamerikas veranlassen die USA heute, die Umstellung ihrer eigenen Politik als Vormacht des kapitalistischen Westens auf den Primat wirtschaftlicher Anstrengungen beträchtlich zu intensivieren.

Die „unterentwickelten Länder" bieten sich heute der westlichen Welt nicht mehr, wie früher, als offener Absatz- und Investitionsmarkt um jeden Preis dar, so wenig wie als militärisch-politische Stützpunkte im „Kalten Krieg". Das bedeutet: sie lassen sich nicht mehr einfach als Stützpunkte in die Rüstungspolitik des Kalten Krieges einbeziehen. Und die westliche Wirtschaft kann nicht mehr in sie als Expansionsräume ausweichen, wenn sie solch neuer Expansionsräume dringend zu bedürfen glaubt. Der Westen muß heute, aus drängenden politischen und aus unverkennbaren moralischen Gründen, die aktuelle Hilfsbedürftigkeit jener Länder anerkennen, er muß gleichzeitig aber auch ihrem Souveränitätsanspruch und Unabhängigkeitswillen politisch und psychologisch Rechnung tragen. Es ist nicht mehr möglich, sie zu erobern und auszubeuten — sie wollen heute umworben sein! So wenig eine „Flucht in die Rüstung" heute hilft, das Absatzproblem der Wirtschaft zu lösen, weil jene Flucht das Risiko des Krieges,

und das heißt heute: des allgemeinen Untergangs bis aufs äußerste steigert, so wenig vermag militärisch-politischer Druck jene Gebiete zu gewinnen. So, wie in der Weltpolitik im Großen die entscheidenden Gegensätze nur noch mit friedlichen, wirtschaftlichen und geistigen Mitteln ausgetragen werden können, soll eine der beiden Seiten eine konkrete Erfolgschance haben, so kann auch die traditionelle Machtpolitik jenem Hilfsprogramm für die unterentwickelten Länder nicht mehr Nachdruck verleihen, sondern die wirtschaftlichen Kräfte des Westens sind auf sich selbst angewiesen, wollen sie erfolgreich sein.

Wirtschaftliche Hilfe für die Entwicklungsländer vermag heute die eigene politisch-wirtschaftliche Herrschaft nicht mehr im alten Sinne zu erweitern. Aber sie vermag die eigene wirtschaftliche und politische Doktrin an der Front aufzuwerten, wo der Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus heute ausgetragen wird. Und nur so, das hat man in den USA erkannt, vermag man dem Vordringen des Kommunismus in den „unterentwickelten Ländern" Halt zu gebieten. So und nur so! Die politischen Führer der USA wissen, daß sie den militärpolitischen Wettlauf mit der Sowjetunion nicht mehr gewinnen können, daher den wirtschaftlichen Wettbewerb endlich aufnehmen müssen, wollen sie nicht auch ihn verlieren, ehe sie ihn überhaupt begonnen haben! Die Koexistenz ist die Form, der wirtschaftliche Wettbewerb der Inhalt, das „Co-Survival" das Minimalziel und die allgemeine kontrollierte Abrüstung sowie die Beseitigung der akuten Spannungsherde sind die ersten Themen der Weltpolitik in der Periode, die 1958/59 begonnen hat.

Abrüstung

Der bisherige Rüstungswettlauf ist militärisch sinnlos, politisch äußerst gefährlich geworden. Die Stationierung ihrer Truppen im Ausland kostet die USA rund 3 Milliarden Dollar jährlich. Das Defizit in der amerikanischen Zahlungsbilanz aber beläuft sich, wie Staatssekretär Herter kürzlich erklärte, 1959 auf 4 Milliarden Dollar! Das weltpolitisch unumgänglich gewordene neue Außenhandels- und Investitions-Programm verlangt einen enormen finanziellen Aufwand. Es sind harte wirtschaftlich-politische Notwendigkeiten, die eine Reduktion der amerikanischen Rüstung und der Stationierung amerikanischer Truppen in Übersee verlangen. Sie tragen dazu bei, das grundsätzliche weltpolitische Interesse der heutigen amerikanischen Regierung an einer „allgemeinen kontrollierten Abrüstung" zu untermauern! Von dieser wurde, nachdem Chrustschow sie in der aufsehenerregenden Rede vor der UNO-Vollversammlung im September 1959 gefordert hatte, zumal in der Bundesrepublik zunächst ebenso wie vorher von der Koexistenz als von einem „gigantischen sowjetischen Propaganda- und Täuschungsmanöver" gesprochen, teils aus purer Geisteträgheit, einer schlechten Gewohnheit des Kalten Krieges, teils aus bewußter Verfälschung der Situation, die die sowjetische Regierung zu diesem Vorschlag veranlaßte. Wenige Monate später ist es heute der amerikanische Präsident selber, der in Neu-Delhi erklärte, die Abrüstung sei ein Verlangen der Völker und eine unabweisbare weltpolitische Notwendigkeit! Und sogar der westdeutsche Bundeskanzler, dem gewiß nichts so fern liegt wie Abrüstung und Entspannung, kann aus propagandistischen Gründen nicht anders, als das Stichwort aufzunehmen und sich platonisch zu dem bekennen, was er in der Praxis beharrlich zu verhindern versucht.

Der Gedanke der allgemeinen kontrollierten Abrüstung hat einen Siegeszug angetreten. Die Forderung, der Wunsch nach Garantien für den Frieden sind nicht vom Himmel gefallen — sie sind nicht Ausgeburt von Utopisten-Hirnen, sondern sie weisen auf ein weltpolitisches Friedensprinzip hin, dessen Realisierung heute nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Damit sollen die be-

trächtlichen Schwierigkeiten nicht unterschätzt oder übergangen werden, die bei Abrüstungsverhandlungen noch auftauchen werden, und ebensowenig darf verkannt werden, daß die Abrüstungsdiskussion im Westen heute noch von bestimmten Kreisen verzögert oder gestört wird. Gleichwohl ist es ermutigend, daß auch dieser Gedanke heute bereits zu einer politischen Macht geworden ist und die Staatsmänner der beiden Siegermächte sich zu ihm bekennen. Es ist Aufgabe der Diplomatie, den Weg, den die Politik aufzeigt, zu gehen, und, wie später zu zeigen ist, nicht zuletzt auch Aufgabe der Deutschen, hier einen Beitrag zu leisten.

Wir stehen vier Monate vor der Gipfelkonferenz, auf der diese Fragen erneut erörtert werden. Und es erscheint gerade im Hinblick auf diese Konferenz bedeutsam, daß sich die grundsätzliche amerikanisch-sowjetische Übereinstimmung hinsichtlich Koexistenz und Abrüstung bereits konkret ausgewirkt hat. In zwei entscheidenden, sachlich sehr wichtigen und verfahrenstechnisch symptomatischen Ost-West-Verhandlungen hat die Sowjetunion in jüngster Zeit wesentliche Kompromisse gemacht. Dadurch ist der Abschluß des Antarktis-Abkommens Anfang Dezember, zwischen zwölf Nationen, möglich geworden, der von den Vertretern der beteiligten Großmächte ausdrücklich als Modellfall für andere regionale Abkommen (sowohl hinsichtlich der Ausklammerung gewisser Regionen aus der Atomrüstung wie auch hinsichtlich des Kontrollsystems) bezeichnet worden ist. Und es muß ebenfalls in diesem Zusammenhang auf den jüngsten sowjetischen Kompromißvorschlag über die Zusammensetzung der Kontrollorgane bei den Genfer Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche hingewiesen werden, der von den Westmächten als außerordentlich interessant bezeichnet worden ist*).

Diese Verbesserung des allgemeinen weltpolitischen, aber auch des Verhandlungsklimas zwischen Ost und West ist nicht zuletzt auch für die Deutschen ein positives Moment. Das Barometer steht auf Entspannung — und nur eine Entspannung kann die deutsche Frage einer Lösung näher bringen, die im Interesse der Deutschen selbst liegt und den Interessen aller an ihr beteiligten anderen Nationen zumindest nicht widerspricht! Es liegt aber in diesem Augenblick an uns selbst, wie weit wir durch einen Beitrag zu Entspannung und Abrüstung dazu beitragen, unser besonderes Problem wenn nicht zu lösen, so doch lösbar zu machen.

Der Kalte Krieg hat die Lösung dieses Problems ganz wesentlich erschwert. Und er hat zudem eine neue Ausgangssituation für eine solch friedliche Lösung geschaffen, die eine fortschreitende weltpolitische Entspannung nicht wird rückgängig machen zu können: zwei deutsche Teilstaaten. Aber, wenn irgend etwas, so bietet doch gerade die weltpolitische Periode, deren Anfänge wir heute erleben, unserem Volk noch einmal eine Chance, zu einer nationalpolitisch erträglichen, weltpolitisch akzeptablen Lösung des Problems zu gelangen. Doch werden wir diese Chance nur wahrnehmen können, wenn wir bereit sind, einen eigenen Beitrag zur Entspannung und Abrüstung zu leisten und eine eigene Friedens-Initiative zu entwickeln.

Bonn rüstet weiter...

Der Versuch, die Sowjetunion durch die westdeutsche Nato-Aufrüstung zu einer Preisgabe der DDR zu zwingen, hat zu einem politischen Fiasko geführt.

*) „Das erste internationale Abkommen, das eine Art von internationaler Inspektion festlegt, die bisher die Klippe auch aussichtsreicher Ost-West-Verhandlungen über eine Rüstungskontrolle war". AP

Bonn wollte die Sowjets militärisch erpressen. Das Ergebnis war eine fortschreitende Verschlechterung seiner Position in dem von ihm mitgeschürten kalten Krieg. Und Bonn versucht heute, die Sowjets und die eigenen westlichen Verbündeten mit der Aufrüstung weiter politisch zu erpressen — mit dem Ergebnis, daß es sich im Kreise der eigenen westlichen Verbündeten isoliert. Letzten Endes wird sich die Bonner Politik auch dieses Mal in der Schlinge fangen, die sie für andere gelegt hat.

Nichts aber liegt offensichtlich der Bundesregierung in diesem Augenblick ferner, als aus dem eklatanten Zusammenbruch ihrer bisherigen Politik nun die Konsequenzen zu ziehen. Nicht allein, daß sie es an jeglicher eigener Entspannungs- und Abrüstungs-Aktivität fehlen läßt — sie versucht, gerade jetzt, den alten Kurs um jeden Preis fortzusetzen. Die Regierung Adenauer weiß, daß sie mit ihrer Konzeption „Wiedervereinigung durch Aufrüstung" restlos gescheitert ist! Und sie weiß auch, daß Entspannung und Abrüstung dieses Scheitern vor aller Welt, und zumal auch vor dem deutschen Volk, offenbar machen werden. Diese selbstverschuldete, aber notwendige und zugleich nur heilsame Bloßstellung vor der deutschen Öffentlichkeit fürchtet sie. Darum ihr verzweifeltes Bemühen, die klägliche Bilanz um jeden Preis zu verschleiern. Darum nährt sie die alten, längst ad absurdum geführten Illusionen, und darum leugnet sie beharrlich die Tatsache der Entspannung! Das deutsche Volk soll dafür zahlen, weil eine gescheiterte Regierungspolitik das Gesicht nicht verlieren will ...

Sowenig sich eine einseitig westliche Lösung des Wiedervereinigungs-Problems durch die westdeutsche Nato-Aufrüstung in den letzten Jahren hat erzwingen lassen, so wenig läßt sie sich heute durch ein Taktieren in der Entspannungs- und Abrüstungsfrage erzwingen! Eine derartige einseitige Lösung des Problems ist weltpolitisch überhaupt unmöglich geworden. Und es ist darum so absurd wie gefährlich, die westdeutsche Zustimmung zur Entspannung sowie den westdeutschen Beitrag zur Abrüstung abhängig zu machen von der Erfüllung der alten westdeutschen Maximalforderungen in der Wiedervereinigungs-Frage! Darauf aufmerksam zu machen, war auch der Sinn der letzten Äußerungen Nehrus zum Problem der deutschen Wiedervereinigung. Entspannung und Abrüstung sind, als unmittelbar aktuelle Weltprobleme, heute die Voraussetzungen für eine weltpolitische und nationalpolitische Kompromiß-Lösung auch in der „deutschen Frage". Und anderes als eine solche Kompromiß-Lösung ist ohnehin seit langem schon undenkbar!

Die Bundesregierung konstruiert jedoch gerade jetzt, vor der westlichen Gipfelkonferenz in Paris und im Hinblick auf die „Große Gipfelkonferenz" im Frühjahr, abermals ein Junktim zwischen Entspannung und Wiedervereinigung, wie sie sie versteht. Faktisch kann das gar nichts anderes bedeuten als das Eingeständnis, daß sie eine Entspannung nicht wünscht! Denn sie weiß sehr gut, daß ihre Forderungen absolut unerfüllbar sind. Diese Forderungen haben denn auch lediglich die Funktion, Entspannungs- und Abrüstungs-Verhandlungen zwischen Ost und West zu blockieren, die „deutsche Frage" immer wieder als Bremsklotz bei solchen Verhandlungen einzusetzen. (Doch wird sich der Westen auf die Dauer nicht von dieser rein destruktiven Bonner Politik binden lassen!) Das Ziel ist offensichtlich ein zweifaches: politisch ein hinhaltender Widerstand gegen jegliche konkrete westliche Entspannungs-Konzeption, militärpolitisch eine Forcierung der westdeutschen Aufrüstung und zumal eine Beschleunigung vor allem der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Mit anderen Worten: die Verweigerung einer Entspannung durch die Bundesregierung und der Versuch, durch politische Querschüsse die sich anbahnende Entspannung immer wieder zu erschweren, soll den schnell fortschreitenden Aufbau einer westdeut-

schen Atommacht „abdecken" und gleichzeitig das Alibi für ihn schaffen ...

Nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, hat — nach dem Bundeskanzler und Außenminister von Brentano — unmittelbar vor der Pariser Nato-Konferenz auch Verteidigungsminister Strauß (in einem Interview mit der WELT vom 15. 12.) demonstrativ alle Anzeichen einer Entspannung in der sowjetischen Haltung geleugnet und gleichzeitig seine „Sorge" über die Wirkung der „Entspannungpropaganda" geäußert. Man weiß längst: Bonn würde erst dann von „Entspannung" sprechen, wenn die Sowjets vor den Bonner Maximalforderungen kapituliert haben würden ... Was aber die „Sorge" des deutschen Aufrüstungs-Ministers über die Wirkungen der „Entspannungspropaganda" betrifft, so ist diese nur allzu verständlich. Die Völker erkennen mehr und mehr nicht nur die Sinnlosigkeit, sondern auch die Gefährlichkeit des heutigen Rüstungswettlaufes, und diese Einsicht, die in das Verlangen nach Entspannung und Abrüstung einmündet, droht den Herren Adenauer—Strauß das politische Konzept zu verderben. Mit um so größerer Anstrengung versuchen sie darum, ein militärpolitisches fait accompli zu schaffen. Wie dieses Konzept aussieht und mit welchem Nachdruck seine Verwirklichung gerade jetzt vorangetrieben wird, das bestätigt, nach all dem, was in den letzten Wochen vorausgegangen war, das bereits erwähnte Interview noch einmal. Die Quintessenz darin war: Strauß drängte auf eine schnelle Ausrüstung der konventionellen Streitkräfte der Nato und vor allem auch der Bundeswehr mit atomaren Waffen und Raketen!

Die Bundesregierung versucht heute, ihre vollständige politische Niederlage im Kalten Krieg — eine Niederlage, die das deutsche Volk teuer zu stehen gekommen ist, ohne daß es die Regierung bisher zur Verantwortung dafür gezogen hätte — durch verstärkte Aufrüstung zu kompensieren! Dies alles geschieht in dem Augenblick, da auf der weltpolitischen Tagesordnung die Themen Entspannung und Abrüstung stehen. Mit irgendeiner sinnvollen, konstruktiven politischen Konzeption ist diese Aufrüstung-um-jeden-Preis heute weniger denn je verbunden. Während man sich in Washington unverkennbar bemüht, die bisherige Verbindung von Rüstung und Außenpolitik durch den Primat der Politik abzulösen, emanzipiert sich in Bonn die Rüstung von jeglicher Politik. Die militärische Machtkonzentration auf deutschem Boden, das Machtpotential in der Hand von Herrn Strauß und dessen militärpolitisches Selbstbewußtsein wachsen in dem Maße als die Rüstung ihren politischen Sinn verliert. Fraglos hofft die Bundesregierung — nach schlechtem deutschen Brauch, oder auch anders gesagt: gemäß einem alten deutschen Erbübel?! — mit dieser neuen militärischen Machtkonzentration die westdeutsche Bevölkerung über den Zusammenbruch der bisherigen Bonner Wiedervereinigungspolitik hinwegzutäuschen und zu einer militärischen, anstelle einer politischen (also einer Kompromiß-)„Lösung" des Wiedervereinigungs-Problems geneigt zu machen. Wahnwitzig genug — aber man täusche sich nicht über die hier drohenden Gefahren! Gerade weil die heutige Bundesregierung restlos Schiffbruch erlitten hat, bei Entspannung und Abrüstung unvermeidlicherweise politisch mit der DDR konfrontiert wird, diese Bloßstellung aber fürchtet, wächst für sie auch die Versuchung, den neugeschaffenen Militärapparat in einer machtpolitischen „Flucht nach vorn" einzusetzen, und sei es in der Hoffnung auf einen „begrenzten Krieg", ein Unternehmen, das nur in einer neuen deutschen und Weltkatastrophe enden kann. Aber man hat in Deutschland schon immer in einer „Aufrüstung-um-jeden-Preis" (die stets auch eine Aufrüstung für jeden Preis war!) den „Ausweg" gesehen, wenn man außenpolitisch und auch wirtschaftlich nicht weiter wußte, d. h. weil man zu außen- und innenpolitischen Kompromissen nicht bereit war. Die Parole „Friede in Waffen" ist nichts neues, so wenig wie die Strauß'sche Forderung nach einem „Konsum-

verzicht" zugunsten der Aufrüstung — dergleichen war noch stets das Vorspiel des Krieges. Oder erinnert man sich nicht mehr der Göringschen Forderung „Kanonen statt Butter!", die der von Herrn Strauß in Paris ausgegebenen Losung so ähnlich war? Die Armee des Herrn Strauß ist wahrhaftig zu schwach, um im Kriegsfalle auch nur Westdeutschland zu schützen, geschweige irgendeine Erfolgschance zu haben. Aber sie genügt als auslösendes Moment die Brandfackel eines neuen Krieges zu werden. Die unverfrorene Selbstverständlichkeit, mit der diese Aufrüstung heute betrieben wird, der Verzicht auf jede sachlich-konkrete, das heißt politische Argumentation in der Wiedervereinigungsfrage, die planmäßige Denunziation und Diffamierung jeglicher besonnenen und verantwortungsbewußten Erörterung dieses Problems in der Öffentlichkeit — dieser politische „Stil" der Bundesregierung züchtet einen neuen nationalpolitischen Irrationalismus und Indifferentismus, eine neue Verbindung von Enttäuschung und Vermessenheit. Es ist Bonn, das mit dem Appell an Emotionen einerseits, seiner hemmungslosen Wehrpropaganda andererseits eine solche Entwicklung fördert.

Nahziel der forcierten Aufrüstungspolitik ist die schnelle Verstärkung des westdeutschen militärischen Potentials in der Nato, von der man sich in Bonn eine weitere Steigerung auch des eigenen politischen Einflusses in Westeuropa erhofft! Es kann kein Zweifel darüber bestehen, in welchem Sinne Bonn diesen Einfluß geltend zu machen gedenkt: ausschließlich zuungunsten der Entspannungs- und Abrüstungs-Tendenzen, zugunsten eines deutsch-französischen machtpolitischen Kondominiums über Westeuropa und Afrika, sowie zugunsten einer weiteren Aufrüstung. So wie das Frankreich de Gaulles heute versucht, die Nato zu einem Instrument seiner von Bonn weitgehend unterstützten Afrika-Politik zu machen, so versucht die Bundesregierung ihrerseits, mit einer gewissen — keineswegs absoluten — französischen Unterstützung die Nato je länger desto mehr umzuschmieden zu einem „Schwert" für ihre allen außenpolitischen Kompromißlösungen abholden Militär-Politik! De Gaulle, aber auch gewisse Kreise in Bonn stellen dabei auf längere Sicht einen Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa in Rechnung und bereiten sich darauf vor, selbst die militärische Oberherrschaft in Europa anzutreten. Solchen Absichten kommt die Forderung des stets geradezu ausschließlich in militärischen Kategorien denkenden Nato-Oberbefehlshabers General Norstad entgegen, Europa müsse jetzt zur vierten Atommacht werden!

Die Tatsache, daß in den USA und in Westeuropa heute zum erstenmale nach dem Kriege — wie kürzlich der Bonner Korrespondent der New York Times schrieb — ernsthaft die Möglichkeit eines Abzuges der amerikanischen Truppen aus Europa diskutiert wird (eine als „symbolisch" bezeichnete Reduktion der auf Island stationierten Streitkräfte hat bereits begonnen!) zeigt ebenso wie das offensichtlich erlahmende militärpolitische Interesse verschiedener westeuropäischer Länder an der Nato und nicht zuletzt das Bemühen General de Gaulles, die Nato jetzt vor allem in Französisch-Afrika zu engagieren: daß man in Washington, Paris und anderen westeuropäischen Hauptstädten heute weniger denn je mit einer akuten militärischen Bedrohung Europas rechnet (wie sie von Bonn immer wieder als Argument für die Notwendigkeit der Aufrüstung ins Feld geführt wird!).

Es muß hier betont werden, daß nicht allein hinsichtlich der „deutschen Frage", sondern auch im weltpolitischen Ost-West-Konflikt die westdeutsche Atombewaffnung nach wie vor ein Schlüsselproblem ist. Daß Bonn dabei ist, sich diese Vernichtungswaffen anzuschaffen, weiß man ebenso, wie man weiß, daß die Frage der deutschen Atomrüstung heute mehr denn je das entscheidende

Kriterium für die Glaubwürdigkeit der Friedens- und Entspannungsbereitschaft der Bundesregierung ist. Es hat aber in diesen Wochen eine neue Phase dieser Atomrüstung begonnen. Offensichtlich wird eine Beteiligung der Bundesrepublik auch an der Produktion dieser atomaren Waffen politisch und rüstungstechnisch vorbereitet. Anläßlich des Adenauer-Besuches in Paris Ende November (bei dem der Kanzler, wie nachher offiziell mitgeteilt wurde, keinerlei Einwände gegen die französische Atomwaffen-Produktion erhoben hat!) erklärte Bundespressechef von Eckart zweideutig oder vielmehr höchst eindeutig: Bonn werde an dem früheren Verzicht auf Eigen-Produktion der sog. ABC-Waffen (noch!) festhalten; die Bundesregierung sei aber der Ansicht, daß eine „Mitarbeit" an der Herstellung dieser Waffen außerhalb der Bundesrepublik zu jenem Verzicht nicht im Widerspruch stehe! Das Parlament der Westeuropäischen Union empfahl am 3. Dezember (mit 42 gegen 9 Stimmen bei 16 Enthaltungen) dem Ministerrat der Union den Aufbau einer eigenen europäischen Atom-Streitmacht. Die Deutsche Presse-Agentur kommentierte ihren Bericht über diese Empfehlung mit den Worten: ihre Verwirklichung „würde bedeuten, daß die Bundesrepublik in die Entwicklung und Produktion atomarer Waffen eingeschaltet wird." Diese bedrohliche Entwicklung veranlaßte eine starke, inzwischen auf über hundert Mitglieder angewachsene Gruppe der Labour-Fraktion im britischen Unterhaus dazu, einen Antrag einzubringen, in dem die britische Regierung aufgefordert wird, das Problem der westdeutschen Atomrüstung zumindest bis nach der Gipfelkonferenz zurückzustellen, damit nicht durch ein (von Bonn angestrebtes) fait accompli die Entspannungs- und Abrüstungs-Verhandlungen der Großmächte eine neue Belastung erfahren. DPA meldete am 4. Dezember dazu aus London: „In einigen Labour-Kreisen wird bereits eine Entwicklung vorausgesehen, nach der die meisten WEU-Verbote für die deutsche Rüstungsproduktion fallen und Großbritannien der Bundesrepublik Raketen und möglicherweise sogar taktische Atomwaffen liefert." Solche Besorgnisse kommen nicht von ungefähr, hat doch die WEU kürzlich weitere Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik aufgehoben und auch einer Verminderung der Tonnage-Beschränkung für deutsche Kriegsschiffe zugestimmt. Anfang Dezember weilte der britische Verteidigungsminister Mr. Watkinson in Bonn und verhandelte mit Minister Strauß über eine „Koordinierung der britisch-deutschen Rüstungsproduktion". Strauß entschied sich dafür, für die Bundeswehr das britische 10,5 cm-Geschütz zu kaufen und 1000 Panzer der Bundeswehr damit auszurüsten, in der Hoffnung, daß dieses Geschütz das Standard-Nato-Panzergeschütz werde. Außerdem wurde zwischen Watkinson und Strauß die gemeinsame Entwicklung eines Jagdflugzeuges mit senkrechtem Start und eine deutsche Beteiligung bei der Entwicklung der britischen Blue-Water-Artillerie-Rakete beschlossen, vorbehaltlich einer Entscheidung der Nato zugunsten der Ausrüstung der Nato-Truppen mit dieser Rakete. Das rüstungspolitische Engagement nimmt in jeder, vor allem auch in finanzieller Hinsicht immer größere und unsinnigere Ausmaße an. Am 9. Dezember beschloß der Verteidigungs-Ausschuß des Bundestages, auf Empfehlung von Herrn Strauß und gegen die Stimmen der SPD, den Kauf einer geheimgehaltenen Anzahl von ferngelenkten Atom-Raketen (mit einer Reichweite von 1000 bis 1600 km) vom Typ „Mace" und einer entsprechenden Anzahl von Abschuß-Rampen für diese atomare Fernlenkwaffe, deren Stückpreis bei 3,5 Millionen DM liegt und für die insgesamt „weitere" 480 Millionen DM ausgegeben werden sollen! Darüber hinaus genehmigte der Ausschuß die Anschaffung von „weiteren" 364 Jagdflugzeugen vom Typ Starfighter G, zu einem Stückpreis von — 5,75 Milionen DM, für einen Gesamtbetrag von sage und schreibe 2,5 Milliarden DM. Die Bundeswehr aber benutzte ausgerechnet den Barbaratag, Anfang Dezember, zu einer

„Macht-Demonstration", die nichts anderes war als eine eindeutige Gesinnungs-Demonstration. Vor einem großen Publikum feuerte sie auf dem Truppenübungsplatz Bergen die beiden ersten Kurzstrecken-Raketen ab, für die im Ernstfalle atomare Sprengköpfe von der Vernichtungskraft der ersten Atombombe vorgesehen sind. Aber damit nicht genug, trieb man mit dem Entsetzen auch noch in einer schamlosen, das religiöse Symbol herabwürdigenden Weise Scherz (siehe die Notiz aus dem MITTAG in der Dokumentation).

Das ist, in dem Augenblick, da die Völker der Welt auf Entspannung und Abrüstung zu hoffen erstmals seit langem Grund haben, die westdeutsche Wirklichkeit.

Bonn steht bei den Bemühungen um eine forcierte Rüstungspolitik freilich im Bunde mit gewissen wirtschaftlichen und politischen Rüstungsinteressenten in Großbritannien (siehe das neue deutsch-britische Waffengeschäft) und Frankreich (siehe die vorbehaltlose deutsche Zustimmung zur französischen Atombombe) sowie mit den Scharfmachern im Kreise der Nato, wie Paul-Henri S p a a k und General N o r s t a d ! So international heute die Front der Entspannungs- und Abrüstungs-Politik bereits ist, so international ist doch auch die Front derer, die weiterhin von Spannung und Aufrüstung zu profitieren hoffen. Der Notschrei der französischen Flugzeugindustrie angesichts der westdeutschen Entscheidung zugunsten des amerikanischen Starfighter-Jägers und gegen das französische Mirage-Modell, der Hinweis auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der französischen Flugzeugindustrie (dazu die Äußerung Paul Henri Spaaks: „Während wir vom Kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz übergehen, wächst die Bedrohung durch den Kommunismus. Die Nato-Allianz, die der militärischen Drohung so gut standgehalten hat, läuft nun Gefahr, in einer Periode der friedlichen Koexistenz zusammenzubrechen", Süddeutsche Zeitung vom 21. 11. 59), werfen ein Licht auf die Fragwürdigkeit einer politischen und wirtschaftlichen Ordnung, die auf politische Spannungen und Rüstung in Permanenz rein strukturell angewiesen zu sein glaubt und daher heute einem konkreten Frieden immer neue Hindernisse in den Weg legt, um sich selbst zu erhalten. Jenen, im Grunde antihumanen Kräften, denen unsere Ordnung nur in einem Frieden in Rüstung und Furcht möglich scheint, gilt unser Kampf

Die Bundesregierung treibt ein Doppelspiel. Platonisch spricht sie von „Abrüstung". Aber sie verbindet damit, auch gegenüber ihren westlichen Verbündeten, jeweils nach rein taktischen Gesichtspunkten ausgewählte „Empfehlungen" und politisch absolut unerfüllbare Maximal-Forderungen, die die Unehrlichkeit i h r e s Abrüstungs-Willensbekenntnisses demonstrieren. Außerdem aber baut sie, während sie politisch durch eine Verhinderung oder doch Verzögerung von konkreten Entspannungs-Verhandlungen (auch in der deutschen Frage) Zeit zu gewinnen sucht, eine immer größere und immer kostspieligere Streitmacht auf. Wir Deutsche, und nicht nur wir, mögen uns angesichts dieser fortschreitenden Konzentration atomarer Macht in den Händen von Herrn Adenauer, des „Vaters der Bundeswehr", und Herrn Strauß des zynisch-offenherzigen Wortes des Bundeskanzlers vor dem nordrhein-westfälischen CDU-Parteitag in Düren, Ende November, erinnern: er sei beim Gebrauch der Macht „nicht pingelich"! Man darf gewiß sein, daß Herr Strauß in dieser Hinsicht sein gelehrigster Schüler ist!

P r e s s i o n d e r ö f f e n t l i c h e n M e i n u n g

In demselben Maße, als die Entspannungstendenzen in der ganzen Welt und auch in der Bundesrepublik psychologisch und politisch an Boden gewinnen, Bonn aber diese Entwicklung zu hemmen und sein politisches Fiasko durch maßlose Rüstung zu kompensieren versucht — verschärft die Bundesregierung den

Druck auf die deutsche Öffentlichkeit, um die immer zahlreicher werdenden, allen politischen Lagern entstammenden Befürworter einer verantwortungsbewußten Friedenspolitik und einer realistischen Wiedervereinigungskonzeption zum Verstummen zu bringen. Das Unbehagen an der Regierung und ihrer Politik wächst von Tag zu Tag, auch aus sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gründen. Um so vernehmlicher aber ertönt aus Bonn der Ruf nach einem „Notstandsgesetz". Verhängnisvoll, zugleich aber Symptom ihrer politischen Fahrlässigkeit, daß die parlamentarische Opposition sich ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da die Absichten der außen- und innenpolitisch in Bedrängnis geratenen Regierung nur allzu offenkundig sind, die Parole „Notstandsgesetz" überhaupt aufdrängen läßt. Denn, nach den Erfahrungen, die die Öffentlichkeit zehn Jahre lang mit dieser Regierung gemacht hat, darf, ja muß man beschwörend sagen: die Notstandsverordnungen würden der machthungrigen Regierung eine für die heute ohnehin schon vielfältig durchlöcherte westdeutsche Demokratie lebensgefährliche Handhabe zur Einschränkung (oder gar Aufhebung) der demokratischen Freiheiten geben! Man weiß, daß die Bundesregierung nichts unterläßt, was einer fortschreitenden Manipulierung der öffentlichen Meinung in ihrem Sinne und durch ihr nahestehende Interessentengruppen (so beim Verkauf der Neuen Deutschen Wochenschau und bei dem Bonner Entwurf für das kommerzielle Fernsehen!) dienen kann. Herr von Brentano scheut sich nicht, in der Münchener Universität ganz im Sinne autoritärer Regimes zu erklären, die Freiheit in der Bundesrepublik grenze schon an „Anarchie". Man weiß, was damit gemeint ist: die „zersetzende Kritik" muß „eingedämmt", die „Ordnung" „geschützt" werden. Mit anderen Worten: „Anarchie" herrscht dann, wenn die Kritiker der Regierung zu zahlreich, ihre Argumente zu überzeugend werden ...

Allein nicht nur das. Der Kanzler versucht mit allen Mitteln die CDU-Bundestagsfraktion „auf Vordermann" zu bringen und sie am politischen Erwachen zu hindern. Darum wurde Anfang Dezember an dem seinem Gewissen und seiner politischen Vernunft und einer wahrhaft christlich-demokratischen Parteilinie folgenden Kritiker der westdeutschen Atomrüstung Peter N e l l e n aus Münster ein Exempel statuiert (nicht zuletzt auf Betreiben der Hausmacht des Ministers Strauß, der CSU), zur Einschüchterung aller anderen potentiellen Kritiker der Kanzler-Politik in den Reihen der CDU. Konrad Adenauer hat in diesen Wochen aber auch zu erkennen gegeben, wie wenig ihm, dem reinen Machtpolitiker, die Grundsätze seiner eigenen Partei bedeuten, wie sehr er diese Grundsätze je nach Umständen manipuliert. Er hat in Düren die CDU-Länder-Chefs wegen ihrer eindeutig förderalistischen Haltung im Rundfunk- und Fernsehstreit zwischen Bund und Ländern heftig attackiert und von ihnen eine „partei-treuere", was hier nur heißen kann: der Bonner Zentrale folgsamere Politik gefordert. Aber auch vor unwürdigsten Methoden scheut man nicht zurück. Einer der konsequentesten Kritiker der Adenauerschen Wiedervereinigungs-Politik, der jahrelang ebenfalls der CDU angehörende Professor Walter H a g e m a n n aus Münster, soll durch eine fadenscheinige (für die Ersinner mehr als für den Betroffenen peinliche!) Verknüpfung keineswegs einleuchtender politischer Vorwürfe mit privatesten Angelegenheiten (über die die Behörden sich in einer, wie sie selbst zugeben, unrechtmäßigen Art und Weise Kenntnis verschafft haben) nicht allein aus seinem Universitäts-Lehramt verdrängt, sondern auch diffamiert und mundtot gemacht werden. Den autoritären Kräften in Bonn bleiben angesichts der anschwellenden Zahl ihrer Kritiker keine sachlichen Argumente mehr zur Verteidigung ihrer Politik. So bedienen sie sich in diesem Augenblick mehr denn je der Denunziation aller dieser ihrer Gegner als „Wegbereiter" oder gar „Söldlinge" des „Kommunismus" und, wenn selbst das nicht wirkt: des Rufmordes!

Während der Kanzler sich weder vor der Welt noch vor dem deutschen Volke geniert, einen politisch und moralisch derart eindeutig belasteten Mann wie Herrn Professor Oberländer auch weiterhin in seiner Regierung zu behalten — während der Bundesverteidigungsminister ein Treffen der Ritterkreuz-„Prominenz" in Regensburg hofiert — während die Führer der Flüchtlingsverbände versuchen, die Verbandsmitglieder angesichts der weltpolitischen Entspannungstendenzen im Sinne eines gegenüber der Tschechoslowakei und Polen in allen konkreten Fragen (und auf die allein kommt es an!) unversöhnlichen Nationalismus aufzuputschen — während die Bundesregierung offen mit dem autoritär-feudalistischen und klerikalen Franco-Regime sympathisiert: während all dies geschieht, werden die demokratischen Kritiker der Regierung mit autoritären Methoden angeblich im Namen der „Freiheit", in Wahrheit aber allein zur Rettung der Macht Konrad Adenauers denunziert und diffamiert! Die Bundesregierung ist sich der Fadenscheinigkeit ihrer Argumentation zugunsten der Fortsetzung der Politik des Kalten Krieges und der Aufrüstung bewußt. Gerade darum versucht sie heute, die längst fällige öffentliche Diskussion über eine konstruktive Alternative zu ihrer gescheiterten Politik abzuwürgen, die Entwicklung einer solchen Alternative im Keime schon zu ersticken. Die ungeheuren Rüstungsausgaben machen immer mehr Menschen stutzig, die sich fragen: welchen Sinn hat das, wohin muß das führen? Es kommt hinzu, daß dieser enorme Aufwand für Waffen und Munition sich heute auch sozialpolitisch sehr stark bereits auswirkt. Ohnehin lassen sich die problematischen Seiten des heutigen westdeutschen Wirtschaftssystems nicht mehr übersehen. Auf der einen Seite immer neue Preissteigerungen, die entsprechende Lohnforderungen nach sich ziehen müssen, auf der anderen Seite neben gewaltigen Gewinnen auch ein fortschreitender Ausverkauf des Bundesvermögens (im Namen der sog. „Reprivatisierung") an kapitalkräftige Großunternehmen, die dadurch immer mächtiger werden! Ebenso ist unverkennbar die Tendenz zur Re-Konzentration in der Wirtschaft, die dem Größt- und Großbesitz zugute kommt, die mittleren und kleineren Unternehmer immer mehr gefährdet und ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit beraubt. Das große Zechensterben im Ruhrgebiet hat begonnen. Und die Ausführungen Minister Etzels in der Haushaltsdebatte im Bundestag Anfang Dezember haben offenbar gemacht, wie ungeheuer angespannt infolge der ständig steigenden Rüstungsausgaben der Bundeshaushalt bereits ist! Dem steht die schwerwiegende Vernachlässigung des gesamten Bildungswesens, der Rentner etc. gegenüber! All das wird dem Volke allmählich bewußt!

Was muß geschehen?

So greift aus vielen Gründen die Erkenntnis um sich, daß die Bonner Politik Westdeutschland sowohl außen- wie innenpolitisch in immer größer werdende Gefahren hineingeführt hat! Die Politik der Bundesregierung ist, wie gerade der zuletzt erwähnte unmittelbare Zusammenhang von Bildungs- und Sozial-Politik mit der Aufrüstung zeigt, eine Einheit. Ihre Vertreter werden sie gerade angesichts der einsetzenden Götzendämmerung mit allen, auch den äußersten Mitteln verteidigen. Man täusche sich nicht: jeder Fußbreit Bodens auf dem Wege zur Sicherung des Friedens und der Demokratie, jeder Schritt auf dem Wege einer realistischen Wiedervereinigungs-Politik (die weder auf Selbstüberschätzung beruhen noch zur Selbstaufgabe führen darf!) wird dieser Regierung abgerungen werden müssen. Freiwillig, aus Einsicht in ihr eigenes Scheitern wird sie keinen Boden preisgeben. Nur äußerste Entschlossenheit vermag unter diesen Umständen einer Alternative zu ihrer Politik zum Durchbruch zu verhelfen und die Bundesrepublik aus der Sackgasse herauszuführen.

Die Gefahr ist nicht gering, daß die entillusionierende Einsicht der Vielen zur Resignation, zum Fatalismus Aller wird. Die Frage nach dem Ausweg verstummt nicht mehr, aber sie wird oft nur noch zaghaft geäußert. Viele glauben gar keinen Ausweg, nur noch den unabsehbaren Irrweg, den die Bundesrepublik eingeschlagen hat, zu sehen. Sie verlangen nach einer klaren Formulierung und nach einer ganz konsequenten Verfechtung des heute, hier und jetzt politisch Möglichen! Es gehört zu den beunruhigendsten Entwicklungen dieser letzen Zeit auch das Erschlaffen der SPD in der Opposition, der Anpassungs-Trend auch dort, die Beschränkung auf eine nur noch müde-verbale „Opposition". Und wenn heute die Resignation gerade unter den aufrichtigsten Demokraten grassiert, dann hat diese opportunistische Politik der deutschen Sozialdemokratie nicht zuletzt eine schwere Mitschuld daran. Das Vertrauen in die SPD als Führerin einer entschiedenen Opposition ist weithin geschwunden!

Zu einer solchen Resignation ist aber gerade angesichts der allgemeinen weltpolitischen Entwicklung der letzten Monate kein Anlaß, es sei denn man bleibt immer noch, auch als Enttäuschter, im Banne der illusionistischen außenpolitischen Maximalforderungen aus der Zeit des Kalten Krieges. Die Bundesrepublik hat viele Möglichkeiten, zur Vorbereitung einer Lösung des Deutschland-Problems auch in ihrem Sinne beizutragen, Möglichkeiten, die heute dringende Notwendigkeiten sind. Sie muß anstreben, daß — im Gegensatz zu der Destruktions-Taktik Dr. Adenauers — auf der bevorstehenden Gipfelkonferenz das Deutschland-Problem als Ganzes erörtert, die Berlin-Frage dort nicht isoliert, sondern als Teil dieses Gesamtproblems zur Diskussion gestellt wird. Sinnvoll ist das freilich nur, wenn die Bundesrepublik sich gleichzeitig bereit erklärt, zusammen mit der DDR einen „gesamtdeutschen Ausschuß" zu bilden, der über die Möglichkeit von Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten — dieser bitteren Frucht des Kalten Krieges — zumindest verhandeln muß! Das ist aber auch der einzige Weg, heute, unter den Umständen von 1959, die deutsche Spaltung zumindest zu mildern. Eine dauerhafte Lösung der deutschen Frage hat aber auch militärpolitische Voraussetzungen. Sie ist nur denkbar auf Grund von Vereinbarungen über eine atomwaffen-freie Zone in Mitteleuropa und wenn möglich noch darüber hinaus. Wir betonen noch einmal: es handelt sich hier um eine unerläßliche Voraussetzung jeder Wiedervereinigung. Völlig unsinnig aber ist es, heute noch die Zustimmung zu einem Disengagement abhängig machen zu wollen von der Erfüllung außenpolitischer Maximalforderungen in der Wiedervereinigungsfrage, deren Unerfüllbarkeit seit Jahr und Tag offenkundig ist!

Es bedarf also einer ebenso nachdrücklichen wie besonnenen westdeutschen Aktivität in der Frage der Entspannung und Abrüstung, wenn in der Frage der Wiedervereinigung wenigstens das in absehbarer Zeit mögliche Minimum erreicht werden soll. Alle diese Teilaspekte des Problems führen zu dem nicht allein sachlich, sondern auch formal entscheidenden Problem: Friedensvertrag! Auf der einen Seite muß die Regierung in der bevorstehenden außenpolitischen Debatte immer wieder gefragt werden, welchen Weg sie denn jetzt einzuschlagen gedenkt! Die absolute Haltlosigkeit ihrer Beweisführung wird sich dann ebenso wie ihr völliges Scheitern zeigen. Nicht minder notwendig ist aber auch, daß alle aufrichtig demokratisch-oppositionellen Kräfte sich zusammenfinden zur Entwicklung eines konkreten deutschen Friedensvertrags-Vorschlages, mit dem allein die Deutschen endlich in eigener Sache auch eine eigene Position beziehen und die Initiative ergreifen würden.

Es liegt auf der Hand, daß die Westmächte gerade in dem Maße, als Konrad Adenauer eine Behandlung der Deutschland-Frage auf der Gipfelkonferenz zu hintertreiben versucht, sich mit dem Gedanken an eine Entschärfung des auch von

ihnen als bedrohlich erkannten Berlin-Problems befreunden werden. Der als maßgeblicher außenpolitischer Experte bekannte frühere USA-Botschafter in Moskau K e n n a n erklärte dieser Tage im Londoner Rundfunk: „Die Berliner Situation hat sich mittlerweile faktisch als die ausschlaggebende Störung in der Stabilität des Status quo in Europa erwiesen ... Die Westberliner Bevölkerung hat jeden Grund zu wünschen, daß die Lage geändert und normalisiert wird; wenn nicht genau mit den Mitteln, die Chrustschow vorgeschlagen hat, dann doch jedenfalls durch geeignete." Auch Präsident Eisenhower erklärte kürzlich, die Berliner Situation sei anomal, Staatssekretär Herter sagte, die USA würden über eine Verbesserung des mittlerweile auch von ihnen als untragbar erkannten heutigen Berlin-Statuts froh sein. Eine deutsche Friedensvertrags-Initiative kann niemals ein illusionistischer weltpolitischer Alleingang sein, sondern muß eine aufrichtig-illusionslose Lösung des gesamten deutschen Problems im Zusammenwirken beider heute bestehenden deutschen Staaten mit den Großmächten im Geiste des Friedens und der Koexistenz anstreben. Wir stimmen hier Paul S e t h e zu, der am 31. 10. 1959 in der WELT schrieb: „Immer noch steht die Anregung im weltpolitischen Feld, über den Friedensvertrag und damit über die Wiedervereinigung international zu sprechen. Noch immer hüten wir das Erbe der letzten Genfer Konferenz: Die Einigung des Westens mit dem Osten über den Grundsatz ... des gesamtdeutschen Ausschusses, der den Friedensvertrag und damit die Wiedervereinigung vorbereiten sollte."

Muß erst der kürzlich von Chrustschow in Budapest angedrohte Abschluß eines s e p a r a t e n Friedensvertrages der Sowjetunion mit der DDR uns zeigen, in welch hoffnungslose Isolierung wir uns zu bringen fähig sind und diese Isolierung ein für alle mal vollenden?

Die Regierung Adenauer hat geglaubt, für alle Zeiten einer Unterstützung ihrer Politik des Kalten Krieges durch die USA sicher sein zu können. Heute aber haben die Kräfte des Friedens und der Vernunft die Hoffnung, daß der Friedenswille und die Entspannungsbereitschaft der führenden Staatsmänner der b e i d e n Supermächte sich durchsetzen werden, im Sinne der Worte Präsident Eisenhowers bei seinem Besuch in Indien im Dezember: es seien die Völker, die den Frieden erreichten, und die Regierungen schafften manchmal erst die Probleme, deren Lösung sie dann ankündigten!

Es ist in diesem Augenblick mehr denn je die Aufgabe der d e u t s c h e n Politik, im d e u t s c h e n Rahmen zugunsten einer Entspannung und Abrüstung zu wirken! Die Erfüllung dieser Aufgabe allein bietet der deutschen Sache aber noch einmal eine große Chance!

Dr. W i l h e l m R i t t e r v o n M e n g

Was folgt auf die nicht erfolgreiche Politik der Stärke?

Daß die „Politik der Stärke" der Bundesrepublik bisher nichts eingebracht hat als die Erhaltung des status quo, und dies mit amerikanischer Hilfe, erkennen wohl jetzt auch die meisten ihrer Vertreter im Parlament, in der Regierung und im deutschen Volk. Es war nicht allzu schwer zu sehen, daß es so kommen würde. Denn niemand, der die Lage der Bundesrepublik ohne Illusion, also ohne auf Wünschen beruhende Einbildung, ansah, konnte hoffen, daß man mit einer solchen Politik zur Wiedervereinigung der beiden getrennten Teile Deutschlands und zu einer friedlichen Koexistenz von West und Ost gelangen könnte.

Was politisch geschehen, bzw. nicht geschehen ist, geht u. a. aus einem Kommentar der Süddeutschen Zeitung vom 9. Oktober 1959 hervor, der unter der Überschrift „Das Bonner Ost-Karussell" folgendermaßen lautet: „Der Oktober scheint eine Art von Schicksalsmonat für das zu sein, was so Bonner Ostpolitik genannt zu werden pflegt. Gerade vor vier Jahren, nachdem Adenauer in Moskau die mancherlei Illusion weckende Aufnahme von Beziehungen mit der Sowjetunion vereinbart hatte, erhob sich zum ersten Mal die Frage, ob es nicht auch an der Zeit sei, die Mauer niederzulegen, die uns von unseren östlichen Nachbarn trennt. Die Antwort der Regierung war die Hallstein-Doktrin, dem perfekten Juristengehirn, dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, entsprungen. Sie verneinte nicht nur diese Frage, sondern drohte zugleich allen Regierungen den Abbruch der Beziehungen an, die etwa ihrerseits die DDR diplomatisch anerkennen würden. Ein Jahr darauf gab der „polnische Oktober" den Nachbarn im Osten eine gewisse Bewegungsfreiheit. Aber in Bonn änderte sich nichts. Statt dessen fielen wieder ein Jahr später, im Oktober 1957, die guten und politisch wichtigen Beziehungen mit Jugoslawien Professor Hallstein zum Opfer, unmittelbar, nachdem der verdienstvolle Botschafter in Belgrad, der von jeher für eine aktive Politik eintretende FDP-Politiker Pfleiderer, plötzlich gestorben war. Seitdem gehört die Frage von Beziehungen zu Warschau und Prag samt allen im Laufe der Zeit bis zum äußersten abgegriffenen Argumenten und Gegenargumenten zum ständigen Repertoir der Bonner Kulisse. Zuletzt hörten wir im Hochsommer, im Zusammenhang mit einem gescheiterten Vorstoß des Außenministers, die Frage sei nach wie vor nicht aktuell, werde jedoch ständig geprüft — usw. Aber jetzt im Oktober kommen aus dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestags, der sich zum hundertstenmal damit beschäftigt, einige unerwartete Zwischentöne. Es scheint, daß die Begegnung der Bonner Delegation, zu der auch der aufgeschlossene CDU-Abgeordnete Kopf gehörte, mit der polnischen Wirklichkeit während der Warschauer Tagung der Interparlamentarischen Union doch Eindrücke und Verbindungen hinterlassen hat. Sollte von hier ein neuer Anstoß ausgehen, der den bisher übermächtigen Widerstand der Ewig-Gestrigen mit der Zeit nun doch zu überwinden vermag?" (Aber diese Zwischentöne haben sich in keiner Weise verstärkt.)

Als Ergänzung dieses Kommentars sei noch darauf hingewiesen, daß der SPD-Abgeordnete Prof. Dr. Carlo Schmid sich im Norddeutschen Rundfunk für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Oststaaten aussprach und darauf hinwies, daß die Polen ausdrücklich erklärt hätten, sie würden in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik keine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesrepublik sehen.

Ein wirklicher Beweis echter Stärke sowohl im Denken als auch im Handeln einzelner Menschen und Gruppen von Menschen auf allen Gebieten, also auch auf politischem und militärischem, liegt darin, daß man jeweils die Lage klar erkennt oder wenigstens zu erkennen sucht, ohne sich durch leidenschaftliche Gefühle, wie Haß, Zorn, Rachsucht, Vergeltungssucht, Überheblichkeit, übertriebenes Selbstgefühl in falsche Richtung lenken zu lassen. Was man anstrebt und zu erreichen sucht, muß die Wahrscheinlichkeit oder mindestens die Möglichkeit der Erreichbarkeit unter Anwendung moralisch vertretbarer Mittel für sich haben. Daß dies bei Beibehaltung der unschwer erkennbaren, auf Hinausschieben gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung gegenüber den Oststaaten der Fall gewesen wäre, kann nicht behauptet werden. Daß es in den vergangenen zehn Jahren für uns möglich gewesen wäre, mit der Sowjetunion zu einem annehmbaren Friedensschluß mit einem ungeteilten Deutschland zu kommen, wird von vielen behauptet. Jedenfalls sind Möglichkeiten, die dagewesen zu sein scheinen,

als Sowjetrußland noch nicht die heutige Stärke hatte, nicht wahrgenommen worden, weil man sie nicht wahrhaben wollte, entsprechend dem Festhalten an der „Politik der Stärke".

Um so notwendiger wäre jetzt ein Übergang unserer Außenpolitik zu einem Erfolg versprechenden politischen Denken und Handeln, das zu einem Verhandeln der beiden Teile Deutschlands führen müßte und um das die Bundesrepublik sowieso nicht herumkommen wird, auch wenn von einer Wiedervereinigung nicht mehr gesprochen werden kann, sondern vielleicht nur von Vereinbarungen über ein gewisses nebeneinander Existierenkönnen.

Nachdem der Bundeskanzler selbst kürzlich gesagt hat, daß wir nun vor der Notwendigkeit stünden, für den verlorenen Krieg zahlen zu müssen, und nachdem der Verteidigungsminister der Bundesrepublik bei seinem kürzlichen Besuch in Kanada erklärt hat, es gäbe für uns nur den Weg eines klugen und geduldigen Verhandelns, muß man fragen, warum diese Einsichten nicht in die Tat umgesetzt werden, nachdem doch klar erkennbar geworden ist, daß sich durch die bevorstehenden Vor- und Gipfelkonferenzen für uns keine wesentlich bessere Lage ergeben wird. Es kann als zuverlässig gelten, daß weder die Vereinigten Staaten noch die anderen westlichen Mächte sich dem Risiko eines Krieges mit der Sowjetunion der schwebenden deutschen Probleme wegen aussetzen werden. Es ist auch als sicher anzunehmen, daß ein Abkommen bezüglich eines verträglichen Existierens der beiden getrennten Teile Deutschlands nur allmählich und unter großem Aufwand an gutem Willen und Geduld erreicht werden kann. Aber wie weit sind wir von einem solchen Ziel entfernt, nachdem mit einer Verhandlungsbereitschaft unsererseits anscheinend gewartet werden soll, bis die weltweite Abrüstung verwirklicht wird. Und so will man sich verhalten, nachdem man über zehn Jahre sich im kalten Krieg befunden hat und unentwegt nur den status quo aufrecht zu erhalten bemüht war.

Nach den Ereignissen und Ergebnissen der beiden letzten Kriege, die uns anläßlich der Feier des Volkstrauertages 1959 mit ihren Millionenziffern an Toten und Schwerverletzten unter Einschluß der Menschenverluste an Ermordeten und nicht am Kampf aktiv Beteiligten wieder gegenwärtig geworden sind und in Anbetracht der gewaltigen Zerstörungen an Hab und Gut und an unersetzlichem Kulturgut müßte es heute als unmöglich angesehen werden, die Lösung politischer Differenzen durch Gewalt unter Anwendung der heute zur Verfügung stehenden Kampfmittel erzwingen zu wollen. Schon vernunftgemäße Überlegung, der Ruf des Gewissens und das Bewußtsein, stets auch den Gesetzen der Menschlichkeit dienen zu wollen, müßte zur Erkenntnis führen, daß politische Ziele durch Anwendung der heute zur Verfügung stehenden Kampfmittel unerreichbar sind und daß die Anwendung solcher nicht nur für die sich gegenüberstehenden kämpfenden Menschen und Völker zur völligen gegenseitigen Vernichtung führen muß, sondern auch nicht beteiligten Menschen, Völkern und Ländern unermeßlichen und nie wieder gutzumachenden Schaden zufügen kann, da die Grenzen von Atomwaffenkämpfen sich nicht gebietsweise abstecken lassen.

Ein moderner atomarer Krieg könnte nur zur Vernichtung eines großen Teils unseres Erdenrunds führen, worauf zahlreiche sehr ernstzunehmende Fachleute der Wissenschaft und Technik hinzuweisen nicht müde werden.

Es ist mehr als erstaunlich, ja geradezu erschreckend, mit welcher Selbstverständlichkeit von gewisser Seite über die Möglichkeit eines Atomkrieges und über praktische Maßnahmen zum Schutz von Menschen gegen die Auswirkungen eines mit atomaren und anderen schweren Waffen geführten Krieges gesprochen und geschrieben wird, als ob ein Atomkrieg möglich und wahrscheinlich sei. Ist eine solche Einstellung noch menschlich und kulturell vertretbar? Und doch wird

sogar von gewissen theologischen und anderen Vertretern christlicher Religionen die Berechtigung eines solchen Kämpfenmüssens anerkannt bzw. gefordert. Wenn man als denkender und durch Vernunft und Gewissen geleiteter Mensch derartiges verantworten sollte, könnte man nur „nein" sagen, wie wohl auch im Ernstfall Tausende tun würden.

Man frage sich, wer soll in einem solchen Krieg die verantwortliche Führung haben? Gerade wir Deutsche haben als Soldaten und Offiziere, die wir im Gang des lange Jahre dauernden kriegerischen Geschehens der beiden letzten Kriege mehrfach Einblick in die Beratungen und Entscheidungen höherer Kommandostellen bekamen, erkennen können, wie schwer es auch für strategisch und taktisch geschulte und erfahrene Fachleute ist, richtig und zum Erfolg führende militärische Entscheidungen zu treffen. Und wie wäre es in einem Atomkrieg, der sich ja immer über weite Räume erstreckt, möglich, militärisch so zu führen und zu handeln, daß entscheidende und dauernde Erfolge zuverlässig erzielt werden? Wo und wer sind die Männer, die solche Aufgaben zu übernehmen bereit sind und sie auch mit Aussicht auf Erfolg lösen könnten? Man kann wohl heute mit ziemlicher Sicherheit den Schluß ziehen, daß es eine militärische Führung, die einen modernen Krieg mit klassischen und atomaren Waffen mit einer gewissen Sicherheit erfolgreich führen könnte, weder bei Ost noch West gibt und daß das Resultat eines dritten Weltkrieges beiderseits wahrscheinlich lauten würde: Vernichtung großer Menschenmassen, Zerstörung der Gesundheit der Überlebenden, Vernichtung von Tier- und Pflanzenleben mit allen ihren Folgen, Zerstörung der Zivilisation und Unmöglichkeit des Wiederaufbaus.

Es sollte daher für eine vernünftige verantwortungsbewußte Führung nur das eine Bestreben geben, den Krieg zu vermeiden. Dies wird auch bei den Verhandlungen der bevorstehenden Gipfeltreffen der verantwortlichen hohen Staatsführer das maßgebende Ziel sein, das erreicht werden muß. Gerade wir Deutsche, die während des letzten Krieges durch Untaten politischer und kriegerischer, aber auch völlig unkriegerischer und teilweise verbrecherischer Art gezeigt haben, daß wir keinen wirklichen moralischen Unter- und Hintergrund haben, sollten nun beweisen, daß uns andere Mittel zu Gebote stehen als die des kalten und heißen Krieges, um das Ziel eines Friedens und eines Zusammenschlusses des deutschen Volkes zu erreichen. Wenn eine solche vernünftige und moralisch vertretbare Richtung von Bundestag und Regierung eingeschlagen würde, könnten sie bei einer großen Zahl deutscher Menschen wieder mehr Sympathie und Wertschätzung gewinnen, als dies jetzt der Fall ist.

Die radikalen Vertreter eines Vernichtungskrieges gegen den Kommunismus, die sich in letzter Zeit wieder stark bemerkbar machen, können nur Menschen sein, die aus den Erfahrungen der letzten beiden Kriege nichts gelernt haben, oder denen es nicht möglich war, solche zu machen, da sie an den Brennpunkten des kriegerischen Geschehens nicht mitgewirkt haben und denen es an der Erfahrung mit den unmenschlichen Seiten des letzten Krieges an der Front und im Hinterland mangelt. Während früheren Kriegen noch eine gewisse erzieherische und vaterländische Bedeutung zugebilligt werden konnte, muß einem modernen Krieg mit atomaren, chemischen und bakteriologischen Kampfmitteln jede moralische Berechtigung abgesprochen werden.

Wenn man die vorstehend gestellte Frage: Was folgt auf die nicht erfolgreiche „Politik der Stärke"? beantworten will, so gibt es nur die Antwort: diese Politik müßte verlassen und durch eine andere, der heutigen Lage angepaßte, ersetzt werden. Diese Politik müßte zu einer friedlichen Koexistenz der bisher feindlichen Länder und Mächtegruppen und zu einem erträglichen Frieden führen. Verhandlungsbereitschaft muß die Utopie der Stärke ersetzen.

Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl

Abkehr vom Kalten Krieg

Seit der Aussprache zwischen Eisenhower und Chrustschow bei dessen Besuch in Amerika ist einiges Eis im Kalten Krieg gebrochen, wenn auch namhafte Kalte Krieger durch ihr Warnen und Zweifeln halsstarrig versuchen, das entstandene mildere Weltklima zu stören. Viel mehr hat nämlich das Treffen der Führer der beiden stärksten Weltmächte nicht gezeitigt als eine Veränderung der politischen Atmosphäre in der Welt. Der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung schrieb in seinem Leitartikel über die Auswirkung der Begegnung Eisenhower—Chrustschow ganz treffend, seit diesem Ereignis dürfe man unbesorgt über Ko-Existenz sprechen, während man vorher gefaßt sein mußte, mit derartigen Äußerungen die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes auf sich zu ziehen.

In der heutigen Welt herrscht ein früher unbekannter Konformismus. Für das westliche Lager ist in der Regel das tabu, was der führende Staat jenseits des Nordatlantik dafür hält. Umgekehrt richten sich die Ostblockländer danach, was aus Moskau zu wichtigen Fragen verlautet. Und da nun die beiden führenden Mächte sich heute freundlicher gegenüberstehen, schwenken auch ihre Schutzbefohlenen oder Satelliten mehr oder weniger auf die neue Linie ein. Von den beiden Großmächten USA und UdSSR hängt wegen des Anlehnungsbedürfnisses ihrer Trabanten und dem hieraus entspringenden Konformismus in der Tat einstweilen das Schicksal der Welt ab. Eine solche Entwicklung haben übrigens weitblickende Männer wie A. Toqueville u. a. schon vor mehr als 100 Jahren vorausgesehen. Nordamerika und Rußland repräsentieren, oberflächlich gesehen, die größten Gegensätze. Aber in ihrem öffentlichen Klima haben sie vielerlei Verwandtes. Dies sagte schon Ende der zwanziger Jahre in einem Vortrag der Reisephilosoph Graf Keyserling nach einem Studienaufenthalt in den USA. Aus seinen Erfahrungen in Amerika zog er die Erkenntnis, es gebe in der Welt merkwürdigerweise nichts Gegensätzlicheres als die Lebensart der Engländer und der Amerikaner. In England strenge Beachtung der privaten Lebenssphäre und Verabscheuung der Prostituierung des privat-menschlichen Bereichs vor der Öffentlichkeit. In Amerika dagegen keine private Lebenssphäre, dort alles für und durch die Allgemeinheit, jeder sich dieser Lebensauffassung zu unterwerfen gezwungen, der sich nicht unmöglich machen wolle. Er, Graf Keyserling, könne sich andererseits nichts Ähnlicheres denken als den way of life in Amerika und in Rußland. Im neuen Rußland gebe es auch keinen privaten Lebensbereich, alles gehöre zum öffentlichen, staatsgesellschaftlichen Bereich. Eine ähnliche Erkenntnis zog neuerdings der indische Ministerpräsident Nehru. Er besuchte vor mehreren Jahren die USA und später auch die UdSSR. Nach seiner Rückkehr aus Moskau sagte er bei der darauffolgenden Pressekonferenz in New Delhi, er habe gefunden, daß Amerika und Rußland mancherlei Ähnlichkeit hätten.

Die maßgebenden Staatsmänner und Politiker des Westens, insbesondere in England und Amerika, sind heute willens, die Welt aus ihrer Agonie zu lösen und sich mit der Ko-Existenz mit dem kommunistischen Osten abzufinden, nachdem sie die Ko-Existenz theoretisch, das heißt mit Worten, schon seit Jahren für unausweichlich erklärt hatten. Ko-Existenz bedeutet aber auch die Anerkennung des status quo. Gegen diese Tatsache — wohlgemerkt Tatsache, nicht Politik — widersetzt sich noch eine Minderheit der politischen Kräfte. Diese Minderheit hat ihre hartnäckigsten Verfechter in Bonn. Solche Politiker möchten nicht sich mit dem status quo abfinden, vielmehr den status quo ante, den früheren Zustand, wieder herstellen. Lieber würden sie den Kalten Krieg, die bisherige welt-

politische Agonie vorziehen, mit der ständigen Gefahr des Ausbruchs eines Weltbrandes, auch um den Preis der Vernichtung der ganzen Schöpfungswelt, als die nun einmal geschaffenen harten Tatsachen anerkennen.

Was können wir eigentlich noch hoffen? Weder kann der Osten fordern und erwarten, daß der Westen seine grundsätzlich auf dem freiheitlichen Prinzip der Selbstverantwortlichkeit und Selbstbestimmung des Individuums gegründete Lebensauffassung preisgibt zugunsten einer besseren Ko-Existenz mit dem totalitären Osten. Aber ebensowenig vermag der Westen den Osten zu bewegen oder gar zu zwingen, sein gesellschaftliches System aufzugeben. Vorläufig müssen diese beiden Lebensauffassungen nebeneinander existieren und sich gegenseitig dulden. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die eine Welt für immer in zwei entgegengesetzte Lebensbereiche getrennt bleiben muß. Nichts ist von ewigem Bestand. Alles ist in Fluß, wie schon H e r a k l i d erkannt hat.

Eine Einigung, ein Zusammenwachsen der zweigeteilten Welt in eine homogene Eine Welt wird kaum vom Politischen her zu erwarten sein, es geschähe denn ein Wunder. Der geografische Bestand der sogenannten Volksdemokratien basiert im wesentlichen auf dem Hitlerkrieg. Die Grundlage zum status quo wurde bereits auf der Konferenz von Yalta geschaffen. Dies festzustellen erfordert die Pflicht zur Wahrheit, weil ohne sie falsche Urteile und manche bei uns herrschende Tabus nicht aussterben. Dort vereinbarten die drei Alliierten, jeder von ihnen solle in den von seinen Streitkräften besetzten Gebieten provisorische Regierungen einsetzen, die ihm sympathisch gesinnt seien. Demgemäß haben dann nach ihrem gemeinsamen Siege alle gehandelt, die Amerikaner, die Briten (und Franzosen), wie auch die Sowjets. Auf die Abmachungen in Jalta ist zurückzuführen, daß in den durch die Sowjets besetzten Ländern Regierungen unter kommunistischer Führung ans Ruder kamen. Daß der Regierungswechsel 1948 in Prag durch die sowjetische Besatzungsmacht herbeigeführt wurde, ist eine unbewiesene Behauptung. Man muß sich nur die während der ersten Nachkriegsjahre in allen ehemals durch H i t l e r besetzten Ländern herrschenden chaotischen und daher labilen Zustände vorstellen, um zu begreifen, wie leicht es damals dynamische Kräfte, etwa die Kommunisten, hatten, sich die Führung zu erobern, sofern sie von der Besatzungsmacht nicht daran gehindert wurden. Und gehindert wurden die Kommunisten in Prag von den Sowjets verständlicherweise wohl nicht. Ein anderer Fall ist der ungarische Aufstand im Herbst 1956. Gegen eine rein sachliche Beurteilung jener Ereignisse besteht bei uns im Westen heute noch allgemein ein Tabu. Unbestritten ist, daß die nach dem Staatsvertrag zwischen der Sowjetunion und Ungarn rechtsmäßig im Lande befindlichen sowjetischen Schutztruppen sich zunächst gar nicht in den ausgebrochenen Bürgerkrieg einmischten. Der neue Regierungschef Imre N a g y und einige seiner Mitarbeiter waren ja alte Kommunisten, die von ihren stalinistischen Vorgängern unter R a k o s i jahrelang eingekerkert und schwer mißhandelt worden waren. Zu ihnen zählte auch K a d a r, der während des Aufstandes die Parteiführung und Regierung übernahm und sie noch heute inne hat. Ihre Befreiung verdankten die neuen Männer der durch Chrustschow erst in der Sowjetunion durchgesetzten Abkehr vom Stalinismus. Nagy kündigte ultimativ den bestehenden Vertrag zwischen Ungarn und der Sowjetunion und rief die Westmächte um militärische Hilfe gegen die verbündeten Sowjettruppen an. Dabei war er offenbar nervös und schwächlich, das Werkzeug zügelloser, von rechtsradikalen Drahtziehern aufgepeitschten Volkshaufen von der Straße. Wie anarchistisch sich die Zustände entwickelt hatten, erhellt daraus, daß die Funktionäre der stalinistischen Ära als Freiwild gehetzt, aufgehängt, ja gekreuzigt oder sonst gemordet, ja haufenweise in unterirdische Gänge getrieben wurden, um dort erbarmungslos erstickt

oder ersäuft zu werden. Wenn gleichzeitig die bisher unbeteiligt gebliebenen sowjetischen Besatzungstruppen angegriffen, ihre Panzer umgestürzt und zerstört wurden, so ist es nicht verwunderlich, daß dann die sowjetische Schutzmacht eingriff und Ordnung schaffte. Man denke sich den umgekehrten Fall in Westdeutschland und stelle sich vor, wie sich da die westlichen Schutzmächte verhalten würden, wenn die deutsche Regierung nicht mehr Herr der Lage wäre.

Hätte Ungarn damals kluge und beherzte Männer an der Spitze gehabt, die sich für ihr Tun und Lassen nur halbwegs das Vertrauen der Sowjets zu erwerben verstanden hätten, dann würden die Dinge einen anderen Verlauf genommen haben — vielleicht! Ungarn hätte dann ein Regierungs- und Gesellschaftssystem mehr westlicher Prägung erlangen können ähnlich wie Finnland, das trotz sowjetischer Besetzung nicht bolschewistisch wurde, trotzdem es sogar bis 1918 zum russischen Staatsgebiet gehörte. Hätte damals Finnland Männer in der Führung gehabt wie den früheren Ministerpräsidenten Tanner, der es als Sozialdemokrat 1941 fertig brachte, sein Land mit Hitler zu verbünden, dann hätten die Finnen vermutlich heute eben ein Rätesystem und wären wieder ein Bestandteil Rußlands, das heißt der Sowjetunion. Aber zu ihrem Glück hatten die Finnen kluge Männer in der Regierung, wie etwa Paasikiwi, die es trotz ihrer politisch konservativen Einstellung verstanden, den Sowjets Zugeständnisse zu machen, die diese befriedigten und die sich dadurch deren Vertrauen verdienten.

Der status quo ist heute fest verankert. Der Zeitpunkt, ihn durch Verhandlungen, auch durch Konzessionen, wieder zu verändern, ist leider versäumt worden. Das Zuwarten so lange, bis der Westen vom Fundament der Stärke aus mit der Sowjetunion verhandeln könne, hat sich als großer Trugschluß des Westens erwiesen. Eine Veränderung des status quo wäre nur noch mit Gewalt denkbar. Aber ein Krieg bedeutet beim heutigen Stand der Waffen nur das Ende aller Dinge. Deshalb will niemand einen Krieg riskieren. Somit verdanken wir das Ausbleiben des Krieges zunächst dem Gleichgewicht des Schreckens. Ist dies aber ein befriedigender, auf die Dauer haltbarer Zustand für unsere Welt?

Da man aus einem Kommunisten keinen westlichen Demokraten und aus einem westlichen Demokraten keinen Kommunisten machen kann, da also auf politisch-ideologischem Gebiet keine Übereinstimmung zu erreichen ist, andererseits aber auch ein Weiterkommen mit kriegerischen Mitteln ausscheidet, müssen wir darum alle Hoffnungen fahren lassen? Eine Hoffnung sehe ich vorläufig nur auf dem wirtschaftlichen Wege. Wenn immer wieder gesagt wird, der Westen habe keine zugkräftige Idee, so geht eine solche Meinung an den Realitäten vorbei. Den meisten Menschen liegt vor allem daran, ihr Leben möglichst gut zu fristen. Das entspricht dem Urtrieb aller Kreatur. Aus diesem Bedürfnis nähren sich auch die Revolutionen. Solche kommen in normaler, ruhiger Zeit nie zum Ausbruch, sondern nur, wenn die Völker durch Not in Unruhe gekommen und seelisch-geistig labil geworden sind. Auch Lenin und seinen Leuten wäre im Herbst 1917 die Revolution in Rußland nicht gelungen, wenn die russischen Völker nicht bereits durch unvorstellbare Blutopfer, Leiden und Hungersnot mürbe gewesen wären. Den russischen Menschen, überwiegend landlose Bauern und Tagelöhner, war es nicht um eine von den Kommunisten verkündigte großartige Idee, sondern darum zu tun, das ihnen mit der Idee versprochene, bisher durch sie in karger Fron bebaute Land als ihr Eigentum zu bekommen. — Im Herbst 1918, nach Ausbruch der Revolution in Deutschland, konnte man auch in süddeutschen Gegenden, wo es Fideikommißgüter gab, erkennen, daß die Bauern, die früher konservativ und später deutschnational wählten, ganz gerne vor die Schlösser der Fideikommißbesitzer gezogen wären, um diese zur Abgabe ihrer Güter an die Bauern zu zwingen.

Nicht mit Unrecht heißt es: Wirtschaft ist Schicksal. Neuerdings denkt ein Teil der maßgebenden Männer in Washington über den Krieg, für oder gegen den bisher ungeheure Mittel vergeudet wurden, hinaus an die kommende Wirtschaftskonkurrenz der Sowjetunion, mit der spätestens in 7 bis 10 Jahren gerechnet wird. Manche fürchten, daß die Sowjets dann die unterentwickelten Länder durch massive Wirtschaftshilfen für sich zu gewinnen versuchen werden. Solche Pessimisten halten dies für noch gefährlicher als den Kalten Krieg, der auch die Sowjets zwinge, ihre Verbrauchsgüterproduktion für einen höheren Lebensstandard zu drosseln, zugunsten der Rüstungsproduktion, und glauben, dadurch ihre Wirtschaftskonkurrenz schwächen zu können.

In Amerika und zusehends auch in Westeuropa schreitet die Zusammenballung der Wirtschaftsunternehmungen in Konzernen rasch voran. Hand in Hand damit geht die Rationalisierung und Automatisierung der Produktion. Durch die damit erreichte Massenfertigung und Kostendegression für das einzelne Erzeugnis ist der Handwerker und der größte Teil des sonstigen Mittelstandes nicht mehr konkurrenzfähig. Er stirbt, wie bereits in Amerika, so auch in Europa allmählich aus. Mehr und mehr kann auch die Industrie nicht mehr vom Eigentümer persönlich geleitet werden oder es ist in Gestalt der Aktionäre gar kein persönlicher Eigentümer im realen Sinn mehr vorhanden. Welcher Unterschied besteht dann letzten Endes für den Arbeitnehmer, ob er unter der Leitung von Managern des Privatkapitals oder, wie in den Rätestaaten, des Staatskapitals arbeitet?

In der europäischen Landwirtschaft kann der Klein- und Mittelbetrieb nicht nur wegen des Fehlens von billigen Arbeitskräften, sondern mindestens nicht weniger wegen des Zwanges zu kapitalintensiver Rationalisierung gleichsam nicht mehr in der bisherigen Weise existieren. Es ist bezeichnend, daß unlängst der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Rehwinkel, und auch der Landwirtschaftsminister den Bauern in Niedersachsen empfehlen mußten, zwecks Erhaltung ihrer Existenz mit einem menschenwürdigen Dasein sich genossenschaftlich zur Bewirtschaftung ihrer Betriebe zusammenzuschließen. Dies bedeutet mehr oder weniger eine Nachahmung oder doch eine Annäherung an das russische Kolchosensystem. Übrigens existiert in dem südwürttembergischen Bauerndorf Häusern bei Biberach/Riss seit 35 Jahren ein ermutigender Testfall. Nach dem I. Weltkrieg unternahm es Professor Münzinger von der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, in jenem Dorf die Bauern zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung ihrer Gutsbetriebe zu bewegen. Dank der dazu gewährten staatlichen Finanzhilfe gelang ihm das in überraschend kurzer Zeit. In einem späteren Bericht sagte Professor Münzinger, nicht die Aufgabe der Bewirtschaftung ihrer eigenen Felder und das Sicheinfügen in einen Gesamtplan habe die größte Schwierigkeit bereitet, sondern die Aufgabe der Pferdehaltung, weil letztere Maßnahme den Bauernstolz verletzte. Heute möchten die Bauern das genossenschaftliche Wirtschaften nicht mehr aufgeben.

Wir erleben, daß in der freien Wirtschaft des Westens die Leitung der Betriebe mehr und mehr aus der Hand der Privateigentümer in die Hand von Funktionären, Managern, gelegt wird. Andererseits vollzieht sich seit einigen Jahren in der Sowjetunion ein Prozeß, in dem die Staatsbürokratie aus der Führung der Betriebe ausgeschaltet wird, zugunsten einer Betriebsführung durch Fachleute, Manager. Auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften (Kolchosen) erhielten seit Auflösung der staatlichen Traktorenstationen immer größere Unabhängigkeit und Selbstverwaltungsbefugnisse, denn die kommunistischen Führer mußten einsehen, daß ohne den Anreiz des persönlichen Interesses, von dem ja die freie Wirtschaft ausgeht, auch im kommunistischen Staat nicht auszukommen ist.

Mit der Steigerung des Lebensstandards und der Wohlhabenheit in den Ostblockländern wird sich das menschliche Dasein dort mehr und mehr dem des Westens nähern. Der Sowjetbürger wird Kapital (Sparkapital) ansammeln, er wird ein Haus mit Komfort, ein Auto und andere Dinge sich leisten, wie sie zu einem gehobenen Lebensstandard gehören, was ja in gleicher Weise die Sehnsucht des westlichen Menschen ist. Er wird auch seinen Kindern eine bessere Bildung angedeihen lassen, wird das Bedürfnis nach kulturellen Gütern befriedigen und nicht zuletzt größere Selbstverantwortung und Freizügigkeit verlangen. Dieses Verlangen wird sich auf mehr Bewegungsfreiheit nach außen, auch in das westliche Ausland erstrecken. Werden durch die Produktionssteigerung und den daraus entstehenden Aufschwung des Außenhandels die Devisenschranken letztlich auch im Osten überflüssig, so sind schon die ersten Hürden zwischen der jetzigen zweigeteilten Welt genommen. Dadurch wird von selbst das Freund-Feindverhältnis abgeschliffen und das Minderwertigkeitsgefühl des Ostens beseitigt werden.

Mögen die Ewiggestrigen und Furchtsamen das wirtschaftliche Erstarken der Sowjetunion und anderer östlicher Länder fürchten und deren stärkeres Auftreten auf dem Weltmarkt als Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln bezeichnen. Wem wirklich am Wohl der Menschen, an ihrem gedeihlichen Neben- und Miteinanderleben und damit an der Erhaltung des Friedens in der Welt gelegen ist, der wird den gesunden Wettstreit mit wirtschaftlichen ebenso wie mit geistigen Gütern nicht fürchten, sondern begrüßen.

Prof. Dr. Hans Rheinfelder

Gedanken in der Weihnachtszeit

Weihnachten ruft die europäische Menschheit zur Besinnung auf, ob sie christlich ist oder nicht. Die Christenheit gedenkt des zentralen Ereignisses der Weltgeschichte, daß Gott selbst die menschliche Natur angenommen hat, um die Menschheit in sich heimzuholen. Aus dem christlichen Festtag ist auch für die Nicht-Christen Europas das große Familienfest des Jahres geworden, an dem sich im Denken und im Schenken herzliche Liebe bekunden will. Es fällt in die Zeit der kurzen Tage und der langen Nächte, in die Zeit des Winterschlafs der Natur, in die Zeit der stillen Stunden in der Geborgenheit des Heims, in die Zeit fruchtbaren Innehaltens. Auch die Politiker haben in manchen Jahren um Weihnachten einen „Burgfrieden" ausgeschrieben. Mehr als ein solcher Waffenstillstand von wenigen Tagen sind heute zu Weihnachten dem politischen Denken Tage der Einkehr vonnöten, Tage der Verinnerlichung, der Selbsterkenntnis, des Eingeständnisses, der Klärung oder der Umkehr.

„Jeder kehre vor seiner eigenen Tür!" ist ein gutes, altes Wort. So möchte denn in den heiligen Tagen, in denen die Zeit in ihrem Laufe stillzustehen scheint, die tadelnd und verurteilend nach Osten gerichtete Hand für eine Weile sich senken und ein Blick ins eigene Herz uns Menschen des Abendlandes Wegweisung, Kraft und Orientierung geben. Denn nach Erneuerung verlangen die Ziele, mehr noch die Methoden auch unserer westlichen Politik.

Mehr oder weniger betonen alle Länder, Parteien und Gruppen des Abendlandes, daß sie auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, sei es nun

integrale christliche Dogmatik und Ethik, sei es eine aus den großen Religionen, vornehmlich aus Judentum und Christentum, abgeleitete Moral menschlichen Anstands und brüderlicher Liebe. Daraus ergeben sich zwingend Verhaltungsweisen, nach denen man im privaten und öffentlichen Leben verfahren muß, solange man den Anspruch aufrechterhalten will, sich von Leben und Politik atheistischer Länder durch jene Christlichkeit zu unterscheiden, die von vielen Parteien Europas schon im Namen programmatisch beansprucht wird. Weichen die Methoden der Politik von diesem christlichen — im weitesten Sinne — Programme ab, dann würde der rügend und anklagend nach Osten erhobene Finger sich in eine Geste häßlichen Pharisäertums verwandeln, die eines christlichen Staates unwürdig wäre: „O Gott, wie danken wir Dir, daß wir nicht so sind wie die im Osten!"

Gewähren wir weihnachtlicher Gewissenserforschung einen unbestechlichen Blick, ohne Dictamen und ohne Beschönigung, in die Tiefen unseres abendländischen Herzens! Da erschüttert uns zuerst die Wahrnehmung, daß allzu oft im politischen Gespräch des Westens, selbst von Regierungen, die sich christlich nennen, und von Kreisen, die wirklich christlich sein wollen, zwar andere Ziele als im Osten angestrebt, aber die gleichen Methoden politischen Kampfes gebraucht werden wie in der außerchristlichen politischen Welt des Ostens. Ja, es kann so weit gehen, daß derjenige, der unsere Politiker zu christlicher Besinnung aufrufen und dabei auf die Bergpredigt des Herrn hinweisen wollte, auch bei Anhängern christlicher Parteien nur ein mitleidiges Lächeln fände. Der westlichen Christenheit fehlt heute der Glaube; haben wir den Mut, dies ehrlich auszusprechen! Sie hält es für viel sicherer, mit den bewährten Methoden heidnischer Politik den Kampf zu führen, als den Weisungen des Evangeliums zu folgen. Ganz kalt oder ganz warm — das wäre vielleicht besser; bedenklich aber ist jene laue Haltung christlicher Politik von heute, jene christliche Schizophrenie, die zwar für das Privatleben die Normen des Evangeliums anerkennt, das öffentliche und vor allem das politische und militärische Leben jedoch von einer Reihe von christlichen Geboten des Evangeliums dispensiert, Stücke wie die Bergpredigt auf die Seite schiebt und das Gewissen mit dem Hinweis beschwichtigt, diese Stücke seien nicht für die Gesamtheit der Anhänger Christi gültig, sondern nur für einzelne Privatleute, wenn nicht überhaupt nur für Mönche und Einsiedler (obwohl Christus seine Bergpredigt nicht im engen Kreise seiner Apostel, vielmehr vor den ganzen analphabetischen Volksscharen gehalten hat!).

Von diesen Kampfmethoden, die heute von Christen ebenso bedenkenlos wie von Nicht-Christen und von Atheisten geübt werden, ist wohl die schlimmste die politische Lüge und Heuchelei, die ganz bewußte Diffamierung und Verleumdung. Beim Lesen unserer Zeitungen, selbst mancher Kirchenblätter, könnte man heute zu der Meinung kommen, die Verleumdung gelte nicht mehr als sündhaft und unanständig, wenn sie gegen den Osten oder gegen politische Gegner, überhaupt gegen Menschen gebraucht wird, die in Opposition zur Politik der Regierung stehen. Ich werde nie vergessen, wie mir knapp fünf Jahre nach dem zweiten Weltkrieg in kleinem Kreis ein deutscher Bischof auf einen Vorschlag hin die Äußerung tat: „Reinhold S c h n e i d e r soll nicht mehr von uns erwähnt werden, denn er ist Kommunist geworden." Kaum hatte dieser echte Christ, der Reinhold Schneider sein Leben lang war, sich gegen die Ansichten der CDU ausgesprochen, so hielten viele andere Christen es alsbald für durchaus recht und erlaubt, ihn als „Kommunisten" zu verschreien, und jener Bischof hatte gewissen CDU-Blättern blindlings geglaubt und hatte unbewußt die Verleumdung weitergetragen! Mit einem früher nicht gekannten Leichtsinn bezeichnen heute christliche Menschen unserer Bundesrepublik einen ehrlichen Gegner der Bonner Politik, mag er im übrigen ein noch so ehrenwerter Mensch sein, als „Kommunisten", als

„Bolschewisten", als „Ost-Propagandisten", als „betrogenen Betrüger" usw., wofern sie es nicht sogar vorziehen, das Privatleben eines solchen „Kommunisten" zu durchsuchen, um ihn dann nicht mehr durch Verleumdung, sondern bloß durch Ehrabschneidung außer Gefecht zu setzen! Ist dies alles auch bei uns in deutschen Landen heute wirklich nicht mehr Sünde? Und ist es nicht ein erschütterndes Phänomen, daß heute so oft die Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit namhafter Politiker in Zweifel gezogen wird, weil allzu oft ihre Worte von heute den Worten von gestern widersprochen haben, oder weil ihr Wort „Ja", ihre Tat aber gleichzeitig „Nein" lautete? Ist es nicht vielleicht doch Pharisäertum, solche Methoden bei christlichen Politikern des Westens für erlaubt zu halten, bei Politikern des Ostens aber die gleichen Methoden anzuprangern?

Sehr nachdenklich muß uns alle der Umstand stimmen, daß heute nicht gar so selten Forderungen, die im Evangelium begründet und aufgestellt sind, von westlichen Politikern abgelehnt, von östlichen dagegen — beileibe nicht aus Liebe zum Christentum, sondern aus menschlichem Denken! — befolgt werden. Wie viel sauberer als in München, Frankfurt oder Köln ist heute in Moskau in sittlicher Hinsicht das öffentliche Leben, soweit es Kino-Reklame, Zeitschriften und Lesehefte an den Kiosken betrifft! Ein CSU-Minister, der wegen seiner aufrechten Haltung und wegen seiner untadeligen Gesinnung geachtet wurde, sagte mir einmal, von Berlin zurückkehrend, man könne dort an dem sittlichen Niveau der Zeitungskioske feststellen, ob man sich im Westsektor oder im Ostsektor befinde; das war aber nicht zur Ehre des Westens gesagt! Wird man da nicht unwillkürlich an das Wort des Herrn erinnert: „Nicht jeder, der zu mir sagt ‚Herr! Herr!' wird in das Himmelreich kommen, sondern wer den Willen meines Vaters im Himmel t u t" (Math. 7, 21)? Sollen wir da nicht anerkennende Worte finden dürfen, wenn anderswo — und sei es in Rußland — sich etwas findet, was Christus billigen würde? Sollten wir uns nicht eher darüber freuen? Sollen wir im Westen uns gegensätzlich verhalten, bloß damit wir es anders als die Russen machen? Soll ich etwa gar auf das Rasieren verzichten, wenn ich eines Tages die Wahrnehmung mache, daß auch Kommunisten sich rasieren? Die Fragen klingen paradox, gründen sich aber ausschließlich auf Erfahrungen der letzten Jahre. Zu welchen Absurditäten solches Denken führen kann, zeigt das berüchtigte Buch von William S. S c h l a m m , dessen Gedankengänge darauf hinauslaufen, daß der Kommunist verständlicherweise nach dem Frieden streben muß, daß aber der Christ gegebenenfalls auch heute noch den Krieg, den Atomkrieg, wählen müsse!

Hier wird eine Besinnung über die Haltung des Christen zum Krieg am Platze sein, wenn auch dieses weite Feld auf unserer stillen aber kurzen Wanderung nicht abgegangen werden kann. E i n Punkt aber sei herausgegriffen. Setzen wir den Fall (der ja leider noch nicht gegeben ist), wir alle seien bereits davon überzeugt, man dürfe heute unter keinen Umständen mehr einen Krieg führen und Menschenblut vergießen: wie haben wir dann die christlichen Kriege der Vergangenheit zu beurteilen, von K o n s t a n t i n bis zu den Kreuzzügen, bis zu den Religionskriegen, bis zu den nationalen Metzeleien der Christenheit im 20. Jahrhundert? Hier wird man vor allem sehr genau zwischen dem objektiven Sachverhalt und dem subjektiven Verhalten zu unterscheiden haben. Die Christenheit muß heute viel Mut aufbringen und offen zugeben, daß alle diese Kriege als verwerflich zu betrachten sind und besser nicht geführt worden wären, weil sie dem Geiste des Evangeliums widersprechen und weil sie — aufs letzte gesehen — ausnahmslos der Christenheit und mehr noch dem Christentum schwersten Schaden zugefügt haben. Dieses tapfere Eingeständnis schließt keineswegs eine Verurteilung aller Menschen ein, die sich in vergangenen Zeiten für die Führung eines Krieges eingesetzt — es sind Päpste und Heilige unter ihnen — oder die

sich als Krieger an den Kämpfen beteiligt haben — wieviele Soldaten werden in der Ostkirche als Heilige verehrt! Bona, optima fide haben diese Christen das Richtige zu tun geglaubt und sind ihrem Gewissen gehorsam gewesen, das freilich, wie wir heute feststellen können, ein irrendes Gewissen war. Andererseits wäre es aber ganz falsch, wollten wir Heutigen uns auf ihr Vorbild berufen und sie nachahmen. Es wäre so falsch, wie wenn wir heute noch das ptolomäische Sonnensystem anerkennen oder die Existenz des amerikanischen Kontinents leugnen wollten. Wie das menschliche Gewissen wächst und uns dadurch zum Mitgehen verpflichtet, so ist es auch mit dem Christentum und seiner immer fortschreitenden tieferen Erfassung. Denn auch das Christentum ist nicht fertig in die Welt getreten, sondern ist von Christus mit einem Baum verglichen worden, der langsam und stetig wachsen wird (z. B. Matth. 13, 31/32). In harten Geisteskämpfen, die man nur in Ehrfurcht durchdenken kann, ist der dogmatische Gehalt des Christentums von den Zeiten der Apostel bis heute immer sorgfältiger erarbeitet und geklärt worden. Man erinnere sich nur, wie aus dem Widerstreit zahlloser Irrlehren der ersten drei Jahrhunderte schließlich die kristallklare Formulierung der Lehre Christi und des christlichen Glaubens auf dem ersten Konzil (Nizäa 325) hervorgegangen ist. Mit der geistigen Bewältigung des christlichen Dogmas hat freilich die Bemühung um die christliche Ethik nicht Schritt gehalten. Täuschen wir uns nicht, so wird dem Rest unseres Jahrhunderts und vielleicht noch den folgenden Jahrzehnten die Aufgabe zufallen, die zahlreichen noch strittigen Punkte der christlichen Ethik (z. B. die Deutung des 5. Gebotes „Du sollst nicht töten!") in ähnlicher Weise zu durchdenken, zu klären und zu entscheiden, wie es in so eindrucksvoller Weise mit dem christlichen Dogma bereits geschehen ist. Immerhin hat sich auch das ethische Empfinden der Christenheit im Laufe der Jahrhunderte wesentlich vertieft und geläutert, wenn auch viele Moraltheologen, gerade bei uns in Deutschland, noch auf gewissen Verlegenheitspositionen oder auf alten Konzessionen an die staatlichen Schirmherren der Kirche beharren wollen. Hüten wir uns davor, Menschen der Vergangenheit nach unseren heutigen Einsichten zu beurteilen und zu verurteilen, wenn wir auch objektiv ihr Verhalten heute als unrichtig und unchristlich erkennen und dies freimütig zugeben wollen!

Überhaupt sollte ein christlicher Politiker, ein Christ, ein Mensch sich nie vor einem Eingeständnis fürchten! Ist nicht Bismarck gerade dadurch besonders groß gewesen, daß er vor dem Parlament ganz offen einen Irrtum und Fehler eingestehen konnte? Mit Schmerz haben wir gelesen, zu welchen Äußerungen sich P. Gundlach S. J. auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Würzburg hinreißen ließ. Wir hofften damals, die Zeitungsberichte möchten falsch oder entstellt sein, bis der Direktor der Akademie öffentlich bestätigte, daß diese Äußerungen tatsächlich gefallen seien. Der Bericht liegt gedruckt vor. Wohl sind dann Theologen und Laien der Auffassung des Jesuitenpaters entgegengetreten und haben bestritten, daß ein Volk um eines noch so heiligen Zweckes willen jedes Mittel, sogar die Atombombe, verwenden dürfe und daß Gott uns die Verantwortung für solches Handeln abnehme. Aber bedrückend, ja beängstigend ist die Tatsache, daß sich der Jesuitenorden nicht sofort und nachdrücklich von den Äußerungen des Paters distanziert, sondern durch zustimmendes Schweigen sich geschlossen zu seiner Auffassung bekannt hat! Erwägt man, wie schnell nach 1517 die Kirche auf einzelne bedenklich erscheinende Thesen Martin Luthers reagiert hat, so bleibt es verwunderlich, daß zu den — viel folgenschwereren! — ethischen Thesen P. Gundlachs das kirchliche Lehramt bis heute geschwiegen hat. Auch der Kirche und ihren Orden hat ein offenes Bekenntnis noch niemals geschadet und war immer ein Zeichen kräftiger Epochen und blühenden kirchlichen Lebens.

In gleicher Weise könnte den Staat ein freimütiges Bekenntnis in seiner Außenpolitik weiterführen. Wesentliche Aufgabe unserer deutschen Außenpolitik muß es heute sein, von Ost und West das Schädliche abzuhalten (aber nicht durch Postzensur, Haussuchungen und ähnliche plump-materialistische Mittelchen der Diktatoren!) und das Gute zu empfangen und weiterzureichen. Welch großes Ideal hätte damit der deutschen Jugend gegeben werden können, dieser guten, anständigen und willigen Jugend, die heute vergeblich nach einem Ideal ihres irdischen Daseins Ausschau hält. Vaterlandsliebe, Europagedanke, Kosmopolitismus — nichts davon kann bei unserer Jugend heute Feuer fangen. Wer nicht ein transzendentes, religiöses Ideal verfolgt, steht in Gefahr, dem Nihilismus zu verfallen und im Materialismus zu enden. Und doch hätte man nach 1945 unserer Jugend so leicht wieder ein großes Ziel vor Augen stellen können, das des Schweißes der Edlen wert gewesen wäre. Man hätte nur Deutschland nach seiner geographischen Lage als das Land der Brücke, des Ausgleichs, der Versöhnung und weltweiter Hilfsbereitschaft erkennen müssen. Statt dessen haben wir nichts, rein gar nichts aus unserer schwer schuldhaften Niederlage gelernt, halten es für richtig, daß deutsche Soldaten zweimal über Rußland hergefallen sind und es verwüstet haben, stehen reuelos den Verbrechen der Hitlerkriege gegenüber, sind eher geneigt, Handlangern Hitlers Lob, Auszeichnung und Orden zu spenden als hochverdienten Demokraten, sofern diese in dem belastenden Verdacht stehen, die Bruderhand auch nach Osten ausstrecken zu wollen! Welch eine schwere Verantwortung trägt diese heutige Generation des Kalten Krieges gegenüber den kommenden Generationen in unserem Lande!

Auch Versäumnisse sollten offen eingestanden werden. Zwar haben wir in Bonn ein „Verteidigungsministerium", doch will es mir scheinen, daß das deutsche Volk in seiner 2000jährigen Geschichte noch niemals so verteidigungslos dagesessen ist wie heute: es sitzt wie ein Greis am Boden, spielt mit Soldaten und verteidigt sich nicht, wo doch an den Grenzen im Osten und im Westen lichterloh das Feuer brennt und wo doch jedes Volk die heilige Pflicht hat, sich zu verteidigen. Mit Soldaten, mit Kriegswaffen, mit Atombomben, mit allen diesen materialistischen Mitteln kann man sich heute zwar noch rächen (aber „M e i n ist die Rache, spricht der Herr", 5. Mos. 32, 35; Hebr. 10, 30), jedoch nicht mehr verteidigen. Den K a l t e n Krieg gewinnt nicht der Soldat, sondern der Schulmeister, nicht die materialistische, sondern die geistige Waffe! Den Sieg gewinnt das Volk, das am meisten für sein Bildungswesen tut, und da könnten sich sehr paradoxe Ereignisse einstellen. Ach, hier wäre eine Jeremiade am Platz, in die jeder einstimmen würde, der längere Zeit im Ausland verbracht hat! Wer, wie ich, mit der Kenntnis des deutschen Schulwesens und mit den Erfahrungen einer zehnjährigen Tätigkeit in einem deutschen Kultusministerium, ins Ausland reist und dort seine neugierigen Blicke vergleichend dem Bildungswesen zuwendet, der kehrt tief bekümmert in die Heimat zurück, in das Land, das einst in seiner glorreichsten Epoche das Land der Dichter und Denker gewesen ist. Aus fast allen Ländern Europas, aus Rußland, aus den Vereinigten Staaten von Amerika, aus sieben Ländern Südamerikas bringt er Erfahrungen und Erlebnisse mit, die ihn zwingen, laut seine warnende und mahnende Stimme zu erheben. Aber wie zwischen 1930 und 1933 so muß er auch dieses Mal wieder gleich einer Kassandra sich verlachen lassen.

Unsere Schulklassen sind zu groß, unsere Lehrer zu wenig, unsere Schulen zu eng. Die stundenmäßige Belastung der Lehrer, besonders an den Höheren Schulen, ist viel zu schwer. Es war immer ein Ruhmesblatt des deutschen Schulwesens, daß die Lehrer der Höheren Schulen einen ständigen Kontakt mit der Wissenschaft pflegen konnten. Man denke an die „Wissenschaftlichen Beilagen

zum Jahresbericht" (an den Bibliotheken „Programme" genannt), wissenschaftliche Arbeiten, nicht selten vom Rang einer Doktordissertation (oft auch als solche benützt), die an allen Höheren Schulen Deutschlands jedes Jahr erschienen sind. Das ist seit 1918 vorbei. Ja merkt man denn noch immer nicht, wie sehr unser Schulwesen der Gefahr des Materialismus entgegengeht, wenn ihm die heilsame Verknüpfung mit der weiterschreitenden Forschung nicht wieder gegeben wird? Mit gelegentlichen „Fortbildungskursen" ist's leider nicht getan. Bei der heutigen schulischen Belastung können unsere jungen Lehrer an den Höheren Schulen, strebsame Menschen besten Willens, nur noch „Lehrkräfte" sein (welch sprechende Benennung, die nicht mehr aus dem Geiste, sondern aus der Materie, aus der Lehre von den Pferdekräften stammt!). Vertiefung in die Fortschritte ihrer Wissenschaft, jenes wissenschaftliche Ethos, das den deutschen Lehrer einst auch als Lehrer groß gemacht hat (wieviele sind damals aus der Schule an die Universität als Professoren berufen worden!), wird ihnen durch die viel zu große Pflichtstundenzahl unmöglich gemacht. Aber nochmals: den K a l t e n Krieg gewinnt oder verliert nicht der Soldat, sondern der Schulmeister!

An den Universitäten steht es nicht besser. Mit Neid und Sorge sehen wir, was außerhalb der deutschen Grenzen geschieht und bei uns unterlassen wird. Zwar ist für Naturwissenschaften und Medizin einiges unternommen worden; denn auf diesen Gebieten leuchten Versäumnisse schneller ein. Aber wie steht es mit den Geisteswissenschaften? Sieht man bei uns noch nicht ein, daß gerade auf ihre Pflege sich eine wirklich erfolgreiche moderne Landesverteidigung gründet? Nur ein einziges Faktum sei hier vorgestellt (weil es eben mir und meinem Fache am nächsten steht), aber viele andere könnte man ihm an die Seite setzen. An der größten Universität Frankreichs (Sorbonne Paris), gibt es sechs ordentliche Lehrstühle für deutsche Sprache und Literatur; an der größten Universität Deutschlands (München), gibt es vier Lehrstühle für das gleiche Fach, das doch hier der Muttersprache dient! Aber hat dafür München vielleicht im Zuge des Kulturabkommens gleichfalls sechs Lehrstühle für f r a n z ö s i s c h e Sprache und Literatur? Man staune: die größte deutsche Universität hat bis heute nicht einen einzigen Lehrstuhl für französische Sprache und Literatur, auch keinen für italienische (Sorbonne: vier), auch keinen für spanische (Sorbonne: vier), auch keinen für portugiesische (Sorbonne: einen oder zwei), auch keinen für rumänische (Sorbonne: einen oder zwei), von den kleineren romanischen Sprachen gar nicht zu reden. Statt dessen hat die größte deutsche Universität zwei Lehrstühle für alle neun romanischen Sprachen und alle neun romanischen Literaturen zusammengenommen!! Für Sprache und Literatur des eigenen Landes hat die Sorbonne gleich ein Dutzend Lehrstühle. Das ist nun bloß ein einziges Beispiel. Videant consules! Denn den Kalten Krieg gewinnt eindeutig dasjenige Volk, das am meisten für sein Bildungswesen tut.

Wir halten in unserer weihnachtlichen Besinnung inne. Der, den der Evangelist J o h a n n e s den Logos nennt, ist zu Weihnachten Mensch geworden. Kann man Ihm dienen, wenn man nicht alles das pflegt und fördert, was dieses Wort Logos beinhaltet? Wie der göttliche Logos das personenhafte Erkenntnisbild des Vaters ist, so ist der Logos, der uns Menschen allen aufgetragen ist, die Fülle der Erkenntnis, um die alle Völker in heißem Bemühen (studium!) zu ringen haben. So hat auf der Pflege des Bildungswesens zu allen Zeiten auch göttlicher Segen geruht. „Halbes Wissen führt von Gott weg", hat Francis Bacon gesagt, „ganzes Wissen führt früher oder später zu Gott hin." Der Logos ist Fleisch geworden im Heiligen Pneuma, im göttlichen Liebeshauch. So ist es uns Menschen allen aufgetragen, den Hauch der Liebe auch im Leben der Völker wehen zu lassen. Auch darauf hat immer Gottes Segen geruht. Das läuten die Weihnachtsglocken.

Major a. D. Hans-Moritz von Frankenberg u. Proschlitz

Warum sozialer Abbau in der Bundesrepublik?

Chromblitzende Straßenkreuzer in langen Reihen hintereinander, strahlend helle Neonbeleuchtung in allen Farben an den Häuserfronten, kostbare Auslagen in eleganten Schaufenstern, moderne Großbauten und Hochhäuser sind das äußere Zeichen des sogenannten westdeutschen Wirtschaftswunders.

Das ist aber nur die eine, die vordergründige Seite. Aber wie sieht es hinter dieser Fassade aus?

Jugend

Familienminister Wuermeling stellte fest, daß die Zahlung des Kindergeldes in Westdeutschland mit seinen geringfügigen Leistungen zu den rückständigsten Systemen der ganzen Welt gehört. Während 28 Länder bereits ab erstem oder zweitem Kind Beihilfen zahlen, werde nur in der Bundesrepublik und in der Südafrikanischen Union erst ab drittem Kind Kindergeld gezahlt. Obgleich die ständigen Preiserhöhungen der letzten Monate die finanzielle und wirtschaftliche Lage der kinderreichen Familien wesentlich verschärft haben, erklärte der Minister am 25. 7. 1959 vor der Presse in Bonn: „Bei dem gegenwärtigen System gibt es vom Bundestag keinen Pfennig mehr für zusätzliches Kindergeld." Verzweifelt wandte sich der „Bund der Kinderreichen" telegrafisch an die CDU und erinnerte diese Partei an ihre mehrmals mündlich und schriftlich gegebenen Versprechen, eine durchgreifende Verbesserung des Familienausgleichs durchführen zu wollen. Aber nichts ist bisher geschehen, obwohl die Partei Adenauers seit 1957 im Parlament über die absolute Mehrheit verfügt und niemand sie an der Durchführung dieser sozialen Maßnahme hindern könnte.

Andere Beispiele für viele, wie wenig für die Kinder getan wird: In Hamburg, in der Bundesstraße, leben 1500 Personen in einem ehemaligen Kasernenkomplex, weil sie keine Wohnung bekommen können. Von diesen sind 775 Kinder, nicht älter als 18 Jahre. Diese Menschen leben in abgeteilten Kabinen für 2 bis 8 Personen, die nur durch Vorhänge aus Stoff oder Plastik voneinander getrennt sind, wobei diese „Wände" noch nicht einmal bis zur Decke reichen. Niemandem entgeht infolgedessen ein Wort des Nachbarn. Viele treibt diese deprimierende Lageratmosphäre zur Verzweiflung, andere lassen sich gehen, und niemand nimmt Rücksicht auf die Kinder. Infektionskrankheiten werden erst entdeckt, wenn die Patienten im Krankenhaus liegen. Z. Zt. steht das Lager wegen Ruhr 3 Monate unter Quarantäne. Die Kinder dürfen während dieser Zeit nicht in die Schule, und die Versetzung zu Ostern ist gefährdet. In den nächsten 3—4 Jahren wird sich an diesen haarsträubenden Zuständen nichts ändern. Auch aus dem Ruhrgebiet erreicht uns eine ähnliche Nachricht. 18 000 Kohle- und Stahlarbeiter leben lt. Feststellung der Montanunion vom 7. 7. 1959 mit ihren Familien in menschenunwürdigen Unterkünften, in Kellern, Bunkern und ausrangierten Eisenbahnwagen. 12 000 müssen das Wasser für den Haushalt aus Pumpen oder öffentlichen Brunnen holen, 75 000 Familien dieser Arbeiter teilen ihre Wohnung mit anderen Familien. In solchen unzulänglichen Behausungen müssen die Kinder aufwachsen und sind natürlich sämtlichen Gefahren an Leib und Seele ausgesetzt.

Schulen

14 Jahre nach Kriegsende fehlen in der Bundesrepublik immer noch 39 000 Schulräume. Die „Arbeitsgemeinschaft der Lehrerverbände" teilt mit, daß deswegen 800 000 Kinder gezwungen sind, im Schichtunterricht abwechselnd vor- oder nach-

mittags zur Schule zu gehen. Trotz der Proteste der Eltern kann die hohe Frequenzzahl der Klassen nicht gesenkt werden, weil neben dem bestehenden Mangel der Schulneubau auch noch mit jedem Jahr zurückgegangen ist. Dabei ist weder der Ersatz baufälliger, unhygienischer Räume noch die Einführung des 9. und 10. Schuljahres an den Volksschulen noch die steigende Zahl der Klassen an den weiterbildenden Schulen um 4500 berücksichtigt, wodurch zusätzlich noch weiterer Schulraum benötigt wird. Ostern 1959 fehlten allein an den allgemeinbildenden Schulen 18 000 Klassenräume.

Sport

Der „Deutsche Sport-Bund" und der Deutsche Städtetag haben genaue Erhebungen über die Sportanlagen in der Bundesrepublik angestellt, die zeigen, wie wenig von Bund und Ländern für den Sport getan wird. Dabei weiß jeder, daß die Pflege der Gesundheit beim Kinderspielplatz und Schulturnen beginnt. Während in anderen Ländern die tägliche Sportstunde in den Elementarschulen und an den Universitäten zur allgemeinen Gesundheitspflege gehört, fehlt es in der Bundesrepublik an Verständnis für die Erhaltung des Wichtigsten, was der Mensch besitzt, der Gesundheit. So haben z. B. in Bayern $^3/_4$ aller Landschulen keine Turnhalle. Im Bundesgebiet fehlen in den Gemeinden unter 20 000 Einwohnern 6000 Turnhallen, mit den größeren Gemeinden zusammen 11 350 Turnhallen. Ferner werden im Bundesgebiet nach den Feststellungen der Deutschen Olympischen Gesellschaft 9500 Sportplätze, 2200 Freibäder, 400 Hallenbäder, 3000 Lehrschwimmbecken und 30 000 Kinderspielplätze zusätzlich zu den schon bestehenden benötigt. In der Bundesrepublik gibt es nur 190 Schwimmhallen, infolgedessen kann mehr als die Hälfte aller Schulentlassenen nicht schwimmen. 28 Millionen in Westdeutschland können überhaupt nicht oder nur beschränkt den so wichtigen Schwimmsport ausführen. Aber nicht nur das ist alarmierend. Lt. Statistik ertrinken allein in Bayern jährlich Hunderte schulpflichtiger Kinder, weil sie nicht schwimmen können.

Dieser angeführte Fehlbedarf an Sport- und Spielstätten hat sich bereits außerordentlich gesundheitsgefährdend auf die Jugend ausgewirkt: 53—56 % der Kinder in Westdeutschland haben nur einen mittleren, 13—15 % einen schlechten Gesundheitszustand aufzuweisen, so daß demnach nur $^1/_3$ der westdeutschen Kinder als völlig gesund bezeichnet werden kann. Doch die Alarmrufe der Gesundheitsämter und Kinderärzte verhallen weiter ungehört. Die Regierung glaubt mit einem lächerlichen Zuschuß von jährlich 5 Mill. DM für den Sport ihre Pflicht getan zu haben. Man vergleiche einmal damit, daß für die Regierungsbauten in Bonn statt der 1949 veranschlagten 9,5 Mill. DM bis jetzt 25mal soviel, d. h. 237,1 Mill. DM, ausgegeben sind! Oder bedenke, daß Bonn beim Kauf von Flugzeugen und Panzern, beim Bau von Kasernen, Flugplätzen oder Bundeswehrschulen mit Millionensummen keineswegs kleinlich umgeht.

Universitäten

Über den Notstand an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen ist schon manches Wort gesprochen worden. Ein großer Teil der Studierenden, von denen die Arbeiterschaft nur 5 % stellt, muß sich die Kosten für das Studium durch nebenberufliche Arbeit selbst verdienen. Da der Bund im Jahr nur 150 Mill. DM für Universitätsbauten bisher gezahlt hat, sind die Universitäten, weder materiell noch personell befriedigend ausgestattet, inzwischen dem Ansturm der steigenden Studentenzahlen nicht mehr gewachsen. Der Kapazität für 140 000 Studenten in den Universitäten steht eine Zahl von 205 000 Studenten gegenüber. Während in den meisten führenden Ländern alles für den wissenschaftlichen Nachwuchs

getan wird, will die Bundesrepublik den numerus clausus einführen oder durch verschärfte Zwischenexamina jeden 4. Studierenden aus den Universitäten „herausprüfen". Dabei liegt heute schon die Zahl der Studierenden in der Bundesrepublik weit unter der Zahl der Studenten der Nachbarländer, ganz abgesehen davon, daß diese drastischen Maßnahmen doch nicht mit dem sonst so angepriesenen „freiheitlichen" Leitbild deutscher Universitäten vereinbar sind.

Aber nicht nur den Studenten geht es schlecht. Professoren und Dozenten erhalten im Vergleich zu ihrem Fachwissen allzu geringe Gehälter. Die „Welt" vom 10. 11. 1959 schildert als Beispiel unter vielen, daß ein Dozent eines wissenschaftlichen Instituts mit seiner Frau im Hinterhaus dieses Instituts unter einem wurmstichigen Dach in einem dunklen, ungesunden Zimmer auf aufblasbaren Gummimatratzen haust. „Die Versuchstiere dieser Stätte der Wissenschaft leben komfortabler", bemerkt die Zeitung ironisch. Der Dozent ist sein eigener Portier, er muß dafür sorgen, daß die Heizung nicht ausgeht, führt selbst den Schriftverkehr auf seiner eigenen Schreibmaschine und hat in der Institutskasse nicht mehr als fünf (!) Mark. Die wissenschaftliche Forschungsstätte befindet sich nicht etwa in der Stadt der Schildbürger, sondern in der Weltstadt Hamburg!

Rentner

Da wir gerade vom Lebensstandard sprechen, sei noch hinzugefügt, daß in der gleichen Stadt 20 000 über 70 Jahre alte, alleinstehende Leute wohnen, die im Monat nicht mehr als 130,— DM zur Verfügung haben. In anderen Städten der Bundesrepublik wird es nicht anders sein.

Seit Jahren kämpfen die Schwerbeschädigten zweier Weltkriege um eine Erhöhung ihrer an sich schon miserablen Renten. Die laufenden Protestdemonstrationen haben endlich den Bundestag dazu gebracht, sich der Verbesserung der Kriegsopferrenten anzunehmen. Aber die Erhöhung soll erst ab 1. Juni 1960 wirksam werden, in der sicheren Annahme, bis dahin werden wohl so viele Rentner verstorben sein, daß die Erhöhung von den freiwerdenden Renten bezahlt werden kann. „Kamerad, stirb schneller, damit die Renten der anderen erhöht werden können", sagen die Kriegsopfer unter sich, und der Bundestagsabgeordnete Rasch nannte das Jonglieren mit den Zahlen des Kriegsopferhaushaltes ein „häßliches Spiel". Denn im Haushalt 1959 habe man bewußt Beträge in Höhe von 887 Millionen DM versteckt, um sie anderen Positionen zuzuführen. Noch grotesker aber ist es, wie das „Westdeutsche Tageblatt" vom 23. 10. 1959 berichtet, daß die „Reform" der Kriegsopferrenten in der gleichen Kabinettssitzung beschlossen wurde, in der die Pensionsansprüche der Minister erheblich verbessert wurden.

Gesundheitswesen

In der Bundesrepublik gibt es kein Gesetz, welches Tbc-Kranke zur Auskurierung ihres Leidens zwangsweise in eine Heilanstalt einweist, einheitliche Maßnahmen für Heilbehandlungen vorsieht und für materielle Hilfe während der Dauer der Krankheit sorgt. So bleiben viele Lungenkranke bei ihren Familien und arbeiten im Beruf weiter. Wie die „Arbeitsgemeinschaft Tbc" des Reichsbundes der Kriegsopfer und Zivilgeschädigten auf seiner letzten Tagung in Kiel mitteilte, gibt es in der Bundesrepublik 40 000 an offener Tbc leidende Menschen, die kein eigenes Zimmer haben, 2525 von ihnen besitzen noch nicht einmal ein eigenes Bett. In 14 000 Familien leben Gesunde und Lungenkranke zusammen, so daß immer neue Ansteckungen durch diese gefürchtete Krankheit erfolgen. Ein anderes trauriges Kapitel ist die hohe Müttersterblichkeit in der Bundesrepublik. Der Ärztekongreß in Nürnberg stellte fest, daß die Bundesrepublik hinter Japan in der Müttersterblichkeit an zweithöchster Stelle in der Welt steht. Die

illustrierte Zeitschrift „Der Stern" Nr. 20/1959 berichtet, daß in Westdeutschland innerhalb von 24 Stunden 2250 Kinder geboren werden, dabei aber 3 Mütter sterben. In jeder 8. Stunde stirbt also eine Mutter an den Folgen ihrer Schwangerschaft! Vergleichen wir diesen erschütternden Tatbestand mit anderen Ländern, so hält die Bundesrepublik hier einen traurigen Rekord: Bei Geburten und im Wochenbett sterben in der Bundesrepublik fünfmal soviel Mütter wie in Amerika, dreimal soviel wie in Neuseeland und mehr als doppelt soviel wie in Schweden, Norwegen, Dänemark, England, Frankreich, Sowjetunion, Australien und Südafrika. Denselben Rekord hält die Bundesrepublik auch in der Kindersterblichkeit: Bei der Geburt sterben auf je 100 000 lebendgeborene Kinder in Dänemark 48,2; Schweden 48,4; Sowjetunion 50,0; Australien 56,0; England 57,1; Frankreich 60,9; Niederlande 67,0; Norwegen 67,7; Schweiz 74,0; Kanada 75,8; Belgien 80,4; USA 110,8 (farbige Bevölkerung), 28,7 (weiße Bevölkerung); Finnland 111,0; Österreich 122,0; Italien 133,2; Bundesrepublik 139,2.

Statt schnellstens die Hilfsmaßnahmen für werdende Mütter zu verbessern, um den für einen Kulturstaat unwürdigen Zustand zu beheben, sollen die Leistungen durch ein Gesetz zur Krankenkassenneuregelung noch vermindert werden. Danach soll das Wochengeld auf die Hälfte gekürzt werden, falls der Mann arbeitet, und nur dann ausgezahlt werden, wenn der Tag der Empfängnis genau angegeben werden kann. An Stelle des Stillgeldes tritt eine Pauschalsumme. Die Bäuerin hat überhaupt keine gesetzliche Schwangerschaftshilfe. So wird die Müttersterblichkeit, statt zu sinken, immer noch weiter ansteigen.

Überhaupt wird das Kranksein den Bundesbürger in Zukunft noch teuer zu stehen kommen. Während bisher bei kurzfristigen Krankheiten voller Schutz gewährt wurde und bei langdauernden Krankheiten die Krankenkassen 26 Wochen Krankenhauspflege bezahlten, glaubt man plötzlich, durch Ausdehnung der Krankenhauspflege bei langfristigen Krankheiten auf 78 Wochen eine gewaltige Verbesserung geschaffen zu haben. Aber dem ist gar nicht so, denn nach bewährtem Rezept nimmt man das, was man mit der einen Hand gibt, mit der anderen wieder fort. Bei den kurzfristigen Krankheiten hat sich nämlich in Zukunft der Patient in den ersten sechs Wochen seiner Krankheit an den Kosten für ärztliche Behandlung, Krankenhauspflege und Medikamente in einem gewissen Umfang selbst zu beteiligen. Da es aber weit mehr kurz- als langfristige Krankenfälle gibt, werden die Krankenkassen auf Kosten der kurzfristigen Kranken einen doppelten finanziellen Vorteil haben. Denn heute schon beteiligt sich ja der Versicherte durch seine Beiträge an den Leistungen. Da aber die Beiträge trotz „Selbstbeteiligung im Krankheitsfalle" in der gegenwärtigen Höhe bleiben, werden die Geldreserven bei den Krankenkassen steigen und sicherlich der Regierung in Form von Staatsanleihen zur Deckung der Rüstungskosten zur Verfügung gestellt werden.

Preise

Die ständigen Preissteigerungen, vornehmlich bei Nahrungsmitteln wie Gemüse, Obst, Kartoffeln und Butter, aber auch in den Bedarfsgruppen „Heizung und Beleuchtung" sowie „Bekleidung" haben den Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes von September bis Oktober um weitere 1,1 % erhöht. So ergibt sich im November ein Indexstand von 123 (1950 = 100) oder 191 (1938 = 100). Löhne und Gehälter aber hinken bedeutend hinter den ansteigenden Preisen nach.

Mieten

Dieser Indexstand wird sich noch erheblich erhöhen, wenn erst das Gesetz zur Beseitigung der Wohnraumbewirtschaftung, Aufhebung des Kündigungsschutzes

und Einführung des freien Mietrechtes vom Bundestag demnächst verabschiedet ist. Danach werden 5 Millionen Altbauwohnungen zunächst um 15 % teurer. Je nach Größe und Wert der Wohnung sind außerdem gruppenweise weitere Erhöhungen der Mietpreise bis 40 % vorgesehen. Kostengebunden sind dann nur noch die Wohnungen nach dem sozialen Wohnungsbau. Aber auch diese Mieter bleiben nicht ungeschoren. In dem Plan heißt es, daß „geeignete Mittel und Wege gefunden werden müssen, um zu erreichen, daß die Bewohner der öffentlich geförderten sozialen Wohnungen, die nach der Höhe ihres Einkommens nicht mehr zum begünstigten Personenkreis des Wohnungs- und Familiengesetzes gehören, veranlaßt werden, sich um eine andere wohnliche Unterkunft zu bemühen."

Danach kann man sich ausrechnen, was auf dem Wohnungsmarkt geschehen wird — denn noch fehlen in der Bundesrepublik 3 Millionen Wohnungen!

Ursachen

Das ist also die Kehrseite der Medaille „Westdeutsches Wirtschaftswunder". Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Alle diese unsozialen Maßnahmen, einschließlich der Preispolitik, zielen eindeutig auf den sozialen Abbau hin, da auf dem sozialen Sektor jährlich Milliarden eingespart werden sollen. Allein die Kürzung des Still- und Wochengeldes, denn diese Leistungen sind Sache des Bundes, wird sich auf mehrere 100 Millionen DM belaufen.

Fragen wir nach dem Grunde, so sind alle diese drastischen Maßnahmen auf eine Ursache zurückzuführen: die Politik der militärischen Stärke. Wenn 1/3 aller Steuereinnahmen für eine äußerst kostspielige, dabei sinn- und zwecklose Aufrüstung, die uns statt Sicherheit Unsicherheit oder gar Gefahr beschert, ausgegeben wird, dann bleibt natürlich nicht mehr viel für den sozialen Fortschritt übrig. Denn nachdem der Juliusturm leer ist, müssen die Rüstungskosten aus den laufenden Steuereinnahmen gedeckt werden. Unmißverständlich hatte deshalb der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 29. 10. 1957 gesagt, es bedürfe „des Willens zu großen Opfern". Vestigia terrent! Die Spuren schrecken! Erinnern wir uns des verhängnisvollen Wortes: „Kanonen statt Butter!" Auch in der Bundesrepublik steigt der Rüstungsetat von Jahr zu Jahr. Erst 8 Milliarden DM, dann 10 Milliarden DM, dann 12 Milliarden DM, um 1960 die Rekordsumme von 15 Milliarden DM zu erreichen.

Erkennen wir aus alledem die ursächlichen Zusammenhänge und lernen wir aus der Vergangenheit, sonst marschieren wir wieder in eine Katastrophe, diesmal aber in die endgültige eines Atomkrieges.

Es kann nur eine Folgerung geben:

Neuer Kurs für die westdeutsche Politik und Anpassung an die veränderte militärpolitische Lage in der Welt, die ihren Ausdruck in dem vor der Weltöffentlichkeit vorgetragenen Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion fand. Dazu gehören die Vorlage eines eigenen westdeutschen Beitrags zur Abrüstung, gesamtdeutsche Beratungen über das Verbot von Kernwaffen, den Rüstungsstop, einen Nichtangriffspakt zwischen den beiden deutschen Teilstaaten, die Herstellung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und den Abzug aller ausländischen Truppen aus dieser Zone. Daraus würden Entspannung und verminderte Rüstungskosten folgen und automatisch sozialer Aufbau und Fortschritt für alle erwachsen.

Manfred Pahl-Rugenstein

Entspannung — Demontage der Unsicherheit

Das Jahr 1959 hat eine Wende in den internationalen Beziehungen gebracht. Führende Staatsmänner aus der Blütezeit des Kalten Krieges agieren nicht mehr, und die Einsicht wächst, daß die Fortdauer des unproduktiven Wettrüstens die Wünsche der Völker nach Sicherheit, Frieden, Ordnung und angemessenem Wohlstand in Zukunft eher gefährdet als gewährleistet. Die Begegnung zwischen Eisenhower und Chrustschow, eingeleitet durch die Besuche von Nixon und MacMillan in Moskau, bestätigen auf offizieller Ebene den Wandel des politischen Klimas. Dem führenden Staatsmann des Westens bescheinigt die „Washington Post" am 3. 12. 59: „Daß der Präsident selbst es völlig aufrichtig meint mit seinem Streben nach Frieden, ist offensichtlich, und sein Wunsch, sein Prestige während der letzten Monate seiner Amtszeit hierfür einzusetzen, spricht für ihn. Selbstverständlich handelt es sich bei diesem erneuten Streben der USA nach Frieden nicht um ein isoliert dastehendes Ziel; dieses Streben wird bereits von einer breiten Schicht verstanden. Für die anderen Völker werden ferner die Entschlossenheit der USA zur Verteidigung der grundlegenden Prinzipien sowie die von ihnen vorgeschlagenen Mittel von Interesse sein, um der Sowjetunion in einem friedlichen Wettstreit zu begegnen". — Die Zeitung fügte im Hinblick auf die Weltreise Eisenhowers hinzu: „Sieht man von der Nato- und der westlichen Gipfelkonferenz einmal ab, so können die Aufenthalte für einige Stunden oder auch mehrere Tage in diesen verschiedenen Ländern allein ganz offensichtlich keinem wesentlich diplomatischen Zweck dienen. Sie sind in erster Linie ein Ausdruck des Interesses und des guten Willens".

Es ist kein Zufall, daß wir gerade jetzt zu dieser Weltminute der Entspannung und des Willens zur Koexistenz kommen. Die schon während des zweiten Weltkrieges sich abzeichnende Auseinandersetzung zwischen der USA und der SU führte zum atomaren Gleichgewicht des Schreckens, zum Primat des Militärischen. Dieser Vorrang wirkte seinerseits entscheidend zurück auf das politische Verhalten und die zwischenstaatlichen Beziehungen der Völker, war mitbestimmend für den Welthandel (Embargo) und die Entwicklung des Sozialproduktes. Das Vorhandensein der totalen Vernichtungswaffen lähmte die Völker und ihre Regierungen. Die Politiker versäumten die Erarbeitung und Realisierung einer umfassenden und realen friedlichen politischen Konzeption. Die Welt schwankte am Abgrund zwischen Krieg und Frieden.

Heute rückt die Politik wieder an die erste Stelle. Sie verdankt dies — so scheint mir — nicht in erster Linie der Tatkraft und Überlegenheit der zivilen Staatsmänner; vielmehr öffnen die erstrebenswerten Horizonte sich in einem Augenblick, in dem neue militärische Strukturen — die IKR, die elektronische atomare Abwehrrakete, Fernradar u. a. — die balance of power erschüttert haben. Eine strategische Labilität aber kann zu einer Kurzschlußgefahr werden; daher das Bemühen um die politische Lösung, eine neue politische Struktur. Im deutschen Raum, an einem der Brennpunkte des militär-strategischen Denkens, muß sich natürlich eine solche Verlagerung der Ausgangsprinzipien ganz besonders auswirken.

In dieser Situation zeigt sich erneut die starre und verständnislose Haltung der Bonner Politik gegenüber den internationalen Entwicklungen. Ginge es nach dem Willen des Bundeskanzlers, so dürfte auf der kommenden Gipfelkonferenz von den deutschen Problemen, der deutschen Wiedervereinigung und von Berlin nicht gesprochen werden. Seine Absicht ist es, in den Tagen der Gipfelkonfe-

renz wieder einen Gartenstuhl für den Bundesaußenminister von Brentano in Genf aufzustellen, während im Konferenzsaal ohne uns über uns gesprochen wird. Indes das Palais Schaumburg alles vermeidet, eigene deutsche Vorschläge und Konzeptionen zur neuen Lage anzubieten, das hervorragende deutsche Interesse an einer Entspannung gerade hier bei uns, in Europa, zu bekunden, wird in der Bonner Ermekeil-Kaserne die Rüstung der westdeutschen Streitkräfte zielstrebig vorangetrieben. Der Haushaltsvorschlag der Regierung für 1960 sieht mehr als 10 Milliarden DM von insgesamt 42 Milliarden DM für diesen Zweck vor. Die CDU-Mehrheit des Verteidigungsausschusses des Bundestages bewilligte in diesen Wochen u. a. den Ankauf von 66 Starfightern 104 G, von denen jeder 5,725 Millionen DM kostet; ein WEU-Ausschuß schlägt vor, wesentliche Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik, die ihr auf Grund der Pariser Verträge auferlegt wurden, deren Vorhandensein als wesentliches Argument beim Eintritt Westdeutschlands in die Nato dem Bundestag vorgetragen wurde, praktisch fallen zu lassen; der englische Rüstungsminister Watkinson vereinbart mit Bundesminister Strauß einen Leitungsausschuß zur Produktion eines europäischen Nato-Panzers und den Ankauf von Blue-water-Raketen, die mit atomaren Sprengköpfen verschossen werden können. Die Pariser Tagung der WEU schlägt die Anlage eines Atomwaffen-Pools für die Nato-Länder Großbritannien, Frankreich, Benelux-Staaten und Bundesrepublik vor. Der Bundeskanzler erklärte am 13. Oktober 1959: „Eine mindere Bewaffnung Deutschlands, meinetwegen auch Polens und Ungarns und der Tschechoslowakei, wie der Rapacki-Plan vorsieht, würde das Ende der Nato bedeuten, und wir wollen an der Nato festhalten".

Es ist heute offensichtlich, daß eine solche Haltung sich für unser Volk und für die Entspannung bei uns in Europa nur nachteilig auswirken kann. Allzugern möchte Bonn nachweisen, daß jeder, der in Westdeutschland die Worte Entspannung, Friedensvertrag, Atomwaffenverzicht, Disengagement ausspricht, ein Kommunist oder zumindest ein Handlanger der Kommunisten sei; möchte Bonn glauben machen, daß unser Schicksal von der Anwesenheit von Stationierungs- und Besatzungstruppen abhängt. Ein so einsichtiger Amerikaner wie der führende Senator Humphrey hat allerdings bekundet, daß nach seiner Meinung, die sich mit der vieler maßgeblicher Persönlichkeiten der USA deckt, ein Rückzug der fremden Truppen aus dem Westen und Osten Deutschlands ohne Gefährdung der Sicherheit der USA, also ohne Gefährdung auch des Friedens in Europa geschehen kann. Er empfiehlt, auf der kommenden Gipfelkonferenz das Deutschlandproblem und die Möglichkeiten eines Disengagements in Zentraleuropa zu erörtern. Am 30. Oktober 1959 bekannte sich ebenfalls der englische Außenminister Selvyn Lloyd zu dem Gedanken eines geographisch begrenzten Gebietes zu beiden Seiten des Eisernen Vorhangs mit Rüstungshöchstgrenzen und einem Inspektionssystem. Sollten diese, sollten viele andere bedeutende Staatsmänner des Westens kommunistische Gedanken propagieren? Liegt nicht vielmehr ein eigenes ernsthaftes Interesse des Westens und von uns Deutschen vor? Sind wir nicht zuhöchst daran interessiert, aus unserer so leicht zum Konflikt führenden Situation, aus der im Ernstfall so tödlichen Stellung herauszugelangen? Unsere Aufgabe heißt heute: Demontage unserer Unsicherheit!

Das Verlangen nach atomaren Waffen wird von der Bundesregierung damit begründet, daß sie zum Ausgleich gegen die konventionelle Überlegenheit des Ostens in Europa nötig seien. Die Militärstrategen sagen allerdings voraus, daß die Überlegenheit der Nato an taktischen Atomwaffen in spätestens fünf Jahren verschwunden sein wird. Es wäre aber eine Milchmädchenrechnung, zu glauben, daß im Konfliktfall eine Entscheidung zwischen den Massenheeren einerseits und

kleinen atomar ausgerüsteten Spezialverbänden andererseits erfochten werden würde, etwa wie Vizepräsident Dr. J ä g e r es vor einem Jahr in der Universität Münster darstellte, daß angreifende Truppenmassierungen im Talkessel der Böhmerwaldpässe durch einige taktische Atombomben vernichtet würden. In jedem Fall würde vielmehr der militärische Gegner den Versuch machen, die gegnerischen atomaren Waffen zuvor auszuschalten; das aber könnte nur durch atomare Einwirkung geschehen — und das bedeutet in jedem Fall die totale Katastrophe für die Bevölkerung.

Die Realisierung einer rüstungsbegrenzten atomwaffenfreien Zone würde dieses Argument der Notwendigkeit einer westdeutschen Atombewaffnung hinfällig machen, da dann von vornherein ein nur wenig differenziertes Gleichgewicht der Kräfte vorhanden wäre, garantiert durch die großen Atommächte.

Die Bundesregierung verfolgt mit Unbehagen die Abrüstungstendenzen und die neuen politischen Pläne in der internationalen Politik. Indem sie vorgibt, daß es für sie unerträglich sei, auf einer kommenden Gipfelkonferenz wieder neben der DDR am Katzentisch zu sitzen, bekundet sie in Wahrheit ihren antiquierten Willen, der realistischen, von Außenminister H e r t e r proklamierten und von Präsident Eisenhower initiierten Politik des Westens nicht zu folgen. Sie will nicht am Konferenztisch, bei der Erörterung der deutschen Probleme und der Berlin-Frage, mit dieser neuen Linie konfrontiert werden. Sie sieht als Ergebnis nur den „Status-quo-minus"; sie will die positiven Seiten, die in der jetzigen Entwicklung liegen, die allerdings erarbeitet und errungen werden müssen, nicht erkennen. Sie beharrt bei den bekannten alten Formeln: „Nichts Neues", „Propaganda", „Störversuche", „Ernste Lage", und die Politik der Stärke bekommt den neuen Namen „Politik der Entschlossenheit". Sie wird dadurch nicht brauchbarer.

Die politische Aufgabe einer westdeutschen Regierung besteht jedoch in diesem Augenblick nicht darin, den untauglichen Versuch zu machen, die Geschichte anzuhalten, den Geist von Colombey-les-deux-églises zu beschwören — sondern darin, einen eigenen angemessenen und zeitgemäßen Beitrag zur Entspannung, zur Demontage der Unsicherheit im europäischen Raum zu leisten. So wie die Dinge heute liegen, wird es nur über den Weg der militärischen Entspannung möglich sein, an die Erörterung und tatsächliche politische Lösung der deutschen Probleme heranzukommen. Darin hat Bundestagspräsident D. G e r s t e n m a i e r recht, daß mit dem Disengagement die Wiedervereinigung nicht a priori verbunden ist. Man muß in ihr vielmehr eine Voraussetzung für den schwierigen Weg der deutschen Einheit erblicken. Wir können D. Gerstenmaier deshalb auch nicht darin folgen, nun am Disengagement selbst desinteressiert zu sein.

Die Frage, ob eine solche entspannte Zone sich realisieren läßt, muß zuerst in militärischer Hinsicht untersucht werden. Gerade Mitteleuropa ist durch das unmittelbare Nebeneinander der östlichen und westlichen Kräfte zu einem militärischen Krisenherd erster Ordnung geworden. Es bildete nach 1945 einen wesentlichen Eckpfeiler des westlichen Stützpunktsystems und des östlichen Verlangens nach räumlichem Vorfeld. Durch die Waffenentwicklung verliert nun das Stützpunktsystem mehr und mehr an strategischem Wert. So ist es kein Zufall, daß Meldungen sowohl aus den USA als auch aus der SU bekannt werden, die über Pläne zum Rückzug der Truppen aus Mitteleuropa berichten. Senator M a n s f i e l d , Mitglied des außenpolitischen Ausschusses des Senats, bezeichnete es am 14. 12. 59 für denkbar, daß der US-Kongreß sein Votum dazu gibt, einen Teil der USA-Truppen aus Europa zurückzuziehen. Er nannte die amerikanischen Europa-Truppen „weitgehend symbolisch" und äußerte, daß er „keinen großen Unterschied darin erblicken könne, ob zwei, drei oder fünf amerikanische Divisionen dort ständen". Den Abzug von 2000 Soldaten aus Island (4000 Ameri-

kaner bleiben noch) bezeichnete er mit „unbedeutend in der Anzahl, aber symbolisch bedeutend". Es ist bekannt, daß diese amerikanische Haltung nicht nur in der Wandlung der Strategie begründet ist, sondern daß dabei auch finanzielle Gründe nicht unwesentlich beteiligt sind. Das ungeheure Defizit des US-Haushalts von mehr als vier Milliarden Dollar, wie auch die absolute Höhe der Rüstungsausgaben zwingen zur Einschränkung. Auch an dieser Stelle zeichnet sich dabei die Verzahnung, das komplexe Kristallgitter der Vorgänge in unserer Welt sehr deutlich ab: Während die Industrie der USA, voraus planend, die voraussichtlich freiwerdenden Rüstungskapazitäten dem „Kreuzzug für den Frieden" einordnet, sich also auf den künftigen friedlichen Wirtschaftswettbewerb umstellt, investiert das US-Kapital Milliardenbeträge als „Starthilfe" und in Form von Beteiligungen in der westdeutschen Rüstungsindustrie. Die so gebundene Kapazität des westdeutschen Produktionsvolumens ist damit automatisch als Wirtschaftskonkurrent auf den Märkten der Entwicklungsländer und des weiten Ostens ausgeschaltet. Dieser Vorgang bedeutet zudem in viel größerem Maße als in der riesigen US-Wirtschaft eine Belastung für die Stabilität und die Kaufkraft der D-Mark.

Kein Geringerer als der Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee in Europa, General Eddleman, hat in Bonn wörtlich gesagt: „Die Nato kann ihre Aufgabe in Europa auch aus Positionen westlich des Rheins erfüllen". Diese Äußerung erhellt schlagartig, daß Überlegungen zu einem militärischen Disengagement durchaus sinnvoll möglich sind. Frühere hohe Militärs, unter ihnen die britischen Marschälle Montgomery und Slessor, teilen diese Überzeugung. Wenn aber solche militärischen Gedankengänge in Hinsicht auf eine Realisierung der entspannten Zone in Mitteleuropa möglich sind, dann kann weiter geprüft werden, ob auf der politischen Ebene ebenfalls die erstrebte sinnvolle Neuordnung zu erreichen ist. Auch hier gibt es eine ganze Reihe Äußerungen hervorragender westlicher Politiker, bei Kennan, Humphrey und Mac-Millan angefangen, die eine politische Neuordnung in Europa für förderlich und realisierbar halten. Sollten sie alle kommunistisch geimpft sein? Keiner von ihnen und von unseren anderen westlichen Freunden ist allerdings bereit, den von Deutschland verlorenen zweiten Weltkrieg noch nachträglich für uns zu gewinnen. Das bittere Erbe des Nazikrieges haben wir zu tragen. Je eher und je gründlicher wir Bilanz machen, je aufgeschlossener wir uns den unausweichlich kommenden Verhandlungen zu einem Friedensvertrag stellen, desto klarer wird sich der Weg in die Zukunft für uns abzeichnen. Je mehr wir unsere Bemühungen darauf richten, einen eigenen Beitrag zu einer militärischen Entspannung im europäischen Raume zu leisten, desto besser dienen wir unserer Sicherheit und unserer Demokratie, desto weiter rückt die Gefahr kriegerischer Katastrophen von uns.

Eine mitteleuropäische Zone der begrenzten Rüstungen und der gegenseitigen Kontrolle wird nicht durch einen Federzug unter einem Vertragsdokument verwirklicht. Viele und schwierige Einzelprobleme sind zu lösen; die Annäherung an das ersehnte Ziel kann nur Schritt um Schritt erfolgen. Dabei ist die ständige Aufrechterhaltung einer vernünftigen Äquivalenz zwischen der militärischen und der politischen Ebene ebenso vonnöten, wie — nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren — zwischen den Kräften in den beiden Teilen der Entspannungszone. Unbestritten sein muß jedoch der Primat der Politik, der unbedingte Wille, eine unzureichende strategische Situation, eine gleichsam permanente Mobilmachung, durch eine in Vertragswerken völkerrechtlich paraphierte politische Konstruktion zu ersetzen, sozusagen eine politische Infrastruktur für diese Zone zu schaffen. In diesem Zusammenhang gesehen, ist auch das

Antarktis-Übereinkommen nicht nur für die Pinguine gemacht, ist die Verständigung über die Beendigung der mörderischen Atom-Versuchsexplosionen, die bevorsteht, ein Modell dafür, daß es möglich ist, das Mißtrauen durch Klugheit zu überwinden und auf diesem Umweg zur Vernunft zu gelangen.

Wie müßte nun zahlenmäßig und räumlich eine solche Zone beschaffen sein, um das Erfordernis der Äquivalenz zu erfüllen? Hierzu machte auf der kurzen und abrupt abgebrochenen außenpolitischen Debatte des Bundestags am 5. November der SPD-Abgeordnete Helmut Schmidt (Hamburg) sehr beachtenswerte sachliche Ausführungen. Er legte eine Zusammenstellung vor, die nach seiner Ansicht die balance of power zwischen der Nato-Macht und dem Warschauer Pakt aufrecht erhält. Er ging dabei von einer im Bulletin der Bundesregierung publizierten Äußerung von Bundesminister Strauß aus: „Man kann auf die Forderung des militärischen Gleichgewichts in Europa nicht verzichten. Dabei ist unter einem militärischen Gleichgewicht nicht die arithmetische Gleichheit zu verstehen, sondern die Vergleichbarkeit aller für die Verteidigung notwendigen militärischen Kräfte mit denen der anderen Seite". Helmut Schmidt nannte als beteiligte Faktoren solcher Gleichwertigkeit: 1. die Bevölkerungszahlen, 2. die Produktionskraft, 3. die Zahl der Soldaten, 4. die Bewaffnung dieser Soldaten, 5. den einbezogenen Raum, 6. die im Raum befindlichen militärischen Hindernisse.

„Insgesamt", führte er aus, „muß also eine Äquivalenz der gesamten taktischen und strategischen Situation nachher so wie heute gegeben sein". Am Anfang seiner Ausführungen stand die Frage der gegenseitigen und internationalen Kontrollen, sowohl stationär als auch beweglich, auch in den See- und Flughäfen, und in Verbindung mit einer gegenseitigen Luftüberwachung. Sodann sind Abmachungen über die Begrenzung der Fremdtruppen innerhalb der Zone nötig; weiter über die Stärke der nach dem Abzug der Fremdtruppen verbleibenden nationalen Kontingente. Ausgehend von 300 000 Bundeswehrsoldaten, zählte der Abgeordnete die folgenden denkbaren Relationen auf: zu Polen 3 zu 2, zur DDR 3 zu 1, zur CSR 3 zu 1, zu Ungarn 3 zu 1, insgesamt 3 zu 5, bei strikter Beschränkung auf konventionelle Waffen und bei Ausdehnung der Kontrollen auch auf para-militärische Verbände. In Hinsicht auf das early-warning-system müßten Radar-Stationen am jeweils entgegengesetzten Rand der Zone eingerichtet werden, also für die Oststaaten am Rhein, für die Bundesrepublik und die Nato etwa am Narew. Eine Kontrolle dieser Stationen selbst ist ebenfalls notwendig, damit sie sich nicht zu elektronischen Lenkungsstationen für Fernlenkwaffen entwikkeln können.

Raummäßig — so wurde weiter dargelegt — könnten die Bundesrepublik (250 000 qkm) einerseits und Polen (310 000 qkm), die DDR (130 000 qkm) die CSR (130 000 qkm) und dazu Ungarn andererseits die Zone bilden, also etwa im Verhältnis 1 zu 2. Die Raumbreite beträgt dann westlich der Trennlinie 300 bis 400 km, östlich 800 bis 1000 km. Im Norden und Süden würden Ostpreußen und Ungarn (falls nicht zur Zone kommend) bis zu 600 km Entfernung an die Trennlinie heranreichen. Dabei stehen den 53 Millionen Einwohnern in der Bundesrepublik etwa 28 Millionen Polen, 18 Millionen Ostdeutsche und 13 Millionen Tschechen gegenüber. Die Produktionskraft der Bundesrepublik schätzt der Abgeordnete dabei „auf absehbare Zeit erheblich stärker ein als die Produktionskraft jener vier Oststaaten zusammen". Würde diese Zone der Kontrolle und der begrenzten Rüstung geschaffen, ständen die westlichen Truppen der Nato hinter dem Rhein, und die Sowjettruppen würden aus ihren Positionen 50 km vor Hamburg, 100 km vor dem Nord-Ostsee-Kanal und 120 km vor Frankfurt hinter den Bug

zurückgezogen werden. Diese Entspannung wirkt sich auch unmittelbar auf die Ostseeausgänge aus.

In weiteren Ausführungen beschäftigte der Redner sich mit dem viel diskutierten Problem des Wiedereinmarsches (re-entry) und legte dar, daß sich für die Natotruppen für die Erreichung ihrer gegenwärtigen Ausgangspositionen in Westdeutschland eher günstigere Aspekte anbieten als für die Truppen des Warschauer Paktes, die beim Übergang über die großen Ströme Oder, Weichsel und Elbe der westlichen Waffeneinwirkung (interdiction) ausgesetzt wären.

Diese Darlegungen im Bundestag können jedenfalls einer breiten Öffentlichkeit deutlich machen, daß eine solche Zone der Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa sinnvoll und möglich ist. Ihre Aufgabe besteht ja nicht nur darin, das gegenseitige Vernichtungspotential lediglich in seiner Substanz zu verringern, sondern darin, das Vertrauen in politische Lösungen wieder wachsen zu lassen, diese somit vorzubereiten und zu ermöglichen. Das gilt ganz speziell für unsere deutschen Probleme. Wir haben deshalb ein hervorragendes Interesse an dieser Entspannung im mitteleuropäischen Raum, und eine Bundesregierung müßte dieses Interesse von unseren westdeutschen Gegebenheiten aus genau akzentuieren, sowohl gegenüber Ostdeutschland und den östlichen Völkern in Europa als auch gegenüber unseren westlichen Verbündeten. Eine solche Untersuchung ist nützlicher, als durch den CDU-Sprecher Freiherrn z u G u t t e n b e r g dramatisch polemisieren zu lassen, „der Abzug der Sowjettruppen wäre das langersehnte Revolutionssignal für die Völker im Osten der entspannten Zone, und zum zweitenmal marschiere dann die Rote Armee nach Westen, und die Vereinigten Staaten hätten zu ihrer atomaren Garantie zu stehen". Schon die Forderung der Schaffung eines ausreichenden europäischen Sicherheitspaktes und Garantiesystems schaltet solche Turbulenz der Entwicklung von vornherein aus. Politik ist allerdings niemals ohne Risiko. Es liegt unter Umständen allerdings mehr Risiko in dieser Art von Polemik des CDU-Sprechers und in ähnlichen Äußerungen des ihm gut bekannten Herrn S c h l a m m als in der Sache selbst.

Eine andere Frage ist, ob nicht auch bei Abwesenheit von Atomwaffen in die Zone mit A- oder gar H-Bomben hineingeschossen werden kann. Abgesehen davon, daß eine sozusagen naturgesetzlich funktionierende Friedensgarantie so wenig gegeben ist, wie man z. B. den Mord als solchen in der Welt ausschalten kann, so würde doch ein Überfall bedingen, daß zuvor oder gleichzeitig das Atompotential der Garantiemächte der Zone vom Angreifer in einem möglichst vernichtenden Schlag ausgeschaltet wird. Dieser könnte also nur von einer der atomaren Großmächte ausgehen und würde also mit Sicherheit auch deren eigene Niederlage, wenn nicht gar ihren Untergang bedeuten. Das militärische Problem einer solchen Zone besteht also vor allem darin, daß die in ihr vorhandenen konventionellen Streitkräfte die Unverletzlichkeit der nationalen Grenze und die innere Ruhe aufrechterhalten.

Unter dem Gesichtspunkt dieser möglichen Entwicklung in Mitteleuropa sollte die Bundesregierung auch ihr Verhältnis zur Nato einer genauen Überprüfung unterziehen. Die von ihr so sehr erstrebte totale Integration wird soeben von dem französischen Natopartner sehr eindeutig abgewiesen. „Ein Volk muß auf eigenen Füßen stehen, wenn es ein machtvoller Partner im Rahmen einer Allianz sein soll", verkündete Staatschef d e G a u l l e. Durch gelenkte „Indiskretionen", die ein modisches Hilfsmittel der Diplomatie zu werden scheinen, tropfte die Kritik in die US-Presse, die der amerikanische Generalstabschef T w i n i n g an der französischen Natopolitik, an der Nato überhaupt übte. Alle Welt weiß, daß die Nato sehr wenig funktionsfähig ist, da Frankreich die Natotruppen nach Algerien abgezogen hat, die Mittelmeerflotte dem Nato-Kommando entzogen hat, zur Inte-

gration der Luftverteidigung nicht bereit ist, die Stationierung von Nato-Bomber-Verbänden und die Lagerung fremder Atomwaffen auf seinem Gebiet verweigert; daß Norwegen und Dänemark solche Stationierung ebenfalls verweigern; daß die Natopartner Belgien und Niederlande die Wehrdienstzeit verkürzt haben, daß Großbritannien einen Teil seiner Verbände vom Kontinent zurückgezogen hat. Ein neues dreiköpfiges Nato-Befehlshaupt, wie de Gaulle es fordert, und ein „Umbau der Nato", den der deutsche Bundeskanzler nach seinem letzten Paris-Besuch im französischen Fahrwasser fordert, bedeuten keine Auffüllung dieser brüchigen Substanz. Allgemein rechnet man in eingeweihten Kreisen sogar damit, daß etwa 1963 die amerikanischen Truppen vom europäischen Kontinent abgezogen sind. Aus dem militärischen Denken heraus wird so die Forderung des Ministers für die französischen Streitkräfte, G u i l l a u m a t, nicht überraschen: „Eine militärische Verteidigung Frankreichs kann die Offensive nicht außer acht lassen. Diese Verteidigung muß daher eine Streitmacht zum Zuschlagen (Force de Frappe) erhalten, die mit unseren eigenen Mitteln zu verwirklichen ist". Muß eine solche Nato vom deutschen Standpunkt aus und in Hinsicht auf die notwendigen politischen Schritte zu unserer Wiedervereinigung für uns nicht unter Umständen zu einem schwerwiegenden Hindernis werden?

Was muß, im Rampenlicht der Weltbühne betrachtet, wobei es weniger auf eine markante Brille als auf denkende Augen ankommt, der deutsche Text zu den kommenden großen Gesprächen enthalten?

Da erhebt sich als erstes die Forderung, daß die Deutschlandfrage nicht von der weltpolitischen Traktandenliste verschwinden darf. Während die Bundesregierung auf der Natokonferenz im Dezember 1958 darauf drang, nicht nur über Berlin, sondern zugleich über Deutschland und die europäische Sicherheit zu sprechen, fordert sie jetzt, ausschließlich über die Abrüstung zu verhandeln. Mit größter Wahrscheinlichkeit wird jedoch die Sowjetunion die Frage des Friedensvertrages auf der kommenden Gipfelkonferenz vorlegen. Seit dem Januar 1959 gibt es hierzu einen sowjetischen Entwurf. Glaubt man, an ihm vorbeizukommen, indem man ihn mit dem einen Wort „unannehmbar" abtut, ohne im einzelnen sich mit dem Inhalt auseinanderzusetzen? Er enthält in der Tat unannehmbare Dinge; er enthält auch manches Zwangsläufige und Bittere, das die Vorgänge von 1933 bis 1945 uns eingebrockt haben; er enthält aber auch Vorschläge für den militärischen Status Deutschlands, die im Zusammenhang mit dem Durchbruch zu einer weltweiten Politik der Abrüstung und der Entspannung für uns den geeigneten Anknüpfungspunkt für eine Diskussion ergeben. Als Vorschlag, als Entwurf wurde dieser Text ja von vornherein in den begleitenden sowjetischen Noten bezeichnet. Nach den jetzt bekannt gewordenen, von Unterstaatssekretär M e r c h a n t für das US-State-Department ausgearbeiteten Plänen gibt es auch im Weißen Haus bereits Vorstellungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland, den die vier Regierungschefs unter beratender Mitwirkung der beiden deutschen Teilstaaten vorbereiten sollen, wobei nach einer „grundsätzlichen Zustimmung zur Wiedervereinigung" unter „Hilfestellung" der Besatzungsmächte „die Wiedervereinigung — als Föderationsplan — in der verfassungsmäßigen Zuständigkeit der Deutschen zu liegen hat". Das deutsche Territorium soll sodann — vorausgesetzt, daß die Pressemeldungen stimmen — abschnittsweise in drei halbjährlichen Phasen von fremden Truppen geräumt werden. Während man in Bonn und in der CDU recht eifrig die Gefahren eines „militärischen Vacuums" diskutiert, ist man sich der Einbußen und erheblichen Nachteile eines Vacuums in unserer Politik offenbar wenig bewußt.

Welche Punkte müßten noch zum Inhalt eines positiven westdeutschen Entspannungsbeitrages gehören? Meines Erachtens bedingt eine ehrliche Bereitschaft

zur Einfügung in ein europäisches Sicherheitssystem, daß die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklärt, während der Zeit der Gipfelgespräche und der Verhandlungen auf zwischenstaatlicher Ebene die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, „die doch niemals angewendet werden dürfen", zurückzustellen und während dieser Zeit keine Ausbildung von Angehörigen der Bundeswehr an Waffen, die atomar angewandt werden können, durchzuführen.

Wir sollten uns im Natorat und durch einen Appell an die Atommächte und die UN gegen jede Ausweitung des Atomklubs aussprechen und die Atommächte selbst auffordern, sich feierlich zu verpflichten, keine Atomwaffen weiterzugeben und keine fremden Armeen mit atomar verwendbarem Gerät auszustatten.

Wir sollten in einer klugen Analyse dem französischen Staatschef de Gaulle darlegen, daß die Zukunft und der Ruhm Frankreichs nicht auf der Atombombe beruht, sondern auf den immer noch erhabenen Grundsätzen „Liberté — Egalité — Fraternité", die noch heute auf jeder französischen Münze zu lesen sind, auf der Macht des französischen Geistes, der französischen Wissenschaft, des französischen Fleißes — eben auf jenen kürzlich in Straßburg beschworenen Kräften eines Leibnitz und eines Goethe, nicht aber auf dem politischen Testament eines Kardinals Richelieu.

Wir sollten darauf drängen, daß eine neutrale Regierung, vielleicht die Schweiz, vielleicht Österreich als Sitz der UNO-Atom-Behörde, die Regierungen zu einer Konferenz einlädt, um die Konvention zur Ächtung der Atomwaffen, die das Internationale Rote Kreuz in Neu-Delhi annahm, zu einem Bestandteil des internationalen Rechts zu machen.

Wir sollten in dem 42 Milliarden Etat für 1960 zum Nutzen unserer Zukunft die dringend notwendigen Beträge für die Förderung der Bildung und der Wissenschaft placieren. Kein Geringerer als der Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Jahrreis, hat warnend und eindringlich auf unser kulturpolitisches Fiasko hingewiesen.

Das Unbehagen an der Atomenergie und an den Folgen des Wettrüstens hat die ganze Welt ergriffen. Die strategischen und politischen Prinzipien der Zukunft werden in der nächsten Zeit neu geordnet. Die Bundesregierung darf nicht glauben, daß man ihr gestatten wird, im Glashaus einer antiquierten Politik auszuharren. Die öffentliche Meinung spricht sich heute dafür aus, daß wir in eigener Sache die deutsche Stimme nicht schweigen lassen, daß wir für die Wiedervereinigung gemäß jenen Grundsätzen handeln, die die Bundesrepublik Deutschland sich für eine Übergangszeit in ihrem Grundgesetz gegeben hat.

Dr. Josef Peters

Zurück in den Abgrund?

Der Fall Oberländer

In wenigen Wochen werden die Bewohner der Bundesrepublik Gelegenheit haben, die Rockaufschläge ihrer Mäntel und Jacken mit einem neuen Abzeichen zu zieren. Ähnlich wie das „Kuratorium unteilbares Deutschland" mit seiner Aktion „Macht das Tor auf", will der Bund der Vertriebenen im Januar mit dem Verkauf einer Plakette beginnen, die von Vertriebenen und Einheimischen zum

Zeichen dafür getragen werden soll, daß die von den Vertriebenenverbänden verfochtenen heimatpolitischen Ideen eine Forderung aller Deutschen darstellen. Dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen liegt eine Skizze vor, nach der das Abzeichen in Schild-Form das deutsche Ordenskreuz — schwarzes Kreuz auf weißem Grund — zeigen soll. Presseverlautbarungen zu Folge will der Bund mit dem Abzeichen die Behauptung widerlegen, daß der Anspruch auf die Oder-Neisse-Gebiete nicht nur von einer Gruppe von „Berufsflüchtlingen" erhoben werde.

Sollte die Plakette tatsächlich in der geschilderten Form zum Verkauf kommen, dürfte vor aller Öffentlichkeit klargestellt sein, daß die Ost- und Volkstumspolitiker keineswegs von Einfallsreichtum geplagt sind. Die Plakette ähnelt nämlich fast aufs Haar dem einstigen Emblem des von den Nationalsozialisten ins Leben gerufenen „Bundes Deutscher Osten", das sich von der Anstecknadel des Jahres 1960 nur dadurch unterscheidet, daß in seiner Mitte, dort, wo die Balken des schwarzen Kreuzes aufeinandertreffen, im runden weißen Feld das Hakenkreuz prangt. Allein aus diesem Grund läßt sich leicht ausmalen, wie die Plaketten-Aktion des Bundes der Vertriebenen auf jene Völker wirken wird, die mit den Trägern des Ordenskreuzes unliebsame Erfahrungen machen mußten.

Im September dieses Jahres veröffentlichte die „Revue" das Konterfei eines jugendlich wirkenden Mannes, der auf dem Rockaufschlag neben dem goldenen Parteiabzeichen das oben beschriebene schildförmige Abzeichen des Bundes Deutscher Osten mit dem Hakenkreuz trug. Als Vertriebenenminister Theodor Oberländer am 30. September 1959 vor der Presse in Bonn danach gefragt wurde, ob er mit dem abgebildeten Mann etwa identisch sei, gab der Minister zur Antwort, seine Frau hätte schallend über das Foto gelacht. Nein, er sei nicht mit diesem Manne identisch.

Kein anderer als Theodor Oberländer war mehr dazu berufen, das Wappen des „Bundes Deutscher Osten" zu tragen; er war der Leiter des Bundes.

Die Plakettenaktion des Bundes der Vertriebenen scheint an Traditionen anknüpfen zu wollen, denen Theodor Oberländer während des Dritten Reiches einen Großteil seiner nicht unbeträchtlichen Aktivität gewidmet hat. Wenn sich die deutsche Öffentlichkeit — und nicht nur sie allein — neuerdings wieder mit dieser Aktivität beschäftigt, dann hat der Bundesvertriebenenminister sich dies selbst zuzuschreiben. Überstürzt ließ er am 23. September dieses Jahres die in Frankfurt erscheinende Wochenzeitung „Die Tat" beschlagnahmen, nachdem ihm zugetragen worden war, daß das Blatt einen Artikel über sein Verhalten während des Krieges abgedruckt hatte. Einen Tag später berichteten alle Zeitungen über die Beschlagnahme, und Millionen von Lesern wußten nun, was der Minister gern unterdrückt hätte.

Laut „Spiegel" hatte die beschlagnahmte „Tat" folgendes geschrieben: „Während der Anwesenheit des unter der politischen Leitung Oberländers stehenden Bataillons „Nachtigall" in Lemburg trug sich folgendes zu: Über 30 Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure, Professoren, Geistliche und Wissenschaftler wurden ermordet. Schüsse fielen im Lemberger Gefängnishof, in einer Sandmulde auf dem ‚Kadettenberg', in den Sandgruben beim Lissenitzki-Wald und im Lager Janow. In den Sandgruben außerhalb der Stadt wurden mehrere tausend Juden erschossen. Im Lager Janow wurden Ermordete aufgestapelt, mit Teer und Benzin übergossen und verbrannt — insgesamt 1600 Menschen... Diese Mitteilung und das uns vorliegende Material enthält einen ungeheuren Schuldvorwurf: Ein amtierender Bundesminister steht unter dem Verdacht, an Massenmorden während des Krieges beteiligt gewesen zu sein."

Diese Anschuldigungen waren für den Minister nicht neu. Er kannte sie aus einem Schreiben der Bonner Oberstaatsanwaltschaft vom 2. September 1959, mit dem der Minister aufgefordert worden war, sein Verhalten in Lemberg während der Zeit vom 29. Juni bis zum 6. Juli 1941 zu erläutern. Die Bonner Oberstaatsanwaltschaft hatte sich zu diesem Brief an den Minister veranlaßt gesehen, nachdem sie vom Leiter der Zentralen Ermittlungsstelle für die Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg vom Inhalt eines Schreibens informiert worden war, das das Präsidium der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) an die Ludwigsburger Behörde gesandt hatte. Dieses Schreiben enthielt weit schwerere Vorwürfe als der Artikel in der auf Oberländers Veranlassung beschlagnahmten Zeitung. (Inzwischen hat der Bundesinnenminister das Verbot der VVN beantragt.)

Die Bonner Oberstaatsanwaltschaft mußte mehr als drei Wochen auf die Antwort des Ministers warten. Sie erfolgte erst am 25. September, also wenige Stunden, nachdem die ganze Angelegenheit durch die Beschlagnahmeaktion „geplatzt" war.

Auf der bereits erwähnten Pressekonferenz vom 30. September versuchte Oberländer die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Dabei bediente er sich einer wenig überzeugenden Methode: er zitierte eigene Tagebuchaufzeichnungen. „Ich kann sagen", so resümierte er, „daß in den sechs Tagen, in denen ‚Nachtigall' in Lemberg gewesen ist, kein Schuß gefallen ist und daß mir auch nicht ein einziger Fall irgendwelcher Gewalttätigkeiten bekannt ist."

Abgesehen davon, daß zur gleichen Stunde, als der Minister diese Erklärung abgab, die in Düsseldorf erscheinende „Jüdische Illustrierte" Lemberger Tagebuchaufzeichnungen des SS-Oberscharführers L a n d a u veröffentlichte, die mit Oberländers Bild der Ereignisse jener Tage keineswegs übereinstimmen, war sein Rechtfertigungsversuch so wenig überzeugend, daß sich die Presse in den folgenden Tagen und Wochen immer wieder mit dem Minister beschäftigte.

Die Bundesregierung desavouierte ihr Mitglied Oberländer durch Schweigen. Während sie für A d e n a u e r s Staatssekretär Dr. Hans G l o b k e , der in jenen Tagen gleichfalls wegen seiner NS-Vergangenheit angegriffen worden war, durch einen amtlichen Sprecher eine Art Ehrenerklärung abgeben ließ, hielt sie es bis auf den heutigen Tag weder für erforderlich noch für opportun, ähnliches im Fall Oberländer zu tun. Im Hinblick auf dieses Verhalten bedurfte es bei den verantwortlichen Männern des kanzlertreuen „Rheinischen Merkurs" weiß Gott keines besonderen Mutes, einen Artikel Paul Wilhelm W e n g e r s aufzunehmen, der die Problematik des Falles Oberländer mit ungewöhnlicher Schärfe angeht. In Wengers Artikel — man ist versucht, ihn als Schuß auf eine politische Leiche zu charakterisieren — heißt es u. a.:

„Es geht im Fall des Bundesvertriebenenministers Dr. Oberländer nicht um den Vorwurf eigenhändiger Beteiligung an Banderas Lemberger Ausschreitungen, die auf die ‚Säuberung' der polnischen Oberschicht dieser im Land von Ukrainern umgebenen Hauptstadt Ostgaliziens zielten, sondern um die intellektuelle Mitverantwortung für die Taten derer, die er als V o l k s t u m s e x p e r t e in Kenntnis ihrer anti-jüdischen und antipolnischen Affekte nach Lemberg mit hineinführte. Dieser schwerwiegende ‚ostpolitische' Komplex steht zur Debatte. Falls das Bundeskabinett die Aufklärung nicht selbst in die Hand nimmt, kommt der Bundestag kaum an der Einsetzung eines U n t e r s u c h u n g s a u s s c h u s s e s vorbei, zumal die strafrechtliche Klärung dieses hochpolitischen Komplexes am Thema vorbeigeht. Der Bundesvertriebenenminister sollte eine solche Untersuchung am besten selbst beantragen, und er hat auch das erste Interesse daran,

daß die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen untersucht und, wie man hoffen möchte, ausgeräumt werden."

Diese Ausführungen können — wenn überhaupt — nur den Sinn haben, dem befreundeten und weniger befreundeten Ausland zu zeigen, daß sich die staatstragenden Kräfte der Bundesrepublik von Männern distanzieren, die notgedrungenermaßen in die Kategorie derer eingereiht werden müssen, die als Revanchisten zu bezeichnen sind. Durch eine solche Distanzierung soll der Kritik gegen die politische Wiederverwendung ehemaliger NS-Größen der Wind aus den Segeln genommen werden.

Theodor Oberländer ist seinen Parteifreunden in Bonn als Politiker auf exponiertem Posten offenbar tatsächlich lästig geworden. Sie möchten den Mann loswerden, haben aber bis heute noch keine Antwort auf die heikle Frage gefunden, wie dies zu bewerkstelligen sei, ohne dem Renomee der Bundesregierung zu schaden. Vermutlich wurde mit dem genannten Artikel des „Rheinischen Merkurs" die Spekulation verknüpft, Oberländer werde es angesichts eines so schweren Geschützes vorziehen, zu demissionieren. Daß er diesen Schritt bis zur Stunde noch nicht getan hat, dürfte seine Ursache darin haben, daß er auf die Unterstützung e i n e s Mannes im Kabinett rechnen kann; auf die des Kanzlers.

Beide Männer verbindet das Unvermögen, aus dem Fortgang der politischen Entwicklung die nötigen Schlüsse zu ziehen. Glauben beide, daß es eines Tages doch noch möglich sein werde, den Osten durch die militärische Stärke der Bundesrepublik zu beeindrucken und von ihnen einen niedrigen „Kaufpreis" für die Ostgebiete einzuhandeln? Tatsächlich bietet die Bundesrepublik in diesen Tagen, da sich der amerikanische Präsident darum bemüht, seinen Verbündeten die effektive Notwendigkeit einer politischen und militärischen Entspannung vor Augen zu führen, ein Bild, das den Betrachter in die bittersten Zeiten des Kalten Krieges zurückversetzt. Da werden auf der einen Seite die Deutschen dazu angehalten, durch den Kauf eines Abzeichens mit dem Ordenskreuz öffentlich darzutun, daß sie die bestehenden Grenzen nicht akzeptieren und Gebietsforderungen haben, also eine Haltung einnehmen, die von den Regierungen der drei Westmächte nicht mehr geteilt wird, während auf der anderen Seite ein Ausschuß des Bundestages beschließt, zu einem Preis von 450 Millionen Mark Fernlenkraketen einzukaufen, die mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet werden können.

„Die Eindeutschung der Ostgebiete muß in jedem Fall eine restlose sein." Das schrieb Theodor Oberländer 1940 in der NS-Zeitschrift „Neues Bauerntum". Dieser Mann ist heute Bundesminister einer Regierung, die Atomwaffenvorräte anlegt. Eine gespenstische Situation.

Der Minister hat bestritten, den zitierten Satz je geschrieben zu haben. Der Aufsatz, dem er entstammt, enthält indessen noch andere Kernsprüche: „Deutsch sind die neuen Ostgebiete völkisch erst dann, wenn der letzte Quadratmeter von deutschen Menschen, die in diesem Gebiet bodenständig sind, bebaut wird... Eine klare Trennung zwischen Deutschtum und Polentum ist nach den Ereignissen der letzten Jahre eine absolute Notwendigkeit, wenn die Reinerhaltung der Rasse gewährleistet sein soll."

Die sozialdemokratische Wochenzeitung „Vorwärts" hat zu der Behauptung Oberländers, die Redaktion des „Neuen Bauerntums" habe seinen Artikel mit nationalsozialistischem Gedankengut angereichert, am 27. November 1959 erklärt: „Wer auch nur ein einziges Wort in einem solchen Machwerk verfaßt hat, der hat sich des Anspruchs begeben, großtönend von Heimat- und Selbstbestimmungsrecht zu sprechen und die Willkür anderer anzuprangern, der ist ein

schlechter Anwalt der Vertriebenen und der deutschen Sache, weil er unglaubwürdig ist."

Derart massiver Kritik sieht sich Oberländer nicht erst seit gestern ausgesetzt. Aber statt „kurz zu treten", gab er immer wieder seinem „Drang nach vorn" nach und spielte sich an die politische Rampe. Als während der Genfer Außenministerkonferenz im Frühsommer dieses Jahres Außenminister Heinrich von Brentano schüchtern seinen Versuchsballon mit dem Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen der Bundesrepublik einerseits und Polen und der Tschechoslowakei andererseits aufsteigen ließ, soll es der Bundesvertriebenenminister gewesen sein, der wesentlich dazu beitrug, diesen Ballon zum Platzen zu bringen. Auch später — Mitte November dieses Jahres bei seinem Besuch in Westberlin — ließ er kaum Zweifel daran offen, daß er eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik unter den gegenwärtigen Bedingungen kategorisch ablehnt. Er hält diese Normalisierung erst dann für möglich, wenn die in Polen herrschenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse grundlegend geändert sind. Wie er dieses Ziel erreichen will, ist sein Geheimnis, auf jeden Fall meinte er laut UPI, „daß das deutsche Volk mit einem freien, nicht von einer bolschewistischen Diktatur beherrschten polnischen Volk die Frage der deutsch-polnischen Grenzziehung loyal und ohne große Schwierigkeiten lösen könnte".

Der Minister ist aber nicht nur dagegen, daß die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der Warschauer Regierung ins Lot kommen; er ist auch dagegen, daß der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages vom Januar 1959 zur Grundlage von Verhandlungen über die Beendigung des gegenwärtigen, doch zweifellos anomalen Zustandes gemacht wird. Dabei geht es ihm sowohl um den Inhalt dieses Entwurfes wie um die generelle Frage, ob es überhaupt möglich sei, zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik einen Friedensvertrag abzuschließen. Zum letzten Punkt schrieb er in den „Informationen des Verbandes der Landsmannschaften der aus dem Osten und Südosten vertriebenen Deutschen" vom 13. Februar 1959: „... Nun kommt das sowjetische Friedensangebot... Ist es überhaupt möglich, zwischen einem freien Land und einem Kolonialgebiet mit einer staatskapitalistischen Herrschaft einen echten Friedensvertrag abzuschließen?"

Mit der Charakterisierung der Sowjetunion als Kolonialgebiet gibt der Bundesvertriebenenminister zu erkennen, daß er aus seiner Haut nicht heraus kann. Die Auffassung, daß es sich bei den Gebieten und Ländern im Osten um „unerlöste Provinzen" handelt, scheint bei ihm zu einer Art von Trauma geworden zu sein. Hier zeigt sich jener Geist, den der heutige Minister bereits als Universitätsprofessor im Jahr 1939 bekundete, als er in dem vom nationalsozialistischen Lehrerbund herausgegebenen „Kampfblatt für Erzieher und Schule" schrieb: „Der einzig bleibende Erfolg dieser an Tragik und Verluste reichen (deutschen) Geschichte ist die Wiederbesiedlung des deutschen Ostens."

Fünf Jahre ist es her, daß die Zeitschrift des christlich-demokratischen Studentenbundes „CIVIS" forderte: „Eine christliche und demokratische Partei kann mit solchem Manne nicht länger zusammenarbeiten, ohne selbst verächtlich zu werden. Der Kanzler täte wohl daran, Oberländer dem Abgrund, dem er kühn entstiegen, wieder zurückzugeben."

Dieser Satz hat noch heute seine volle Gültigkeit.

Die deutsche Politik steht vor der Aufgabe, zu einer realistischen Beurteilung sowohl der deutschen als auch der internationalen Situation zu gelangen. Rezepte, wie sie der Bundesvertriebenenminister in der Vergangenheit anbot und heute wieder anbietet, führen zu sehr makabren Vergleichen. Das gleiche gilt für

Plakettenaktionen mit Abzeichen, über denen der Schatten des Hakenkreuzes liegt.

Männer, die unser Volk mit derlei Dingen behelligen, passen nicht mehr in die politische Landschaft.

Prof. Dr. Levin L. Schücking

Binsenwahrheiten

Die Demokratie beruht, wie niemand bezweifelt, letzten Endes auf dem Glauben an das Volk, d. h. auf der Vorstellung, daß die Allgemeinheit so viel Verstand besitze, um zu beurteilen, wer zur Führung der politischen Geschäfte tauglich, wer dazu ungeeignet sei. Selbst Bismarck, der die Demokratie als Regierungsform aus tiefster Seele haßte, scheint im Grunde etwas von diesem Glauben besessen zu haben, denn als er das Allgemeine Wahlrecht gab, tat er es mit den Worten: „Setzen wir Deutschland sozusagen in den Sattel, reiten wird es schon können!" Hier irrte aber bekanntlich der Eiserne Kanzler. Denn als das Gängelband des Obrigkeitsstaates abgeworfen und an seine Stelle der freie Volksstaat der Weimarer Verfassung getreten war, da erwies sich eine Unfähigkeit des deutschen Volkes, sein Schicksal selbst zu gestalten, die im Ermächtigungsgesetz und in der Übergabe der Staatsgewalt an einen irrsinnigen Verbrecher ihren grotesken Höhepunkt erlebte. Die schauerlichen Folgen sind uns allen vertraut. Aber es fragt sich, wieviel von den Ursachen des ungeheuren, damit über die ganze Welt gekommenen Unglücks potentiell noch immer vorhanden ist. Dabei sind nicht die überlebenden Reste nazistischer Denkart gemeint, sondern das, was sie ursprünglich möglich machte. Das aber ist doch wohl zunächst jene Gleichgültigkeit der Gebildeten in Deutschland gegenüber der Politik, die schon für Friedrich Naumann ein Gegenstand der Verzweiflung war. Es ist freilich wahr, daß durch die fürchterlichen Nackenschläge, die mehr oder weniger jede deutsche Familie im Tausendjährigen Reich erfahren hat, das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten seit Naumanns Zeit gewachsen ist. Auch bemüht man sich an vielen Orten in dankenswerter Weise vom Katheder aus, eine Grundvoraussetzung für die Verbesserung der Vorbedingungen zu einer gedeihlichen Entwicklung durch Verbreitung politischer Bildung zu schaffen. Allein was soll die Kenntnis von Tatsachen helfen, wenn sie nicht von der Zähigkeit der Wertung der heute und hier auf dem Felde der Politik tätigen Personen begleitet ist? Wenn im Gegenteil ein wirklichkeitsblindes Autoritätsgefühl immer wieder jede kritische Regung lähmt? Als mit dem Ende des zweiten Weltkrieges Churchills Premieramt erlosch, da wählte das englische Volk den geliebten und gefeierten Sieger doch nicht wieder, weil es ihn trotz aller im Kriege vollbrachten Leistungen für das, was jetzt die innere Politik des Friedens verlangte, nicht für geeignet hielt. Welch ein bewunderungswürdiges Beispiel dafür, wie im politischen Leben ein warmes Herz den kühlen Kopf nicht auszuschließen braucht! Solche Exempel zeigt die deutsche Geschichte nicht auf. Schon Bismarck genoß eine kritiklose Vergötterung, die den Ekel von Männern wie Mommsen erregte und die wohl in der Tat die gesunde Entwicklung zur Demokratie in nie wieder gut zu machender Weise geschädigt und für Jahrzehnte aufgehalten hat. Zur Karikatur entartete dieser Drang zur Heldenverehrung im Dritten Reich. Wer erinnerte sich nicht noch an die geradezu

lästerlichen Todesanzeigen, nach denen die Verblichenen damals nicht etwa im „Glauben an ihren Erlöser" sondern „im Glauben an Adolf Hitler" gestorben waren! Ist solcher Spuk heute ganz und gar verflogen und nicht mehr denkbar? Wer würde das zu behaupten wagen angesichts der Wahltriumphe eines Kanzlers, der es sich getrost leisten kann, die an ihn gerichteten Fragen des Parlaments über seine auswärtige Politik unbeantwortet zu lassen, obgleich seine stets wiederholten Voraussagen über die mit Sicherheit zu erwartende Wirkung der „Politik der Stärke" sich längst als so völlig unrichtig erwiesen haben, daß man von seiner Außenpolitik, will man sie milde bezeichnen, nur als einer Politik der Sackgasse, in die er das deutsche Volk geführt, sprechen kann. Eine lange Sackgasse gegangen zu sein, macht aber bekanntlich mißmutig. Mißmut jedoch ist kein guter Ratgeber . . . Allein die deutsche Wählerschaft ist vorläufig offenbar weit davon entfernt, den Kanzler wegen seiner falschen Prognosen und alles dessen, was er ihr sonst schon zugemutet hat, das Leben irgendwie sauer zu machen. Was aber auf den objektiven Beobachter besonders bedrückend wirkt, ist, daß sich derer, die schon lange mit Unruhe und Besorgnis den Gang der Dinge betrachteten, vielfach eine Art von Resignation bemächtigt zu haben scheint, die sie hindert, an der ihnen zugefallenen wichtigen Aufgabe zu arbeiten, „den Widerstand der stumpfen Welt" zu besiegen. Würde man nicht zurzeit in gewissen benachbarten Ländern ähnliche Erscheinungen wahrnehmen, so könnte man geneigt sein, zu seinem Leidwesen auch darin ein typisch deutsches Phänomen zu erblicken. Liegt doch die Zeit noch nicht so weit zurück, wo man angesichts der sich damals — d. h. anfangs der dreißiger Jahre — drohend erhebenden Nazi-Gefahr Äußerungen eines aus purer Bequemlichkeit geborenen faulen Zweckoptimismus hören konnte, wie: „Vielleicht sind sie gar nicht so schlimm", oder eines ebenso flachen Fatalismus: „Vielleicht müssen wir eben durch so eine nationalsozialistische Periode hindurch", welch erstere Meinung ein später von der Bewegung hart geschlagener Zuhörer einmal mit den treffenden Worten parodierte: „Laßt den Stier nur in den Porzellanladen hinein, vielleicht führt er sich da gar nicht so übel auf." Jedoch solche Torheiten erscheinen heute in der Rückschau als im Grunde noch unbeträchtlich, gemessen an dem blasphemischen Unsinn, den sehr namhafte Personen produzieren, die sich besonders tiefgründig vorkommen, wenn sie erwägen, ob es nicht vielleicht im Plane Gottes läge, die Menschheit durch die Atomkraft auszurotten, während andrerseits jene Optimisten von ehedem eine gewisse Parallele in den Luftschutzbündlern haben, die den achtzehn Göttingern und dem amerikanischen Nobelpreisträger Pauling zum Trotz, der den Luftschutzgedanken im Atomkrieg als „schlechthin lächerlich" erklärte, eine Agitation ins Werk setzen, die keine andere Wirkung haben kann, als eine unbeschreibliche Katastrophe zu verharmlosen und der Menschheit das Grauen vor ihr rechtzeitig abzugewöhnen. Demgegenüber bedarf es offenbar der Aufrüttelung, damit das Unheil nicht eines Tages über uns hereinbricht wie das Wasser über die ahnungslosen Bürger von Frejus. Nicht mit der Illusion von Möglichkeiten, die in Wirklichkeit längst verspielt sind, gilt es, das Volk zu füttern, sondern es mit der harten Wahrheit über einen Stand der Dinge vertraut zu machen, den ein Dutzend Wahnsinnsjahre uns hinterlassen haben, die auf keine Weise ungeschehen zu machen sind. Nicht von größeren Panzerschiffen und stärkeren Divisionen auch, die angesichts der nuklearen Waffen ja doch wie eine Rückkehr zu Pfeil und Bogen anmuten, ist das Heil zu erwarten, sondern nur von neuen politischen Ideen, deren Träger die Freiheit nicht bloß im Munde führen und die die in Deutschland so junge und zarte Pflanze des demokratischen Gedankens viel sorgfältiger hegen und pflegen, als wir es bisher gewohnt sind.

Gertrud von le Fort

Friede auf Erden

Die Bitte, für das Dezemberheft einer Zeitschrift zu schreiben, richtet die Gedanken des Schreibenden auf das Christfest — der Dezember ist der Monat des Advent. Aber was bedeutet der Advent für eine politische Zeitschrift? Die Botschaft der Christnacht lautet: „Friede auf Erden", und gibt es denn einen solchen für die Politik? Ist sie nicht der tägliche Tummelplatz von Kämpfen, die, wenn auch nicht mit kriegerischen Waffen geführt, eben doch mit Waffen geführt werden? — Man hat gesagt, der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln — man könnte auch sagen, der Friede ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Das bedeutet natürlich, daß es im Grunde keinen Frieden gibt und vielleicht nie einen solchen gegeben hat. Und in der Tat, wir stehen heute vor der Erkenntnis des wahrhaft tragischen Versagens der gesamten christlichen Geschichte: der „Friede auf Erden", so wie ihn die Christnacht verkündigte, er bedeutete immer nur die Antwort des Einzelnen dem Einzelnen gegenüber — von Volk zu Volk bedeutete er wenig. Oder können wir im Ernst widersprechen, wenn unlängst ein frommer Buddhist äußerte: „Die christlichen Völker Europas haben im Laufe der Jahrhunderte mehr Blut vergossen als alle anderen Völker zusammen." Die Geschichte des christlichen Europas ist eine Folge von Kriegen — Religionskriege, Kolonialkriege, Völkerkriege, Weltkriege wechseln einander ab, unterbrochen von mehr oder weniger kurzen Episoden der Waffenruhe. Nur selten durchbricht das traurige Schauspiel ein Strahl jenes Friedens, den die Christnacht verkündigte. So hat der Westfälische Friede, dem diese Hefte unlängst so eindringliche Worte widmeten, nicht nur deshalb standgehalten, weil man sich auf eine Koexistenz der miteinander streitenden Bekenntnisse einigte. Man lese einmal die ergreifenden Texte dieser Friedensverhandlungen durch: Nie wieder, so heißt es dort, soll der eine den anderen daran erinnern, was er ihm an Leid und Unheil zugefügt hat — d. h. jeder solle für sich selbst Verzeihung erbitten und Verzeihung gewähren. Solche Gedanken liegen den Politikern gewöhnlich fern — vielleicht nicht so sehr als Grenzbegriffe ihres ethischen Denkens wie als formende Macht ihres Handelns. Die Vertreter des Westfälischen Friedens waren sich bei allen Gegensätzlichkeiten ihrer Bekenntnisse doch der Gemeinsamkeit der christlichen Verkündigung bewußt, also der Weihnachtsbotschaft. Die Friedensschlüsse unserer Tage entbehren dieser religiösen Bindung. Der tiefe Schatten, der über der heutigen friedeverlangenden Welt liegt, ist der, daß die Botschaft der Christnacht überhaupt nicht mehr gehört zu werden scheint. — Oder wie soll man es verstehen, wenn in unseren Tagen den Völkern zwar das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt wurde, aber einer ganzen Reihe von Völkern nicht erlaubt ist, über ihr Geschick zu verfügen? Auch unserem eigenen Volk gestattet man nicht, den schmerzlichen Trennungsstrich aufzuheben, der mitten durch sein Land geht.

Gewiß, was heute von den Politikern verlangt wird, ist unendlich schwer — es wäre unrecht, ihren Bemühungen die Anerkennung zu versagen — aber es fehlt den Völkern, die sie vertreten, die letzte Verantwortung vor einer letzten Instanz, — dem Ruf „Friede auf Erden" geht das „Ehre sei Gott" voraus, d. h. ohne die Hilfe von oben geht es nicht. Und hier tritt nun das wahrhaft tragische Versagen unserer Zeit klar zutage. Woher kommt es, daß dieser Ruf heute weithin verstummt ist? Kommt es von der Wunderwelt der Technik, die das Denken in einer rein diesseitigen Welt begünstigt? Sind es Erkenntnisse der Naturwissenschaften, die Ausbrüche in die unermeßlichen Räume des All, das Wissen um die ungezähl-

ten Sonnen- und Lichtjahre, das uns von Gott entfernt? Allein, diese ungeheuren Räume sind ja im Grunde die einzigen Vorstellungen, welche der Majestät des Schöpfergottes entsprechen. Und dann haben wir es in der Christnacht ja gar nicht mit dem Gott der Schöpfung zu tun — es gilt seine Offenbarung im Menschen. Die göttliche Liebe, die vom Himmel niederstieg, sie kann nur zu uns niedersteigen, wenn wir ihr unsere Menschlichkeit öffnen.

Aber wie steht es nun mit dieser? Sind nicht von Jahrhundert zu Jahrhundert die kriegerischen Mittel der Völker grausamer geworden? Die Schonung der nichtkämpfenden Bevölkerung, die seit den Tagen des Prinzen Eugen für die ritterliche Pflicht jedes Heeres galt, hat sich in ihr Gegenteil verkehrt — gerade diese Wehrlosen sind heute das Ziel des Angriffs. Gewiß kamen auch früher Exzesse gegen die Bevölkerung vor, aber sie fanden jenseits der Ordnung statt, waren nicht organisiert. Heute sind sie es — ist es da ein Wunder, wenn die Welt unser Christentum für unglaubwürdig hält? Das bloße Vorhandensein der Atombombe genügt ja, diese Unglaubwürdigkeit hervorzurufen. Sind wir tatsächlich so verblendet, von ihr den Schutz des Friedens zu erhoffen? Ist sie nicht vielmehr das unbestreitbare Zeugnis dessen, daß es keinen Frieden gibt noch geben kann — selbst dann nicht geben kann, wenn diese Bombe nur zur Abschreckung dient? Man wende doch nicht ein, daß wir einen Gegner haben, vor dem wir uns nur durch Abschreckung schützen können! Der eigentliche Gegensatz, um den es geht, ist ja doch ein geistiger — den Geist kann man nur durch den Geist überwinden. Unser schwer angeschlagener Erdteil verfügt immer noch über ein ungeheures Erbe an inneren Werten, die wir einzusetzen vermögen. Nur durch die bewußte Verlegung des eigentlichen Ringens ins Geistige können wir hoffen, die Dämonen zu bändigen, deren Geheimnisse wir entfesselt haben.

„Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben", ruft uns der große Dichter zu, dessen Gedächtnis wir soeben gefeiert haben.

Von hier aus wird der einzige wirkliche Sieg klar, den es für die heutige Zeit gibt, und zugleich der einzige Sinn der Atombombe: von unserer Menschlichkeit überwunden, kann sie zuletzt den Anbruch eines ganz neuen Zeitalters bedeuten — jenes Zeitalter des Geistes, das schon die prophetische Schau des Mittelalters verkündet hat, die endgültige Überwindung der mörderischen Kriege, das Freiwerden aller Kräfte für die Werke des Friedens, der Versöhnung und der Menschenliebe. Man wird einwenden, diese Hoffnung sei im höchsten Maße unrealistisch, und allerdings: diese Liebe ist ein Risiko! Aber bedeutet nicht jede Hoffnung zugleich Wagnis und Vertrauen? Freilich, auf sich selbst gestellt ermangelt dies Vertrauen letzter Kraft. Noch einmal: es gilt den Bund mit Gott, aber nur wenn es uns gelingt, unsere Menschlichkeit zu retten, kann Er sich im Menschen offenbaren. Denn die menschliche Liebe ist nicht nur die Antwort auf die göttliche, sondern sie legt auch Zeugnis für sie ab — vielleicht das einzige Zeugnis, das die heutige Welt noch annimmt. Aber wir müssen dieses Zeugnis wollen: Die Botschaft der Christnacht lautet: „Friede auf Erden den Menschen, die eines guten Willens sind."

Johannes Weidenheim

Geschäftchen und Benefiz

Es klingelt — ein junger Mann steht vor der Tür, adrett, doch nicht übertrieben gut gekleidet, außerdem, das hört man beim ersten Wort, ein Hamburger Junge, und die haben gewissermaßen von Natur etwas Nettes. Doch begeht er die Unvorsichtigkeit, mich gleich beim Namen anzureden, als kennten wir uns schon oder als sei ich ihm von einem gemeinsamen Freund empfohlen worden, und so werde ich denn stutzig und stelle mich zwischen ihn und die Tür. Denn zu den Erfahrungen, die ich mir im Verlaufe unserer fetten Jahre mühsam angeeignet habe, gehört auch diese: Wenn dich ein Fremder auf Anhieb wie einen alten Bekannten anspricht, dann will er dir etwas verkaufen. Das sagt er natürlich nicht gleich, er bestreitet es zunächst sogar, falle ich darauf aber herein und lasse ihn erst einmal eintreten, bin ich seiner Schönrederei, die nun erst richtig ihre gesamte schamlose Unwiderstehlichkeit entfaltet, ausgeliefert, und schließlich bleibe ich mit wirrem Kopf und einer in nicht ganz zurechnungsfähigem Zustand vollzogenen Unterschrift unter irgendeinem blödsinnigen Teilzahlungsvertrag zurück, den ich gar nicht hatte haben wollen.

Nichts zu machen also: Die Marktwirtschaft will hart machen, also stählt sie auch unsereinen allmählich und gewöhnt einem peu à peu ein paar Eigenschaften ab, die man immer für Tugenden gehalten hat, zum Beispiel Vertrauen. Der Hamburger Junge mag noch so nett sein, er muß mir sein Anliegen vor der Tür auseinandersetzen.

Er ist Student, sagt er, und er gehört einer studentischen Arbeitsgruppe an, sagt er, die sich das edle Ziel gesteckt hat, einigen armen Kommilitonen „aus der Ostzone" den Abschluß ihres Studiums im Westen zu ermöglichen, und, sagt er, es genügt vollkommen, wenn ich mich auf die „Welt am Sonntag" abonniere, dann habe ich schon, versichert er, genug für die Förderung einer guten Sache getan.

Das sagt er natürlich alles nicht so direkt und nicht so plump, wie es hier geschrieben steht. Er ist ein weiterer leibhaftiger Beweis für die Erfahrungstatsache, daß man bei uns heute auf keinem anderen Gebiet eine so solide Ausbildung antrifft wie auf dem Gebiet der kommerziellen Überredungskunst. Das Hereinlegen erfolgt immer gekonnter, das muß man zugeben, und der nette Hamburger Junge wirkt nicht nur sympathisch, sondern auch beinahe glaubhaft.

„Schön", sage ich, als ich endlich zu Wort komme, „aber ich möchte jetzt doch gern zuerst Ihren Studentenausweis sehen."

Der andere läßt sich nicht verblüffen. „Natürlich — es ist Ihr gutes Recht, danach zu fragen" — und er beginnt zu suchen, zuerst in der Brieftasche, dann in den Jackentaschen, dann in den Manteltaschen. „Nanu — eben bei Müllers oben hab ich ihn doch noch gehabt." Auch das ist nicht schlecht, denn über uns wohnen wirklich Müllers. „Ich muß ihn bei Müllers liegen lassen haben — entschuldigen Sie bitte, ich bin gleich wieder da..." Und erst im allerletzten Moment, beim Wegwenden schon, überfliegt ihn, Gott sei Dank, doch noch eine ganz zarte Röte. Wahrscheinlich ist er ein Anfänger; in ein paar Wochen werden sie ihm das Rotwerden schon abgewöhnt haben. Er tut also, als gehe er zu Müllers hinauf, und seither hab ich ihn nicht wiedergesehn.

Seit Jahren vergeht keine Woche, ohne daß sich nicht mindestens einmal eine solche Szene vor meiner Tür abspielt. Nicht alle diese kleinen Gauner sind so nett wie der Junge aus Hamburg, aber zweierlei ist ihnen allen gemeinsam: erstens kein Ausweis und zweitens der Druck auf die „Ostzonen-Drüse" im Gefühls-

apparat unserer biederen Bürgersleute, die sich in ihrem dunklen Drange nach Deutschlands Wiedergeburt des rechten Weges der Wohltätigkeit wohl bewußt sind und gern hin und wieder den armen, es so schwer habenden Brüdern in der Zone etwas von ihrem Überfluß abgeben.

So erlebte ich erst vor wenigen Tagen einen anderen Fall in der gleichen Richtung. Auf seiner diesjährigen Adventstournee durch die Bundesrepublik gastierte der — nicht zu Unrecht so vielgerühmte — „Dresdner Kreuzchor" auch in unserer Stadt. Die zwei riesigen, modernen Skoda-Omnibusse vom „VEB Kraftverkehr Pirna", in denen die Gäste gekommen waren, zogen ebenso die Aufmerksamkeit des Publikums an sich wie der Umstand, daß diese jungen Bürger eines Staates, in dem studentische Korporationen verboten sind, den Fahrzeugen mit blauen Studentenmützen auf dem Kopf entstiegen. Wenig später geschah dann dies:

Im Vorraum zur Kirche bietet einer der „Kruzianer", ein vielleicht zwölfjähriger Knabe, für fünfzig Pfennig Programmhefte an. Ein sehr gut gekleidetes Ehepaar in mittleren Jahren erreicht im Gedränge den Jungen knapp vor mir. Der Mann läßt sich ein Heft geben und bezahlt mit einem Markstück. In den zwei bis drei Sekunden, die nun vergehen, bis der Junge ein Fünfzigpfennigstück zum Herausgeben aus seiner Hosentasche gefingert hat, befällt den Mann die Rührung des in jeder Hinsicht Bessergestellten. „Laß mal", spricht er freundlich, „behalt den Rest für dich." Der Chorschüler von der Elbe im strengen schwarzen Anzug mit dem weißen Schillerkragen darüber, Mitglied eines weitgereisten, jahrhundertealten Ensembles, weiß vor Bestürzung nicht, was er dazu sagen soll. Inzwischen hat das Spendieren angefangen dem Manne wohlzutun, und es verlangt ihn nach mehr, denn fünfzig Pfennig sind für die berühmten Buben aus Dresden wirklich ein bißchen zu wenig. Also gibt er dem armen Kerlchen aus der Hungerzone das Programmheft zurück mit den Worten: „Behalt die ganze Mark", und seine Frau setzt mit Betonung hinzu: „Aber das ist ganz allein für dich!" Es klingt, als wenn sie sagen will: Du würdest uns sehr enttäuschen, liebes Kind, wenn du unser gutes Geld irgendwie diesem Kommunismus da zugute kommen ließest!

Ich seh mich um, und entdecke zu meinem Trost, daß etliche von den Umstehenden sich dieses Vorfalls deutlich schämen. Dennoch muß ich gleich an einen weiteren Fall in der gleichen Richtung denken:

Vor einem Jahr ungefähr erzählte mir ein Leipziger Cheflektor, was er einmal mit einem Verleger in München erlebt hatte. Die beiden hatten Lizenzverhandlungen geführt, und als sie damit fertig waren, fragte der Verleger: „Nun, wie schmecken Ihnen meine Zigarren?" — „Gut, sehr gut", gab der arme Verwandte aus der Ostzone zu. — „Nehmen Sie sich ruhig eine mit auf den Weg", bot ihm der Verleger wohlgelaunt an. — „Danke, wirklich nicht", wehrte der andere ab, „vielen Dank." — Das wollte dem fröhlichen Geber nicht in den Kopf, er nahm zwei von seinen guten Zigarren mit Bauchbinde, lief dem Gast zur Tür nach und schob ihm seine Gabe mit Gewalt in die Tasche.

Als der Lektor mir das erzählte, fiel mir gleich ein anderer Fall in der gleichen Richtung ein ... Doch genug. Die Kette ist endlos. Kommen wir zur Zusammenfassung:

Wie jedes Jahr, sind wir auch diesmal rechtzeitig vor Weihnachten aus aberhundert Kehlen gemahnt worden: Vergeßt die Landsleute hinter dem Eisernen Vorhang nicht! „Dein Päckchen nach drüben!" — das ist, als gelenkte Massenaktion, der markanteste Ausdruck für jene immer peinlicher werdende Benefiz-Praxis, mit der wir uns von der blanken politischen Verantwortung loskaufen und uns weismachen wollen, wir täten etwas für die Wiedervereinigung. Oder liegen die Dinge vielleicht genau umgekehrt? ‚Solange ich Päckchen schicke, tue ich etwas für die Wiedervereinigung — und weiß doch, auf diese Weise kommt

sie nicht, und das ist für einen selbständigen Gemüseladen wichtig' (fast wörtlich nach T u c h o l s k y), — liegt der Hase vielleicht h i e r im Pfeffer?

Jedenfalls wird die Benefiz-Offensive zusammenbrechen. Während bei uns die Grenzen des Wunders erreicht und die Bonner außenpolitischen Leitbilder von Farbenschwund befallen sind, schreitet die wirtschaftliche und außenpolitische Emanzipation der „armen Verwandten in der Zone" fort, und der Kontakt zu ihnen in den Bahnen der Wohltätigkeit und Begönnerung ist heute schon anachronistisch. Demnächst dürfte er historisch geworden sein.

Und was dann? Werden wir dann endlich zugeben, daß die DDR aus dem letzten Weltkrieg als zweites deutsches Staatsgebilde hervorgegangen ist, zu dem man Kontakte viel ernsterer Art herstellen muß, wenn es nicht für immer zum Ausland werden soll (mit dem dann kaum noch emotionale Geschäftchen zu machen sein werden)?

Die Institution, die infolge des diesbezüglichen Ausfalls aller unserer Parteien im eigenen Lande zu missionieren berufen wäre — das „Kuratorium unteilbares Deutschland" natürlich —, betätigt sich vorderhand nur rhapsodisch und trägt so, vielleicht ungewollt, das ihre dazu bei, daß unzählige Menschen bei uns, bestimmt ungewollt, einem so hellen Stamm wie den Sachsen gegenüber in der erniedrigenden Gesinnung des Trinkgeldgebers und Tröstchenspenders stecken bleiben, nicht merkend, daß es nicht zum geringsten diese inferiore Moral ist, die uns international immer stärker in die Rolle des Schachspielers drängt, der aus der Defensive nicht mehr herausfindet.

R o l f I t a l i a a n d e r

. . . nicht an den Besten schuldig werden

Zum Tode von Hans Henny Jahnn (29. November 1959)

Als ich von ihm für immer Abschied nahm — er lag schon aufgebahrt in seinem Arbeitszimmer zwischen Büchern und Noten — schien es mir, als läge ein zärtliches Lächeln um seinen Mund. Dieser universelle Mann war ein großer Liebender, grenzenlos alle Kreatur umfassend, den Makrokosmos. Darum hat man ihn einen Panerotiker genannt; seine Sinnlichkeit war immer sublimiert, vergeistigt. Keineswegs ein Kirchenchrist, war er doch von tiefster Religiosität. Er glaubte gewiß mehr an Gott als mancher von denen, die mit ihrem Glauben hausieren gehen. Er glaubte auch an Teufel, an böse Geister — um es in seiner Sprache zu sagen: an „dunkle Engel". Er war ein archaischer Mensch und paßte nicht in den Konfektionsstil dieser Zeit. Albert Schweitzer hat mir in Lambarene gesagt, Jahnns Zeit sei die Renaissance gewesen. Aber war man da nicht schon viel zu „kultiviert", lag seine Zeit nicht noch weiter zurück? Jahnn war ein ursprünglicher Mensch, daher auch manchmal primitiv, naiv, starr, kindhaft, explosiv. Es war nicht leicht, mit ihm befreundet zu sein. Er war selber ein „Fluß ohne Ufer", wie eines seiner epischen Hauptwerke heißt.

Hans Henny Jahnn war in allem, was er tat, fühlte, dachte, ein Einzelgänger. Die Äußerungen seiner archaisch-barocken Persönlichkeit trafen die Welt unvorbereitet: sie antwortete mit Erschrecken. Jahnn sagte, als wir über den schöpfe-

rischen Menschen sprachen, zu mir: „Die Zensur des Normalmenschen bekämpft das selbständige Ziel aller Dichtung aus Instinkt, weil ihm alles andere als das Gewohnte nicht geheuer ist." Vom „Tisch des Herkömmlichen" war er aufgestanden, um die Pflicht des Dichters zu erfüllen. Darum hat er es sein Leben lang schwer gehabt.

Am 17. Dezember 1894 in Hamburg geboren, starb er auch hier wenige Tage vor seinem 65. Geburtstag. Der Vater war Schiffsbauer in Stellingen; er selbst fühlte sich stets als Handwerker. Als Oberrealschüler schrieb er bereits Dramatisches und Episches. 1915 verließ er als entschiedener Kriegsgegner zum erstenmal Deutschland und ging ins Exil nach Norwegen. Nach dem Kriege führte er „ein paar Jahre lang ein heimatloses Leben in irgendwelchen Hamburger Wohnungen". 1931 erhielt er Wohnung und Werkstatt in einem Strohdachhaus des Hirschparks. Sein leidenschaftliches Interesse für die Musik führte ihn zur praktischen Beschäftigung mit dem Orgelbau und zu theoretischen Auseinandersetzungen mit dem Wesen der Klangkonstruktion. Schon 1921 hatte er in Hamburg mit seinem Freund Harms den Ugrino-Musikverlag gegründet, der später wegen seiner bedeutenden Veröffentlichungen auf dem Gebiet der alten Musik einen weltweiten Ruf erlangte. Als selbständiger Orgelbauer trat Jahnn erstmals 1922 hervor. Die Orgeln waren für ihn riesenhafte Pansflöten: „Es sind weltfromme Instrumente, deren Erbauer an die Heiligkeit alles Lebens glaubt. Er glaubt nicht an Gut und Böse, sondern an eine unermeßliche Vielfalt der Ordnungen, an den rhythmischen Zusammenhang der Ordnung, der das Fassungsvermögen der Menschen übersteigt und nur demütig verehrt werden kann." Die „Norddeutsche Orgelform" geht wesentlich auf Jahnns Forderung nach klarer Manualtypisierung und einem Pfeifenaufbau mit zweckmäßigen unterschiedlichen Frequenzlagen zurück. Zahlreiche Orgelwerke hat er gebaut (die meisten davon im Ausland), nachdem er durch die Erneuerung der Arp-Schnitger-Orgel zu Hamburg bekannt geworden war. Seine Orgeln, sagte Günther Ramin, erlauben es, Meisterwerke des Barock auf einer authentischen Orgel vorzutragen. Nicht vollendet blieb die Orgel für die Neue Berliner Philharmonie. Jahnn war auch Hormonforscher. Er hat mit dem Harn tragender Stuten Versuche angestellt, später mit dem von Jungen in der Pubertät.

Fraglos bilden die Dramen und Epen seine größten Leistungen. Der Basler Literar-Historiker Muschg nannte Hans Henny Jahnn „den größten deutschen Prosaisten unserer Zeit". Bereits für sein erstes veröffentlichtes Drama „Pastor Ephraim Magnus" erhielt er 1928 den Kleist-Preis. Nach dem zweiten Weltkriege bekam er den Literaturpreis des Landes Niedersachsen (1954) und zwei Jahre später den Hamburger Lessing-Preis. Das letzte seiner zehn Dramen „Der staubige Regenbogen" (es sollte ursprünglich „Trümmer des Gewissens" heißen) richtet sich gegen die Atomwaffen. Der Dichter gegen die Zeit, gegen die Irrtümer der Zeit, mußte auch gegen die Irrtümer der Gesellschaft sein. Nein, ein „Politiker" ist er niemals gewesen; Politik war für ihn kein Beruf — er sprach auch hier aus Berufung. Er haßte jene Sirenenklänge, mit denen man uns heute den atomaren Wahnsinn für weise verkaufen will. Er, der Individualist, stand hier inmitten der Masse. Als Mitbegründer des Komitees „Kampf dem Atomtod" führte er einen aktiven politischen Meinungskampf. Auf der Kundgebung auf dem Rathausmarkt in Hamburg hörten 160 000 seine eindringliche Mahnung. Er, dessen Leitbild die „Entscheidungen des rechtschaffenen Deutschen" waren, sah sich prompt Anwürfen, Verdächtigungen, Diffamierungen ausgesetzt; er sah sich dem gegenüber, was er „verjauchte Zivilisation" nannte; er übte keine unangebrachte Rücksicht, er sprach aus, was Beobachtung und Wahrheitswille ihm auftrugen.

In einem Augenblick, in dem erstmals in breiteren Kreisen ein Interesse für sein Werk festzustellen war, in dem man begann, nicht nur das Archaische, Uferlose und Ungewöhnliche an diesem Mann und seinem Werk zu sehen, sondern das Zeitlose, das Ewige, das Faustische — da starb er. Es besteht Anlaß zur Hoffnung, daß seinem persönlichen Tode eine Auferstehung seines Werkes folgt. In Hans Henny Jahnns „Neuem Lübecker Totentanz" spricht die Arme Seele: „Ich stehe immer noch auf der Seite derer, denen keine Antwort geworden ist." Darin ist das Selbstbekenntnis dieses denkwürdigen Dichters enthalten, der sich selber nie verriet und der zum Empörer gegen gedankenlose Ungerechtigkeit und zu einem Vorbild an Unerschrockenheit wurde.

Hans Henny Jahnn †

Der Mensch im Atomzeitalter

Mit freundlicher Genehmigung des Paul List Verlages, München, und von Rolf Italiaander hier wiedergegeben aus dem List-Taschenbuch: Hans Henny Jahnn „Aufzeichnungen eines Einzelgängers — Dichtung und Gedanke, Auswahl aus dem Werk von Rolf Italiaander". Diese im Jahre 1956 niedergeschriebenen Gedanken stehen in engem Zusammenhang mit den Beiträgen, die Hans Henny Jahnn in den letzten Jahren in dieser Zeitschrift veröffentlicht hat. D. Red.

In dieser Zeit, die sich so schwer leidenschaftslos andeuten läßt, fielen über Japan zwei Bomben, an deren Herstellung Hunderte der bedeutendsten Forscher und Techniker aus aller Welt gearbeitet hatten. Im letzten Augenblick, als diese Ungeheuer bereits hergestellt und teilweise erprobt waren, versuchten einige der führenden Gelehrten einen Einspruch. Sie wurden von Angst ergriffen. Aber ihre Vorbehalte kamen zu spät. Selbstverständlich.

Welcher Einwand der Menschlichkeit, welche Voraussicht hätten noch wirkungsvoll sein können, nachdem das Instrument aus den Händen der Forscher in die der Militärs und Staatenlenker hinübergeglitten war? Zumal man sich im Kriege befand, dessen Gesetze seit jeher auch absurde Scheußlichkeiten entschuldigen? — Schließlich hatte der Staat die Handhaber der Wissenschaft bezahlt. Sie hatten einen Auftrag ausgeführt. Ob sie ihre Hände wuschen oder nicht, war unerheblich. Ob sie Schuld, Angst oder einen Triumph empfanden, wog nicht. Flugzeuge stiegen auf. Es ist uns berichtet worden, daß ein Geistlicher Gebete sprach, die den Wunsch ausdrückten, der Abwurf möchte gelingen, möchte den Erfolg der Vernichtung haben, den man sich in der einen oder anderen Weise vorgestellt hatte. Sogleich kamen viele tausend Menschen um. An Abertausenden, die noch zeitweilig am Leben blieben, wirkte sich die radioaktive Strahlung aus. Das Knochenmark, die Mandeln, die Rachenwucherungen, die Milz und die Lymphgefäße werden geschädigt. Innere Blutungen treten auf. Mund, Magen und Eingeweide bilden Geschwüre. Die Haut kann überall verbrannt werden. Die roten Blutkörperchen werden zerstört. — Verzögerte Wirkungen sind u. a. Knochenkrebs, Schilddrüsenzerstörung, hervorgerufen durch die selektive Ablagerung von radioaktiven Spaltprodukten wie Radio-Strontium und Radio-Jod. Die Strahlung ruft auch Haarausfall, Leukämie und grauen Star, vorübergehende Ste-

rilität, Veränderung der chemischen Zusammensetzung der Gene und damit Schädigung der Erbanlage schlechthin hervor.

Man hat behauptet, daß einer der Flieger, der am Abwerfen der ersten Bombe beteiligt war, in ein Kloster gegangen sei. Es war eine Zeitungsente, ganz nach dem Geschmack der Leser. Auf jede Ungeheuerlichkeit ein sentimentales Pflaster. Nun, die ersten Uran-Bomben waren ein zwar teurer, aber doch höchst bescheidener Anfang bei der Herstellung atomarer Vernichtungsmittel. Ihre Explosionsstärke betrug nur etwa 20 000 t Trotyläquivalent (Trinitrotoluol) und ihre Schadenswirkung auf der Erde war demzufolge noch recht begrenzt. Die Feuerkugel der in der Luft explodierenden Bombe hatte einen Durchmesser von nur etwa 300 m und die Zahl der Toten im Abstand 1,5 km vom Zentrum der Explosion betrug nur etwa die Hälfte der Bewohner dieser Gebiete. Die Feuerkugel der inzwischen auch schon veralteten klassischen Wasserstoff-Bombe hat einen Durchmesser von einigen Kilometern.

Die thermonuklearen Ungeheuer haben sich inzwischen ganz nach Wunsch ihrer Urheber in rasendem Tempo weiterentwickelt. Fortschritte wurden erzielt, die das Vorstellungsvermögen sprengen. — Bis vor kurzem noch mußten Deuterium und Tritium (zweifach und dreifach schwerer Wasserstoff) entweder hochkomprimiert oder zu sehr tiefer Temperatur abgekühlt sein, um in der Bombe verwendbar zu werden. (Das Tritium ist nur sehr schwer und mit großen Kosten herzustellen.) Eine nach diesem Prinzip gefertigte Wasserstoffbombe benötigt Stahlbehälter mit sehr dicken Wandungen, um die komprimierten Gase zu umschließen, so daß der ganze Explosionssatz ein Gewicht von etwa 10 000 kg bekommt. — Man ist, wahrscheinlich vor zwei Jahren schon, um wenigstens zwei Stationen weitergekommen. Statt des reinen Deuterium- oder Tritium-Gases versteht man es, chemische Verbindungen dieser Stoffe zu verwenden und das schwer herzustellende Tritium-Gas durch z. B. Lithium-Deuterid zu ersetzen, mit dessen Hilfe das Tritium bei der Reaktion in der Bombe selbst erzeugt wird. Ja, sogar die Zünd-Uranbombe ist durch ein anderes Initial ersetzbar geworden. Damit sind zwei Wesensfortschritte erreicht: Das Gewicht der Vernichtungsmaschine ist auf ein Fünftel oder ein Sechstel reduzierbar — und die Herstellung selbst kann so vereinfacht und verbilligt werden, daß eine Massenproduktion möglich wird, eine Massenproduktion, die ziemlich gleichmäßig auf Ost und West verteilt ist. Eine Äußerung des russischen Forschers Kurtschalow scheint die Vermutung zu bestätigen, daß russische Wissenschaftler vorübergehend einen Vorsprung vor denen des Westens hatten. — Er sagte: „Wir verstehen es heute, in der Wasserstoffbombe die Bedingungen für die Verwandlung von Wasserstoffverbindungen in Helium herbeizuführen ..." Kürzlich ist bekanntgeworden, daß russische Forscher im Laboratoriumsversuch Temperaturen von 1 Million Grad erzeugen können, also Fusionsvorgänge der Leichtelemente wie auf der Sonne einzuleiten vermögen.

Diese Baby-Bomben, das ist ihr abgekürzter Name, können wenigstens die doppelte Sprengwirkung entwickeln wie die inzwischen veraltete „klassische" Wasserstoffbombe. In Wirklichkeit scheint es keine eigentlich kritische Grenze für die Größe vom Baby-Typ zu geben, etwa wie für die Uran-Bomben, so daß ein Äquivalent von 25 Millionen t Trotyl, also die 1500fache Wirkung einer nominellen Uranbombe, keine obere Grenze bildet, eher als Durchschnittsgröße zu betrachten ist.

Diese beunruhigenden Tatsachen haben, als sie an höchsten Stellen bekannt oder erkannt wurden, offenbar zum Tauwetter im „kalten Krieg" geführt. Aber es ist zu befürchten, daß es Staatsleute und Militärs mit sogenannten „guten Nerven" gibt. Wir haben in der Geschichte, auch der neueren Zeit, zuweilen von

der eisernen Konstitution der Verantwortlichen gehört. Als Napoleon I. 600 000 Menschen in den russischen Tod geführt hatte, besagte ein Kommuniqué, die Gesundheit Seiner Majestät sei niemals besser gewesen. Die Luftmanöver der letzten Jahre, auch die Nato-Manöver über Westdeutschland, deren hypothetische Resultate sich auf die Kampfmöglichkeiten vor etwa zwei Jahren bezogen, hatten ein eindeutiges Ergebnis: „Kurz und entsetzlich, ohne Sieger, und nur mit wenigen Überlebenden." — Das die Worte W y k e h a m - B a r n e s , des Operationschefs für die alliierten Stärken.

Die bange Frage stellt sich, ob es Militärs und Staatsleute gibt, die es besser wissen wollen, als das augenscheinliche Experiment ergeben hat — und einen Sieg über jeweils die halbe Menschheit — wie auch immer geartet — für möglich halten. Der nicht phantastische Mensch — und der Dichter in unserer Gegenwart ist ein solcher — kann auf dem Hintergrund so ausgedehnter Fortschritte in den Mitteln der Vernichtung nicht begreifen, daß das Wettrüsten, das Erfinden immer neuer Zerstörungs- und Überrumpelungsmöglichkeiten mit erhöhtem Eifer betrieben wird, daß man der Verständigung verstockte Vorbehalte in den Weg legt.

Die Rechenmaschinen, die an den Hauptentscheidungen menschlicher Entschlüsse mitbeteiligt sind, arbeiten unverantwortlich, ganz gewiß. Zahlen und Statistiken, gleichgültig welcher Größenordnung und welcher Zuordnung, erzeugen kein Erschrecken in den 10 000 oder 20 000 Röhren. Es ist zu fragen, ob das Opfer, die Menschheit, bereits so weit kollektiv ausgerichtet ist, daß das vorahnende Entsetzen bei ihr ausbleibt und die große gelenkte Gleichgültigkeit die möglichen Katastrophen oder zivilen und privaten Verschlimmerungen abzuwehren verhindert.

Es ist müßig, die Einzelheiten kriegerischer Vorbereitungen zu beschreiben, etwa die Kampfmittel, mögen sie chemischer, bakteriologischer oder atomarer Art sein. Aber es ist sinnvoll, die Zahl der Toten zu nennen, die vor einem totalen Sieg der einen Hälfte der Menschheit über die andere aufgehäuft werden. Schon jetzt oder binnen sehr kurzer Zeit können Tausende von Bomben und Raketen eingesetzt werden.

Die Erdkugel, die wir bewohnen, kann die Explosion nicht nur vieler tausend Atombomben erleben, sondern auch solcher mit harter und langer Strahlenwirkung, wie die des Kobalts. Militärisch in einem Großkrieg zu siegen, bedeutet: 1 Milliarde Menschen zu töten, bewußt, vorausberechnet, und die Zerstörung aller Werte, die wir bisher als Kulturgüter bezeichnet haben, zu bewerkstelligen.

Solange wir vernünftige Entscheidungen noch für möglich halten und die Phantasten des Untergangs auf Grund irgendeiner Fehlleistung ihre dunkle Absicht nicht vollenden, muß hervorgehoben, verkündet, geflüstert oder geschrien werden, daß auf dem militärischen Sektor nur noch zwei Entscheidungen möglich sind: totale Vernichtung oder totale Abrüstung. Ein Mittelding mit „militärischen Geheimnissen", Spionage-Strafgesetzen, halben, heimlichen oder verkappten Armeen, umstellbaren Laboratorien und friedlichen Fabriken für kriegerische Zwecke ist zukünftig nicht denkbar, ohne die Gefahr zum Immer-Gegenwärtigen zu machen. Archaische oder konservative Vorstellungen retten die Menschheit nicht in ein Weiterbestehen hinein.

Jakob Kolander

Adenauer und das Ärgernis der fünf Ringe

Wer hat denn das Kind mit dem Hammer geweckt?
Alter Schlager

Nie hat es eine unnötigere, von einer gewissen Warte betrachtet komischere Niederlage der Bonner Regierung gegeben als die im Streit um die fünf olympischen Ringe in der schwarzrotgoldenen Fahne. Nie aber auch kam sie eindeutiger auf das Konto von Konrad Adenauer. Er sei am Freitag (den 20. November), so ließ sich die „Frankfurter Neue Presse" von ihrem Bonner Korrespondenten als Äußerung des SPD-Sprechers drahten, „in die Kabinettsitzung mit einer Zeitung in der Hand gekommen und habe sie mit der Bemerkung auf den Tisch geworfen, so gehe das nicht weiter. In gereizter Stimmung habe er erklärt, die Bundesregierung könne die vorgeschlagene Kompromißflagge (schwarzrotgold mit den olympischen Ringen) nicht hinnehmen. Das sei mit der nationalen Würde nicht vereinbar."

Aus dem weiteren Inhalt der Meldung ging dann hervor, daß die Kabinettmitglieder zunächst gar nicht begriffen, worum es überhaupt ging, ja, daß sie vom Zorn des Kanzlers überrascht waren und überrannt wurden. Immerhin war das Stichwort gegeben: die nationale Würde, und schon beeilte sich die Deutsche Partei des Herrn Schneider, ihrerseits heftig Beifall zu zollen. Wie denn auch nicht.

Die Sozialdemokraten und Freien Demokraten verteidigten mit jener Gelassenheit das Anliegen des Sports, unter einer gemeinsamen Flagge und mit einer gesamtdeutschen Mannschaft in die olympische Arena zu ziehen, daß man sofort spürte, hier war man einfach besser unterrichtet. Man hatte nicht für bare Münze genommen, was in jener Zeitung gestanden hatte, die Konrad Adenauer so erregt geschwenkt hatte — und die auch Springers „BILD"-Zeitung und ihren in Sportdingen offenbar nicht sehr bewanderten Chefredakteur so faszinierte, daß er die Glosse auf der ersten Seite der Millionenschar von Lesern vorwarf.

Die Glosse, um es endlich zu sagen, stand in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Das Blatt erwies sich diesmal als denkbar schlecht informiert. Die Glosse hatte damit geendet, daß es fragte: „Die Männer im Internationalen Komitee werden vielleicht mit den Schultern zucken und sich wundern, warum wir uns auf die heraldischen Spitzfindigkeiten überhaupt eingelassen haben? Ist das der Weg zur Wiedervereinigung: ein Mosaik aus faulen Kompromissen?"

Die Männer des Internationalen Olympischen Komitees aber hatten gar nichts zu wundern, denn nicht etwa, wie es die Glosse vorauszusetzen schien, aus ‚faulen Kompromissen' zwischen den beiden deutschen nationalen Komitees entsprang der Gedanke der Fahne mit den olympischen Ringen, sondern sie kam justament vom wichtigsten Mann im Amateursport der Welt überhaupt, von dem amerikanischen Millionär und seit Jahrzehnten dominierenden Sportführer Avery Brundage und damit vom Internationalen Komitee direkt.

Es war kein schlechter Vorschlag gewesen. Ja, man konnte sagen, daß man überall in westdeutschen Sportkreisen denkbar zufrieden mit dieser Lösung war und nur mit einiger Sorge hinüberlauschte nach dem anderen Deutschland, ob man dort wohl ebenfalls Ja sagen werde. In der Tat geschah dies zunächst nicht, es wurden vielmehr Vorbehalte angemeldet. In diese Situation hinein platzte der harte Angriff des Bundeskanzlers. Den deutschen Sportführern, an ihrer Spitze Willi Daume, blieb für einen Augenblick die Sprache weg. Das nächste, was

geschah, war, daß das Nationale Olympische Komitee Ost die Lösung mit den Olympischen Ringen anerkannte. Dem Komitee West war damit der Schwarze Peter zugespielt.

Deutschland war wieder einmal das große Ärgernis, „die Leute, die sich nicht einigen können", Stein des Anstoßes. Der Kanzler des Olympischen Komitees, Otto Mayer, Schweiz, äußerte sich rasch und mit einem deutlichen Unterton von Verärgerung: „Die Mannschaft, die nicht hinter dieser Flagge marschieren will, muß auf die Teilnahme an den Olympischen Spielen verzichten." Und Otto Mayer ist alles, nur kein Freund östlicher Gedankengänge.

Was den Sport besonders schockierte, war der Vorwurf der nationalen Würdelosigkeit, der diesem Symbol angehängt werden sollte. Es gibt, gelegentlich, ein profanes Posthorn in der Fahne. Wieso sollten die fünf Ringe, edles Symbol der im Sport geeinten Erdteile, irgendeine Fahne entweihen können? Wo war hier ein Zugeständnis? Man hatte von der Politik schon manchen Ärger erlebt, dies war der ungewöhnlichste.

Am Mittwoch, der jenem aufgeregten Freitagabend folgte, waren Ritter von Halt, Präsident des NOK-West, — beim Kriegsende übrigens Nachfolger des gestorbenen Reichssportführers Tschammer-Osten — und Wille Daume Präsident des Deutschen Sportbundes, im Palais Schaumburg. Außenminister von Brentano, Innenminister Schröder und die Staatssekretäre Globke und Felix von Eckardt waren gleichfalls eingeladen. Die Unterredung verlief, wie sie verlaufen mußte. Adenauer blieb hart, die Sportführer blieben höflich; sie versprachen, diplomatisch das Äußerste zu tun, um bei einer Sitzung des Nationalen Olympischen Komitees den Standpunkt der Regierung loyal vorzutragen — doch konnte jedes Baby um diese Zeit schon wissen, wie die Entscheidung ausfallen würde. Felix von Eckardt indessen war verwegen genug, so sehr auf die Sache seines Herrn zu setzen, daß er einem Journalisten eine Wette anbot, das NOK werde sich dem Standpunkt Adenauers anschließen. Es war fast unfair von diesem Pressemann, die Wette überhaupt anzunehmen, denn sie war aussichtslos. Inzwischen hatte sich die Sportpresse zu dem Thema geäußert. Mit einer einzigen Ausnahme — Horst Peets in der „Welt" — ist mir keine einzige Stellungnahme eines bekannten Sportredakteurs oder -journalisten zu Gesicht gekommen, die sich auf Adenauers Standpunkt gestellt hätte; selbst die Kommentare von regierungstreuen Leitartiklern waren denkbar vorsichtig, man spürte ihnen das Unbehagen an.

Was aus den Meinungen der Sportjournalisten sprach, war die klare Aufforderung an Willi Daume, nun seinerseits hart zu bleiben und nichts zu riskieren, das gesamtdeutsche Auftreten in Rom nicht zu gefährden. Möglicherweise hat sich Herr Daume über diese fast völlige Einstimmigkeit gefreut, er hätte aber auch ohne sie nicht anders handeln können, als er es tat. Mittlerweise hatte auch die „FAZ" einiges gutgemacht. Sie ließ sich von Guido von Mengden, in dem man so etwas wie die graue Eminenz des deutschen Sports zu sehen hat, einen Mann, der noch lange nach dem Krieg an seiner engen Verbundenheit mit dem NS-Regime zu tragen hatte und zeit seines Lebens ein trefflicher Schreiber, aber auch ein starrköpfiger Nationalist war, von diesem Guido von Mengden also ließ sich das Frankfurter Blatt eine ausführliche Arbeit schreiben, die zum Schluß fast zu einer Beschwörung an die Regierung wurde: „Man sollte ... die deutsche Sportführung, den Sport allgemein und das Internationale Olympische Komitee nicht überfordern. Das IOC ist eine unpolitische Institution, in der die Westmächte, die Neutralen und die Ostblockstaaten zusammen vertreten sind. Angesichts dieses Umstandes ist es doch eigentlich eine ganz brave Leistung des Sports, daß es noch eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft gibt ... Und schließ-

lich: „Alle vernünftigen Menschen bemühen sich darum, daß sich der Sport nicht zu wichtig nimmt und daß ihm der Unernst des Spiels erhalten bleibt. Heißt es nicht, seine Substanz überschätzen, ihm zuzutrauen, daß er mit einer Olympiafahne schweren außenpolitischen Schaden anrichten könnte?"

Härter noch, perplexer waren die Stimmen, die aus England kamen, übermittelt durch den Londoner Mitarbeiter des Blattes, Alex Natan, der einst einer der größten deutschen Sprinter war, Mitglied der legendären Charlottenburger Weltrekordstaffel: „Man kann in England nicht begreifen, warum sich die deutschen Sportbehörden überhaupt von der Regierung die Leviten lesen und bestimmte Vorschriften machen lassen. Der Sport ist eine autonome Bewegung, die der Volksgesundheit, aber nicht den politischen Zielen einer Parteiregierung dient." Schließlich erinnerten englische Tageszeitungen daran, die ‚Deutsche Olympische Gesellschaft' sei eine ausgezeichnete Organisation, die „ohne größere Schwierigkeiten die benötigten Gelder in Industrie, Handel und anderen sportfreudigen Schichten aufbringen könnte, selbst wenn dabei ein paar Funktionäre die Reisekosten nach Rom aus eigener Tasche begleichen müßten."

Das war vor der Sitzung des Nationalen Olympischen Komitees in Hannover. Sonntag mittags, bei Werner Höfers Journalistenstammtisch, wurde dem Gastgeber mitten in seinen Gesprächen eine Mitteilung hingereicht, die er, wie man seinem Gesicht ansah, denkbar verstimmt aufnahm: das Nationale Olympische Komitee hatte einstimmig die schwarzrotgoldene Fahne mit den olympischen Ringen anerkannt. Das erste Ja gab übrigens Professor Diem ab, der große alte Mann des deutschen Sports. Ehe am Fernseh-Stammtisch eine Diskussion in Gang kommen konnte, brach Werner Höfer die Ansätze dazu äußerst verdrossen ab. Er wolle sich nicht weiter äußern, sagte er. Dem Sinne nach: ich bin viel zu verärgert dazu.

Die Regierung nahm die eindeutigste Niederlage, die sie innerhalb ihres Machtbereichs je erlebt hat, äußerlich mit Fassung hin. Wie tief aber der Groll im Kanzler selber wurmen mußte, das erfuhr die Öffentlichkeit durch jene Indiskretion, die ein Gespräch zwischen Adenauer und Felix von Eckardt kurz vor der entscheidenden Sitzung des NOK in Hannover bekannt werden ließ. Konrad Adenauer sprach von Lemmer als einem „Kerl", er machte ihn dafür verantwortlich, wenn die deutschen Sportführer, von denen er glaubte, sie fast überredet zu haben, nun doch nicht parieren würden.

Dies war natürlich eine gründliche Überschätzung Lemmers. Auch ohne dessen Äußerung des gesunden Menschenverstandes, ihm sei eine gesamtdeutsche Mannschaft in Rom wichtiger als der Zank um die Olympischen Ringe auf der Fahne, wäre die Entscheidung des NOK haargenau so ausgefallen, wie es geschah. Es ergibt sich bei der ganzen Affäre überhaupt die Frage, warum die Regierung, ehe sie sich dem Willen eines verärgerten Kanzlers beugte, nicht einige Fachleute befragte. Schließlich hat sie doch so etwas wie einen Sportreferenten? Sie wäre vor dieser Niederlage leicht zu bewahren gewesen.

Das Satyrspiel zur Tragödie — wenn man das Ganze in den Rang einer Tragödie überhaupt erheben will — liegt aber, wenn auch auf andere Weise, doch in der Rolle Lemmers begründet. Hier offenbarte sich in der eilfertigen Zerknirschung eines Mannes, dem „es einmal herausgerutscht ist", der moralische Zustand eines Kabinetts, in dem jede eigene Meinung gedemütigt wird. In einem Brief an Daume hatte Lemmer, nachdem ihn der Bundeskanzler brieflich gerüffelt hatte, von Mißverständnissen gesprochen, denen seine Rede ausgesetzt gewesen sei. Er hatte Daume beschworen, doch alles zu tun, um die Fahne ohne die olympischen Ringe durchzusetzen — ein Wunsch, der nach Lage der Dinge völlig sinnlos sein mußte — zum Schluß freilich abermals angedeutet, immer noch sei

die gesamtdeutsche Mannschaft besser als gar keine Vertretung der Bundesrepublik.

Als er dies schrieb, konnte Lemmer noch nicht ahnen, in welcher Weise sein Bundeskanzler sich in vertrautem Gespräch mit v. Eckardt über seine Person auslassen würde. Doch auch als er's wußte, gab er sein Amt nicht auf. Indessen geschah damit nichts anderes, als was man seit Jahr und Tag bei allen gelegentlich mehr oder weniger matt aufbegehrenden Politikern der Adenauer-Partei beobachtet: von Erhard bis zu Nellen ist es dasselbe Bild. Sobald sie in den Gesichtskreis Adenauers geraten, erstarren sie wie unterm Basiliskenblick.

Hier interessiert aber nur der Sport. Die gesamtdeutsche Mannschaft mag durch die vernünftige Haltung des NOK gerettet sein: die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen erst. Das Nationale Olympische Komitee West hat am gleichen Tag, an dem es auf der schwarz-rot-goldenen Flagge mit den olympischen Ringen beharrte, erklärt, es werde unter Umständen — man spürt an der vorsichtigen Formulierung die Sorge der Sportführer und die Hoffnung, auf dem Verhandlungswege zu Ergebnissen zu kommen — unter Umständen auch auf Welt- und Europameisterschaften lieber verzichten, als die Fahne mit Hammer und Zirkel zu dulden.

Der erste Probefall ist da: bei den Europameisterschaften der Kunsteisläufer in Garmisch, die Anfang Februar ausgetragen werden sollen, hat der internationale Verband die Hissung der Nationalflaggen verlangt und bis zu dem Augenblick, da dieser Aufsatz geschrieben wird, darauf bestanden, daß auch die Fahne mit Hammer und Zirkel zu hissen sei. Worauf der deutsche Ausrichter erklärt hat, lieber auf die Kämpfe verzichten zu wollen. Möglicherweise umgeht man aber diesmal noch das Problem, indem man auf Fahnen überhaupt verzichtet.

Albrecht Goes

Was heißt es, einem Gewissensentscheid zu folgen?

Das bleibt uns als ein Gewinn aus jenen schweren ersten Jahren nach dem Krieg, in denen wir so wenig nach außen hin planen konnten und dafür Zeit hatten, nach innen hin einiges aufzuarbeiten: wir lernten eines begreifen: fast so verhängnisvoll wie die böse Macht der Wenigen war die Gleichgültigkeit der Vielen; sollte uns noch einmal Zukunft zuteil werden — das gelobten wir uns damals —, so soll sie uns in einer neuen Weise wach und verantwortungsbewußt finden.

Nun ist es freilich so, daß kein Mensch in allen Stücken streng und prinzipiell sein kann und darf; viele Bereiche unsres Lebens sind, wenn es menschlich unter uns zugehen soll, der Läßlichkeit, der Duldsamkeit, der Freiheit überantwortet; unsre Gegensätze in Fragen der modernen Kunst, der Lebensführung, der politischen Zweckmäßigkeiten, der Weltbetrachtung und der Ewigkeitsbesinnung werden wir geduldig, nobel und heiter miteinander tragen.

Aber einige wenige Bereiche gibt es, in denen es — nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben —, nicht gestattet sein kann, ‚fünf grad' sein zu lassen; fünf ist nicht grad. Ich hielt und halte dafür — um nun drei Bereiche zu nen-

nen —, daß keine Form des Antisemitismus unter uns ertragen werden kann. Und: ich werde angehen gegen jedes Denken in den Kategorien der Revanche, auch wenn es sich als Heimatliebe verstehen möchte. Und: ich werde keinem, der seine Hoffnung auf Drohung und Gewalt setzt, zugeben, daß man die Dinge ‚auch so ansehen' kann. Man kann sie so ansehen; aber ich meine, es sei ein böser Aspekt.

Das sind drei Felder. Man sah sie — nach der Katastrophe damals — umgewühlt, offen und leer, wie alle Felder: doch glaubte man zu wissen, daß zehn Jahre später Arbeit genug da sein werde, auf diesen Feldern für gutes Wachstum zu sorgen und gegen das Unkraut anzugehen — und man hat sich in dieser Ahnung nicht getäuscht.

Was soll einer, der hier im Gewissen gebunden ist, nun tun?

Erstens: es ist nicht genug, zu wissen, wogegen man sich entscheidet. Niemand kann von der Negation leben. Das ‚Anti' und auch das ‚Anti-Anti' speist niemanden; man muß wissen, wofür man hier aufgerufen ist. Also konkret: für alle Wege auf Israel zu, auf Israel in dreifacher Gestalt. Das ist: Israel unter uns, der kleine Rest der Überlebenden und der Zurückkehrenden. Die Judenschaft in der Weltdiaspora mit ihrem besonderen Los und ihren Mühen im Verhältnis zu dem Land, das sie verjagt hat. Israel, der junge Staat, mit seinen Aufgaben, Forderungen und Wünschen. Und so: für den Verzicht auf die Wiederherstellung alter Grenzen, Machtbereiche, Würden, Fahnen und Feldzeichen. Leben ist kein Gang im Kreis; Leben stellt nicht wieder her; du steigst nicht zum zweitenmal in den nämlichen Fluß. Und: für die redliche Zentimeterarbeit am Frieden, die sich nicht fürchtet, zuweilen ‚das Gesicht zu verlieren', also für — um nur eines zu sagen — die genaue und geduldige Berichterstattung auch über Vorhänge und Zäune hinweg.

Zweitens: wir haben, wenn wir im Gewissen entschieden sind, die Pflicht, zu wissen. Eine Gewissensentscheidung muß sich immer von neuem fundieren: wir müssen unterrichtet sein und müssen andere unterrichten. Wir müssen wissen: was ist geschehen? Und: wie konnte geschehen, was geschehen ist? Wie weit reichen die Zusammenhänge der Verstörung zurück? Wo wurde der ‚menschliche' Weg verlassen? Und: was geschieht jetzt? Was sind Fieber zur Heilung, und was sind Fieber zu neuem Verderben? Diese Arbeit nimmt uns, uns alle, in Pflicht; Unkenntnis ist kein Kavaliersdelikt.

Drittens: wir können unser Leben nicht verbringen in Prozessen gegen alle die vielen Zind und Stielau unter uns — es sind viele! Freilich: zur lendenlahmen Nachsicht kann ich nicht raten; zuweilen sind wir — um der wahren Liebe willen— dem anderen nichts so sehr schuldig wie einen offenen Zorn; aber oft werden wir ihm nicht so sehr den Zorn schulden als vielmehr den tiefen, ruhigen Ernst, der den Schwätzer über seiner fahrlässigen Rede stellt: ‚Sie wissen wohl nicht, was Sie da sagen . . .' Dem Gedankenlosen gehört unsre Aufmerksamkeit; dem Belehrbaren unsre Zeit und unsre Sorgfalt; dem Unbelehrbaren ein unerbittliches Schweigen. Wenn man mich fragen würde: zu welcher Haltung raten Sie, hier und jetzt, so würde ich antworten: ich rate — unter anderem — zum strengen Boykott. Eine biedere Zeitung, die hier unklar denkt, wird abbestellt; ein Schachklub, der hier fatale Reden duldet, mag er uns sonst noch so sympathisch sein, hat mich heute zum letztenmal gesehen: wenn wir alle an dieser Stelle unbequem wären mit uns und mit den anderen, so wäre das nichtnichts. Es muß wohl Trennungen geben, um der Wahrheit willen.

Viertens aber: es muß Verbindung geben. Wir müssen uns die Mühe machen, einem, der hier in einsamem Mut eine gute Entscheidung wagt, unsre Zustimmung zu sagen. Er bekommt so schnell einen Waschkorb voll Zornesbriefe; er

muß ein Bündel Briefe der Zustimmung a u c h bekommen, und darunter unsren Brief.

Martin B u b e r hat uns erzählt, wie er als Knabe die jüdische Legende gehört hat: ‚Vor den Toren der Stadt Rom sitzt ein aussätziger Bettler und wartet. Es ist der Messias.' ‚Worauf wartet er?' habe der Knabe den Erzähler gefragt, und der gab ihm zur Antwort: ‚Auf dich'. Diese Geschichte, die Frage und die Antwort — sie sind nicht anders zu deuten denn als Aufruf an den einzelnen, seinem Gewissensentscheid zu folgen. Am guten Tag glauben wir ja, daß es so etwas gibt wie die Macht des einzelnen wider alle Mathematik der Finsternis und wider allen Augenschein; aber nicht allewege ist dieser ‚gute Tag'. Doch auch noch am resignierten Tag sollen wir uns zu unsrem Ja und zu unsrem Nein bekennen: die abscheuliche Wassersuppe des ewigen Sowohl-als-auch: an u n s r e m Tisch werde sie nicht gelöffelt.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Entspannung und Abrüstung

Aus der Budapester Rede N. S. Chrustschows am 1. Dezember 1959

. . . Wir Kommunisten haben niemals verhehlt, und verhehlen auch jetzt nicht, daß wir überzeugte Anhänger und aktive Kämpfer für eine solche Gesellschaftsordnung sind, in der kein Platz für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für die Knechtung der einen Völker durch andere ist, in der Freiheit und Glück für alle Menschen und alle Völker verbürgt sind. Eben deshalb sind die Kommunisten die konsequentesten Kriegsgegner.

Für die sozialistischen Länder gibt es keinerlei Beweggründe zur Entfesselung von Kriegen, zur Verbreitung ihrer Ideen mittels Waffen . . . Wir waren und sind für die Lösung aller strittigen oder ungeregelten Fragen in den Beziehungen zwischen den Staaten auf friedlichem Wege, durch Verhandlungen. Wir haben Wege gesucht und werden sie weiterhin suchen, die in der Lösung der strittigen Fragen sowohl für die kapitalistischen als auch für die sozialistischen Staaten annehmbar sind, um den Ausbruch eines Krieges zu verhüten . . .

Wenn man die Reden Bundeskanzler A d e n a u e r s liest, könnte man glauben, daß nicht Hitlerdeutschland, sondern die Sowjetunion den zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hätte, der die Völker Dutzende Millionen Menschenleben und unermeßliche materielle Opfer gekostet hat, könnte man glauben, daß die Sowjetunion Deutschland überfallen habe und nicht Hitlerdeutschland den Raubüberfall auf unser Land verübt hätte . . .

Wir gehen von den Prinzipien der Koexistenz aus. Die Sowjetunion hat einen Abrüstungsvorschlag unterbreitet, und wir sind jederzeit bereit, ein derartiges Abkommen zu unterzeichnen und an seiner Realisierung auf Grund der umfassendsten und tiefsten Kontrolle unter der Aegide der Organisation der Vereinten Nationen oder eines anderen internationalen Organs heranzugehen. Wir sind für wirkliche Abrüstung unter wirklicher Kontrolle, bei der kein Staat insgeheim seine Armee wiederaufstellen und einen Krieg beginnen könnte.

Damit aber auf der einen wie auf der anderen Seite Sicherheit bestehe, müssen wir die Frage Westberlin lösen.

Wie kann das geschehen? Das einzige Mittel ist die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland. Einen solchen Vorschlag haben wir auch unterbreitet. Einem Friedensvertrag kann niemand ausweichen, wenn die anderen Länder, von denen die Unterzeichnung des Friedensvertrages abhängt, auf dem Boden des Friedens und der Koexistenz stehen. Die Überreste des zweiten Weltkrieges müssen endlich beseitigt werden, denn sie sind ein Nährboden für die Brandstifter eines dritten Weltkrieges. Wir forcieren nicht die Lösung der Frage Westberlin, wir stellen keinerlei Termine, kein Ultimatum; zugleich aber werden wir unseren Einsatz für die Herbeiführung einer Vereinbarung mit unseren Verbündeten nicht verringern.

Wenn wir alle Mittel ausprobieren und sie nicht zu den gewünschten Resultaten führen, dann bleibt uns kein Ausweg als die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit demjenigen der zwei deutschen Staaten, der dies zu tun wünscht. Und die Verantwortung für die Weigerung, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, werden dann nicht wir tragen. Diese Verantwortung werden diejenigen tragen, die an die Lösung dieser Frage unvernünftig herangegangen sind, die nicht den Weg der Minderung der Spannungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen eingeschlagen haben, sondern vielmehr wollen, daß die Gefahrenquelle bestehen bleibe, von der ein dritter Weltkrieg droht . . .

. . . Wir wiederholen immer wieder: Koexistenz ist Nichteinmischung von Staaten in die Angelegenheiten anderer Staaten, Anerkennung des Rechts eines jeden Volkes, das Regime und das soziale System zu erwählen, unter denen dieses Volk zu leben wünscht . . . Die Sowjetunion beabsichtigt nicht, denjenigen Vorschub zu leisten, die für eine „Politik der Stärke" sind. Wir würden gern auch einen Vertrag mit Westdeutschland, zusammen mit unseren Verbündeten, unterzeichnen; wenn wir das aber nicht erreichen, werden wir zur Unterzeichnung eines einseitigen Vertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik gezwungen sein.

Bundeskanzler Adenauer meint, die Lösung der Deutschlandfrage sei die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Interessen und die Bestrebungen des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung, zur Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates sind verständlich. Doch die Frage gewinnt bei der real bestehenden Beurteilung der Dinge, da Deutschland in zwei Staaten mit verschiedener sozialer und politischer Struktur gespalten ist, besondere Bedeutung. Diese Frage können nur die Deutschen selber lösen, denn alles hängt davon ab, welche soziale und politische Ordnung in dem geeinten Deutschland bestehen wird . . .

Eisenhower fordert allgemeine kontrollierte Abrüstung

Präsident Eisenhower erklärte anläßlich seines Indien-Besuches am 10. Dezember 1959 vor dem Parlament in Neu-Delhi: „Auch wenn wir alles unternehmen werden, um der freien Welt die Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit zu liefern, werden wir eine Einschränkung der Rüstungen auf der Grundlage einer gegenseitigen und wirksamen Inspektion anstreben . . . Die allgemeine kontrollierte Abrüstung ist ein Gebot unseres Zeitalters. Die Forderung von Hunderten von Millionen Menschen nach Abrüstung ist so gebieterisch, daß sich ihr niemand verschließen kann . . . Meine eigenen Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben mich davon überzeugt, daß die Furcht, die Verdächtigungen und die Vorurteile zu einem großen Teil beseitigt werden können. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß Männer und Frauen der ganzen Welt zusammen ein bestimmtes Ziel anstreben: man muß das vergessen, was gewesen ist, und zusammen für das kämpfen, was sein kann."

Eisenhower: Der Friede — Sache der Völker

Am Freitagmorgen war dem Präsidenten der Doktorhut der Juristischen Fakultät der Universität Neu-Delhi von deren Rektor, dem Vizepräsidenten Radhakrischnan, überreicht worden. An der Feier nahm auch Nehru teil. Zehntausende von Studenten begrüßten den Präsidenten herzlich. Anschließend gab Eisenhower im modernen Gebäude der amerikanischen Botschaft ein Essen für Staatspräsident Prasad. Er sagte dort, der Frieden werde nicht von zwei oder drei Leuten gemacht, die sich zu so etwas wie einer Gipfelkonferenz zusammensetzten und Ansichten austauschten, die selten über-

einstimmten. Es seien die Völker, die den Frieden erreichten. Er habe noch nie ein ausgesprochen kriegerisches Volk getroffen. Dagegen hätten Regierungen die Gewohnheit, die Gefühle ihrer Völker zu verschleiern. Sie, die Regierungen, schafften manchmal erst die Probleme, deren Lösung sie dann ankündigten.

FAZ vom 12. 12. 1959

Die „Gläserne Kuh"

Präsident Eisenhower und der indische Staatspräsident Prasad haben am Freitag die Internationale Landwirtschaftsausstellung in Neu-Delhi eröffnet . . . Die landwirtschaftliche Weltausstellung ist die erste ihrer Art in Asien. An ihr nehmen dreizehn Nationen aus Ost und West teil, statt der Bundesrepublik die Sowjetzone, deren Pavillon mit der neuen Staatsflagge mit Hammer und Zirkel geschmückt ist. Die hier ausgestellte „Gläserne Kuh" wird voraussichtlich — die Kuh gilt in Indien als heiliges Tier — zum Hauptanziehungspunkt der Ausstellung werden. Mit Hilfe von Tonbändern erklärt die Kuh in zwanzig Sprachen, darunter Hindi, ihre wichtigsten Funktionen selber.

FAZ vom 12. 12. 1959

Washington präsentiert die Rechnung

Während der amerikanische Präsident seinen „Kreuzzug für den Frieden" unternimmt, reist sein Staatssekretär Dillon für die Umrüstung. Noch ehe die Bündnispartner in Paris mit Eisenhower zusammentreffen, präsentiert Dillon eine neue Rechnung; auch in Bonn. Deren Endsumme wird durch Faktoren bestimmt, die sich aus der Wirtschaftslage Amerikas ergeben: Exportschwierigkeiten, Rückgang der Devisenbestände, Schwund der Goldreserven. Da ein Rückfall in den Isolationismus nicht die Alternative sein kann, muß Washington zusehen, wie die Last der Ausgaben für die Verteidigung des Westens besser verteilt werden kann. Für die Bundesrepublik wird dabei herauskommen, daß ihre Beteiligung an den Kosten der sogenannten Infrastruktur von 13,8 auf 19 Prozent anwächst. Die Schätzungen der Gesamtforderung schwanken zwischen 1,5 und 1,8 Milliarden.

Süddeutsche Zeitung vom 12./13. 12. 1959

Am Konferenztisch — nicht mit Gewalt

„In einem künftigen Weltkrieg kann es keine Sieger geben". Dies war der Kernsatz in einer Rede, die Präsident Eisenhower am Dienstagnachmittag auf einer Massenkundgebung in Karatschi hielt. Die ganze Welt müsse darauf bestehen, daß am Konferenztisch und nicht mit Gewalt die internationalen Differenzen beigelegt werden.

Die Welt vom 9. 12. 1959.

Zwölf Mächte unterzeichnen den Antarktis-Vertrag

Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und zehn weitere Staaten haben am Dienstag in Washington nach siebenwöchigen Verhandlungen ein Antarktis-Abkommen unterzeichnet, das für das Südpolgebiet ein Verbot von Atomversuchen, Raketen- und Militärstützpunkten, die Einfrierung aller Besitzansprüche — die im übrigen von dem Vertrag unberührt bleiben — und ein Inspektionssystem zur Kontrolle der Einhaltung des Vertrages vorsieht. Die Unterzeichnung des Vertrages war dadurch möglich geworden, daß sich die Sowjetunion am Wochenende zu einem Zugeständnis in der Frage eines Verbots von Atomversuchen in der Antarktis bereit erklärt hatte.

Als kleine Sensation wird die Zustimmung der Sowjets zu dem Kontrollsystem gewertet, das jedem der zwölf Partnerstaaten die Möglichkeit gibt, die Maßnahmen der anderen Staaten an jedem Punkt der Antarktis zu jeder Zeit zu überprüfen. In dem Vertrag wurde außerdem der Austausch von Informationen und Wissenschaftlern der beteiligten Nationen untereinander vereinbart. Unterzeichnet wurde der Antarktisvertrag von den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, Argentinien, Austra-

lien, Belgien, Chile, Japan, Neuseeland, Norwegen und der Südafrikanischen Union ... In Washington heißt es, das für die Antarktis vereinbarte Kontrollsystem könne zum Modell für ähnliche Abkommen in anderen Gebieten der Welt werden.

FAZ vom 2. 12. 1959.

Nato in Gefahr

„Während wir vom Kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz übergehen, wächst die Bedrohung durch den Kommunismus". Die Nato-Allianz, die der militärischen Drohung so gut standgehalten habe, laufe nun Gefahr, in einer Periode der friedlichen Koexistenz zusammenzubrechen.

Paul Henri Spaak auf der Nato-Parlamentarier-Konferenz in Washington, vgl. Süddeutsche Zeitung vom 21. 11. 1959.

Anti-Atomwaffenpartei in Schweden gebildet

Die von einem Studienkomitee der Sozialdemokratischen Partei eingenommene Haltung in der Frage der Kernwaffenforschung war der unmittelbare Anlaß zur Bildung einer neuen politischen Partei in Schweden. Die neue Partei besteht vorläufig vor allem aus Journalisten, Schriftstellern, Wissenschaftlern und Studenten die schon in den bisherigen Diskussionen scharf gegen die Verwendung von A-Waffen in der schwedischen Verteidigung Stellung genommen hat.

Die Tat (Zürich) vom 5. 12. 1959.

Südkorea erhofft nichts von einer Entspannung

„Nur Festigkeit und nicht Kompromisse können einen ehrenvollen Frieden herbeiführen", sagte der Außenminister von Südkorea, Chung Hwan, in Bonn. Befürchtungen, daß sein Land Nachteile durch eine weltpolitische Entspannung ohne gleichzeitige Änderung der Fakten erleiden könnte, sprachen indirekt aus den sehr pessimistischen Äußerungen Hwans.

Nach Besuchen bei Bundespräsident Lübke, Bundeskanzler Adenauer, den Ministern Erhard und von Brentano, bekannte der 67 Jahre alte ehemalige Professor einer christlichen Universität Koreas mit herabgezogenen Mundwinkeln: „Ich bin eher pessimistisch als optimistisch, was den Versuch einer Entspannung anbetrifft."

Die Welt vom 7. 12. 1959.

Uneinig über Berlin

Die britische Diplomatie vertritt die Ansicht, daß Adenauers Haltung sich seit seinem Besuch in Paris weiter versteift habe und daß Adenauer und de Gaulle bei der Pariser Konferenz dem Wunsch der amerikanischen und britischen Regierung, bei der „Gipfelkonferenz" über eine Zwischenlösung für Berlin zu verhandeln, Widerstand entgegengesetzt werden.

Frankfurter Rundschau vom 8. 12. 1959.

Nehru und die deutsche Frage

Die Deutschlandfrage ist höchst seltsam. Es wird viel von der Wiedervereinigung geredet, aber niemand will sie — weder Amerika noch Rußland noch Westdeutschland, Ostdeutschland, England, Frankreich, Polen oder die Tschechoslowakei. Ich werde aus dieser Sache nicht klug ... Ich spreche von der unmittelbaren Gegenwart und nicht von der ferneren Zukunft. Theoretisch wollen die Leute die Wiedervereinigung; aber dann wollen sie sie doch auch wieder nicht, weil heute gewisse fundamentale Tatsachen anerkannt werden und man sich vor gewissen Konsequenzen fürchtet. Wenn ich sage, niemand will

die Wiedervereinigung, so meine ich damit natürlich, jedermann will eine Lösung nur zu seinen eigenen Bedingungen.

Aus einer Pressekonferenz vom 3. 12. 1959 in Neu-Delhi, Neue Zürcher Zeitung vom 10. 12. 1959.

Kommentar zur Äußerung Nehrus über die Wiedervereinigung

Die Bundesregierung kann doch nicht leugnen, daß für sie stets nur eine Wiedervereinigung im Sinne einer totalen Kapitulation des Ostens denkbar war, eine Wiedervereinigung, die es obendrein dem gesamtdeutschen Staat freistellen sollte, sich weiterhin dem bestehenden Bündnis anzuschließen. Daß solche Bedingungen für die Sowjets nicht annehmbar sind, weiß jeder Schuljunge.

Westfälische Rundschau vom 28. 12. 1959.

Appell französischer Intellektueller

Mehr als 350 französische Staatsbürger, Frauen und Männer, darunter zahlreiche führende Professoren, Wissenschaftler, Schriftsteller und Kleriker, haben einen Aufruf an die Regierung unterschrieben, in dem diese aufgefordert wird, auf alle Kernwaffenversuche freiwillig zu verzichten. In der öffentlichen Petition der Vereinigung gegen die Atombewaffnung heißt es, die Unterzeichner des Appells wollten nicht, daß Frankreich auch zum geringsten Teil die Verantwortung an der Verunreinigung der Atmosphäre mit radioaktiven Stoffen zum Schaden der heutigen und der späteren Generation mittragen müsse. Die Regierung wird aufgefordert, die Kernwaffen zu verbieten und die erste Atommacht zu werden, welche ihre Energie einzig und allein in den Dienst des Friedens, des Fortschritts und der Vernunft stellt.

Neue Zürcher Zeitung vom 3. 12. 1959.

Protestmarsch in die Sahara

Eine Gruppe von Atombombengegnern hat am Sonntag von Accra (Ghana) aus den Marsch in die Sahara angetreten, um die französischen Behörden an den geplanten Atomwaffenversuchen zu hindern. Die aus Amerikanern, Engländern und Afrikanern bestehende neunzehn Mann starke Gruppe, die mit zwei Lastkraftwagen reist, will das Versuchsgelände in neun Tagen erreichen. Die Atombombengegner wollen die französischen Behörden mit ihrer Anwesenheit auf dem Versuchsgelände zur Aufgabe ihrer Atomwaffenpläne zwingen und im Falle eines Mißlingens dieser Absicht ihr Leben opfern.

FAZ vom 6. 12. 1959.

Appell an de Gaulle
Offener Brief an den Präsidenten der Französischen Republik

Ew. Exzellenz,

Hochverehrter Herr Präsident!

Wir unterzeichneten Professoren, Assistenten, Studenten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verfolgen seit langem mit tiefer Unruhe die verhängnisvolle Entwicklung der Atomrüstungspolitik in Ost und West und haben uns stets entschieden gegen eine mögliche atomare Aufrüstung Deutschlands gewandt.

Mit tiefer Besorgnis haben wir die wiederholten Ankündigungen von Atombombenversuchen in der Sahara zur Kenntnis genommen.

Im Laufe dieser Wochen wird eine Gruppe von Freiwilligen der internationalen Bewegung gegen Atomrüstung in das Sahara-Sperrgebiet eindringen, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die dortigen Vorbereitungen zu lenken. Wir Unterzeichneten erklären uns solidarisch mit diesem Vorhaben.

Wir appellieren an Sie, Herr Präsident, gerade auch im Hinblick auf die gegenwärtigen Ansätze zur weltpolitischen Entspannung, den politischen Einfluß Frankreichs im Sinne folgender Vorschläge geltend zu machen:

1. Weltweiter kontrollierter Verzicht auf Versuche mit Kernwaffen;
2. Einfrieren der bestehenden Rüstungsverhältnisse als erster Schritt zur kontrollierten Abrüstung;
3. Weiterentwicklung und stufenweise Verwirklichung der Pläne zur totalen weltweiten Abrüstung;
4. Verwendung der freigewordenen Mittel in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zur Aufbauhilfe für die Entwicklungsländer und Notstandsgebiete der Welt.

Der Geist der Versöhnung, der aus Ihren Vorschlägen, Herr Präsident, zur Beilegung des Algerienkonfliktes spricht, läßt uns hoffen, daß dieser Appell nicht ungehört verhallen wird.

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Präsident,
den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung!

gez.

BERLINER ARBEITSAUSSCHUSS GEGEN DEN ATOMTOD

Dr. Erich Müller Gangloff — Prof. Dr. W. Schaaffs — Pfarrer Dr. Harnisch — Dr. W. Dornfeld — Dr. W. H. Meyer — Klaus Ehrler — Manfred Rexin — Ansgar Skriver — Wolfgang F. Haug — Norbert Adrian — Harry Ristock — Robert Julius Nüsse — Christoph Albers — Prof. Dr. W. Weischedel — Prof. D. H. Gollwitzer — Prof. G. Gollwitzer — Prof. D. H. Vogel — Prof. Dr. Goldschmidt — Prof. Dr. H. H. Schrey — Prof. Dr. O. K. Flechtheim — Prof. Dr. R. Sühnel — Prof. Dr. R. Schottlaender — Dr. M. von Brentano — Friedrich W. Marquardt — Rudolf Weckerling — Propst D. H. Grüber — Pfarrer Dr. H. Schroth — Pfarrer M. Lebmann — Pfarrer G. Kiefel — Pfarrer J. Müller — Pfarrer J. Kanitz — Günther Anders — Hans Scholz — Wolfdietrich Schnurre — Boleslav Barlog — Hans Lietzau — Albert Bessler — Rolf Ulrich — Dr. Werner Stein — Wolfgang Lüder — Helmut Lehmann — Dr. med. Lettan — Dipl.-Ing. D. Römer.

Aufrüstung

Die ausschlaggebende Rolle

Aber wollt ihr das Pikanteste an der Geschichte wissen? Es besteht darin, daß die ausschlaggebende Rolle bei der Organisation der antisowjetischen Verteidigung in Kürze Deutschland zufallen soll. Bonn weiß das Versagen anderer wunderbar auszunützen. Minister S t r a u ß schickt sich also an, für einen seiner Generale das Oberkommando der Armeegruppe Nord zu verlangen, das gegenwärtig der Engländer Sir James C a s s e l s hat. Strauß hat ein gewichtiges Argument zur Unterstützung. Die britischen Aufgebote jenseits des Rheins zählen nur 55 000 Mann. Wir können infolgedessen erwarten, daß bald ein ehemaliger Offizier des Führers im Vordergrund glänzt.

L'Aurore (Paris), vgl. Frankfurter Rundschau vom 28. 11. 1959.

Bonn soll Atomwaffen bauen

Der Verteidigungsausschuß der Westeuropäischen Union hat die Aufhebung einiger der der Bundesrepublik auferlegten Rüstungsbeschränkungen gefordert. Ein entsprechender Plan wurde dem WEU-Parlament in Paris vorgelegt. Er muß vom Rat der WEU in Zusammenarbeit mit der Nato genehmigt werden. Seine Verwirklichung würde bedeuten, daß die Bundesrepublik in die Entwicklung und Produktion atomarer Waffen eingeschaltet wird.

Deutsche Zeitung vom 3. 12. 1959.

Protest gegen Lieferung von Atomwaffen an Bonn

Achtzig Labourabgeordnete, nahezu ein Drittel der sozialistischen Unterhausfraktion, haben einen Antrag unterzeichnet „gegen die Belieferung Westdeutschlands mit taktischen Atomwaffen und ferngelenkten Raketengeschossen mit nuklearer Verwendungsfähigkeit" ... In dem Unterhausantrag wird die britische Regierung beschuldigt, die von den achtzig Labourabgeordneten angegriffene Politik zu unterstützen und damit „die Diskussion der lebenswichtigsten Probleme auf der verspäteten Gipfelkonferenz unmöglich zu machen". Die Regierung wird aufgefordert, diese Politik „bis nach der Gipfelkonferenz" einzustellen.

FAZ vom 5. 12. 1959.

Anmerkung der Redaktion:

Zu den Antragstellern gehören u. a. die Abgeordneten Barbara Castle, Jennie Lee, Crossman, Harold Davies, Shinwell, Swingler, Driberg, Zilliacus, Sydney Silverman, Breech Jones. Bis zum 10. 12. hat sich die Zahl der Befürworter des Antrages auf 107 erhöht.

66 Starfighter bestellt

Die 66 Flugzeuge vom Typ Starfighter, die das Bundesverteidigungsministerium in den USA bestellt hat, kosten je Stück 5,725 Millionen DM. Diese Auskunft gab Minister Strauß auf eine kleine Anfrage der SPD. Es handele sich um den Typ 104 g und nicht um das Muster 104 a, dessen Preis in einem von der SPD zitierten Pressebericht mit 3,7 Millionen DM angegeben worden sein soll.

Deutsche Zeitung vom 5./6. 12. 1959.

Heilige und Atomraketen

Der Artillerie-Inspekteur der Bundeswehr, General Gieser, hatte mit Bedacht gerade diesen Tag für eine Vorstellung besonderer Art ausersehen, weil es der Tag der heiligen Barbara war. Sie ist Schutzpatronin der Artilleristen. Unter ihrem Namen haben schon jahrhundertelang katholische Soldaten vieler Völker einander bombardiert, und es ist durchaus fraglich, ob das im Sinne dieser recht volkstümlichen Heiligen war. Jedenfalls dient sie heute auch als Schutzpatronin. Zweimal drückte am Freitag General Gieser auf den Knopf, und über den Truppenübungsplatz Bergen donnerten die ersten beiden Kurzstreckenraketen der Bundeswehr. Sie sind so teuer, daß sie im Ernstfall nur mit Atomsprengköpfen abgeschossen werden sollen, die fast die Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe haben. Aus einer dritten Rakete aber stieg ein Raketenleutnant im weißen Gewand, mit goldenem Gürtel und hochhackigen Pumps. Er sollte die heilige Barbara verkörpern und bekam von General Gieser eine Flasche Schnaps „für die bewiesene Treffsicherheit".

Ganz zu schweigen davon, daß hier mit einem religiösen Symbol zumindest Schindluder getrieben wurde, hörten wir gern einmal, was der dieser Religion anhängende Verteidigungsminister in Bonn dazu meint.

Der Mittag vom 7. 12. 1959.

Neue Runde im Düsenjägerstreit

Die schon seit einiger Zeit anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen der amerikanischen und der französischen Flugzeugindustrie um die Belieferung der europäischen Streitkräfte sind in ein neues Stadium getreten. Wie heftig und erbittert diese Kämpfe sind, die sowohl im kaufmännischen als auch im militärischen Bereich ausgefochten werden, geht aus einer Äußerung eines der französischen Gruppe nahestehenden Fachmanns hervor: es gehe jetzt um Sein oder Nichtsein der französischen Flugzeugindustrie ...

Von französischer Seite wird kein Hehl daraus gemacht, daß die französische Flugzeugindustrie, die bereits viertausend Arbeiter entlassen mußte, in Schwierigkeiten geriete, wenn Holland sich für den Starfighter entschiede, da dann auch Belgien gezwungen wäre, die Maschinen gleichen Typs zu bestellen. Frankreich verhandelt ferner mit der Schweiz, Griechenland und der Türkei. Es geht um die Einführung von etwa tausend Flugzeugen.

FAZ vom 10. 12. 1959.

Atomare Aufrüstung

Die Pläne des Verteidigungsministeriums, die Bundeswehr mit modernsten Waffen auszurüsten, sind durch den überraschenden Beschluß des Verteidigungsausschusses des Bundestages am Mittwochnachmittag ein erhebliches Stück vorangebracht worden. Der Ausschuß genehmigte, wie schon berichtet, die Beschaffung von weiteren 364 Abfangjägern des Typs Starfighter G im Werte von 2,5 Milliarden DM und stimmte dem Kauf einer geheimgehaltenen Anzahl von ferngelenkten Atomraketen des Typs „Mace" im Werte von 480 Millionen DM zu ... Besonders sparsam mit Informationen ist das Verteidigungsministerium hinsichtlich der beschlossenen Ausrüstung der Bundeswehr mit der Rakete „Mace". Es wurde lediglich erklärt, daß diese Waffe später Aufgaben übernehmen soll, die bisher von bemannten Flugzeugen wahrgenommen werden. Wie verlautet, sollen etwa 150 Abschußrampen mit den dazugehörigen Geschossen geliefert werden. Der Stückpreis liegt bei 3,5 Millionen Mark. Die „Mace" ist eine Weiterentwicklung des radargesteuerten V 1-ähnlichen Flugkörpers „Matador", über den die Bundeswehr bereits verfügt; sie lenkt sich selbst ins Ziel und fliegt mit Überschallgeschwindigkeit über eine Distanz von 1000 bis 16 000 Kilometer. Sie soll vornehmlich gegen Bodenziele eingesetzt werden.

Stuttgarter Zeitung vom 11. 12. 1959.

Bundesrepublik soll zahlen

Schon in sehr kurzer Zeit ist eine drastische Wendung der Vereinigten Staaten gegenüber ihren Nato-Partnern zu erwarten. Die USA sind fest entschlossen, sich eines Teils der finanziellen Rüstungslasten zu entledigen und diese Lasten den europäischen Nato-Staaten, vor allem aber der Bundesrepublik, aufzuerlegen ...

... Die Bundesrepublik wird von all diesen Ländern am stärksten betroffen werden, denn sie soll einen wesentlichen Teil des amerikanischen Ausfalls finanzieller und militärischer Natur aufbringen ...

... Die dann unvermeidliche Notwendigkeit, die Steuerlasten spürbar zu erhöhen, dürfte aber auch bei den jetzt noch zögernden Kreisen die Bereitschaft auslösen, sich nicht mehr gegen rasche, womöglich auch regional begrenzte Abrüstungsmaßnahmen zu stemmen.

Westfälische Rundschau vom 12. 11. 1959

Rüstungsindustrie bekommt 4 Milliarden Starthilfe

... Amerikanische Quellen geben bekannt, daß die westdeutsche Rüstungsindustrie finanzielle Aufbauhilfe erhalten werde, die in den nächsten sechs bis sieben Jahren einen Gesamtbetrag von 4,2 Milliarden DM erreichen soll. Die amerikanischen Meldungen treffen mit einem „Rückblick auf das erste Jahrzehnt" des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zusammen, in dem festgestellt wird, daß die westdeutsche Industrie jetzt den „Ohnemich-Standpunkt" bei der Fertigung von Rüstungsgerät überwunden habe. In politischen Kreisen haben diese Meldungen großes Aufsehen erregt. Es wird befürchtet, daß der Aufbau einer umfangreichen Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik die jetzt begonnenen Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung wesentlich erschweren könnten.

Westfälische Rundschau vom 17. 10. 1959.

Freiheit und Demokratie

Atomwaffen gefährden Freiheit ...

Die Einführung der Atomwaffen in demokratischen Nationen muß schließlich fast zwangsläufig zu einer wachsenden Unterdrückung der Kritik an diesen Waffen führen. Denn in einem atomaren Krieg, der ja keine Front mehr kennt, ist die möglichst hundertprozentige Zustimmung der Öffentlichkeit notwendiger denn je. Nichts fürchtet die atomare Strategie so sehr wie die Panik der Bevölkerung „im Hinterland", ihren seelischen Zusammenbruch unter der bloßen Drohung oder bereits der ersten Wirkung atomarer

Feindwaffen. (Diese Information verdanke ich dem früheren französischen Sachverständigen für atomare Strategie beim Stab der Nato, Generalmajor Gallois!). Die kürzlich vom Minister Strauß angekündigte „psychologische Verteidigung" gegen die Kritiker an der atomaren Aufrüstung ist schon ein erster Schritt auf diesem Wege zur Atomgleichschaltung.

Robert Jungk in Gesamtdeutsche Rundschau vom 22. August 1958.

Antifaschismus auf der Anklagebank

Die britische Wochenschrift New Statesman hat in ihrer Nummer vom 21. November 1959 folgenden Leserbrief abgedruckt:

Am 23. Oktober stellte der westdeutsche Innenminister Gerhard Schröder den Antrag, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in ganz Westdeutschland zu verbieten. Er forderte ein Gericht in Westberlin auf, die Organisation nach Art. 9 der westdeutschen Verfassung für illegal zu erklären, ein Artikel, der Organisationen von verbrecherischem Charakter für illegal erklärt, oder solche, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten oder gegen die Idee der internationalen Verständigung.

Augenscheinlich ist das Argument der westdeutschen Behörden das, daß sich in dieser Organisation eine Anzahl von Kommunisten befinden (keine überraschende Tatsache, da sie sich auf Männer und Frauen beschränkt, die unter dem Naziregime litten) und daß sie daher für illegal erklärt werden sollte, da die Kommunistische Partei schon illegal ist. Ein ähnliches Argument wird gebraucht bei der Verfolgung einer Anzahl Führer der westdeutschen Friedensbewegung, die jetzt im Gange ist.

Die VVN wurde gegründet mit der Zustimmung aller vier Besatzungsmächte, und ihren Mitgliedern wurden besondere Vorrechte zuerkannt, als Hinweis darauf, daß sie keine Verantwortung trugen für den Krieg Hitlers.

Wenn wir feststellen, daß die Gegner des Naziregimes angegriffen werden und diejenigen, die an seinen Verbrechen teil hatten, sich in hohen Ämtern in der Bundesrepublik befinden, so sind wir mit Recht beunruhigt. Dr. Adenauer sollte wissen, daß Millionen von Briten, die zwei Weltkriege erinnern, aufgerührt sind durch diese Entwicklung.

Harold Davies, House of Commons (Labour).

Wortlaut der Presse-Erklärung von Prof. Dr. Walter Hagemann vom 2. 12. 1959

In einem Augenblick, in dem die Bundesregierung gezwungen ist, infolge einer außenpolitischen Wende ganz neue Wege einzuschlagen, legte man mir Ausführungen zur Last, in denen ich bereits vor langen Monaten auf diese kommende Entwicklung hingewiesen und praktische Wege einer deutschen Politik aufgezeigt habe. Das Gericht verurteilte mich nicht nur wegen des publizistischen Stiles, sondern auch wegen des sachlichen Gehaltes meiner Kritik. Dies steht im Widerspruch zu den ausdrücklichen Erklärungen des NRW-Kultusministers gegenüber Rektor und Senat der Universität Münster, wonach die Freiheit der Meinung und die Wissenschaftsfreiheit der Hochschullehrer nicht angetastet werden sollen.

Besonders betroffen bin ich durch die nachträgliche Einbeziehung privatester, durch persönliche Tragik verursachter Tatsachen in dieses rein politische Verfahren. Hierbei wurde das Material mit Hilfe von sonst nur bei Kriminellen üblichen Ausforschungsmethoden und unter Bruch bindender amtlicher Zusagen beschafft. Gegenüber irrigen oder irreführenden Zeitungsberichten möchte ich vor allem feststellen, daß ich niemals mit irgendeiner Studentin meines Instituts unerlaubte Beziehungen unterhalten oder erstrebt habe.

Ich werde gegen das Urteil, das nach seiner mündlichen Begründung in mancher Hinsicht das Grundgesetz außer acht gelassen hat, bis zu den höchsten westdeutschen und internationalen Instanzen auf dem Rechtswege vorgehen. Ich habe nicht die Absicht, meinen Wohnsitz zu verlegen, und es fehlt mir jedes Verständnis für die in der Öffentlichkeit aufgeworfene Frage, ob ich „in die Sowjetzone gehen" würde.

gez. Prof. Dr. Walter Hagemann
Münster

Zum Fall Hagemann

Es kann nicht bestritten werden, daß Prof. Hagemann einmal vor dem Nationalrat der Nationalen Front gesprochen hat ... Aber dient man bei einem Auftreten vor einem solchen Forum verfassungsfeindlichen Bestrebungen, auch wenn man nur Fragen zur Wiedervereinigung stellt? Welches Urteil müßte das Verwaltungsgericht denn über den jetzigen Justizminister Schäffer fällen, nachdem er in Ostberlin verhandelte? Würde jenes Verwaltungsgericht auch den Stab über Bundesminister Lemmer brechen, von dem es heißt, er habe damals politische Gespräche mit Nuschke geführt? Hat das Verwaltungsgericht nicht versäumt, ein Gutachten bei diesem gleichen Justizminister darüber einzuholen, wie Beamte zu beurteilen sind, die mit sowjetzonalen Stellen sprechen? ... Es ist zu hoffen, daß die Berufungsinstanz den Mut hat, im „Fall Hagemann", der immer ein „Fall CDU" gewesen ist, reinen Tisch zu schaffen. Weil in Münster ein höchst fragwürdiges Urteil gesprochen wurde, konnten wir uns nicht entschließen, eine Untersuchung von Prof. Hagemann über die Tatsache, daß der Westen den Kalten Krieg schon verloren hat, nicht zu veröffentlichen. Es würde unter dem Eindruck des münsterschen Spruches gerade das erreicht, was gewisse Hintermänner anstreben: Einen Mahner mundtot zu machen. Den Gefallen wollen wir ihnen aber nicht tun.

Westdeutsches Tageblatt vom 5. 12. 1959.

Gegen zunehmende Politisierung des Rundfunks

Bedenken gegen eine „zunehmende Politisierung des Rundfunks" erheben die verantwortlichen Gremien der Evangelischen Rundfunk- und Fernseharbeit in einer Erklärung, die zu dem neuen Entwurf der Bundesregierung für ein Rundfunkgesetz Stellung nimmt.

Die Ständige Kommission der Evangelischen Rundfunkarbeit und die Evangelische Fernsehkommission weisen in ihrer Erklärung auf die durch den Gesetzentwurf vorgesehene Bestellung der Aufsichtsorgane für die zu errichtenden Anstalten hin und geben der Befürchtung Ausdruck, daß die Entsendung der Mitglieder dieser Organe durch die Bundes- und Länderregierungen parteipolitisch nicht unbeeinflußt bleibe. „Wegen der entscheidenden Bedeutung, die der politischen Unabhängigkeit des Rundfunks und des Fernsehens zukommt, sollte daher eine andere Lösung angestrebt werden." Der Gesetzentwurf schließe auch nicht die Möglichkeit aus, daß auf dem Wege der Lizenzerteilung und der Gebührenregelung ein politischer Einfluß ausgeübt werde. Die evangelisch-kirchlichen Gremien empfehlen deshalb, für diese wichtige Aufgabe eine unabhängige Instanz auf Bundesebene einzuschalten.

Die schwersten Bedenken werden jedoch dagegen geltend gemacht, daß der Gesetzentwurf das zweite Fernsehprogramm an private Programmgesellschaften vergeben will, ohne etwas über deren Charakter, Zahl und Finanzquellen oder über die Gesichtspunkte der Lizenzierung zu sagen. „Es besteht daher die Möglichkeit, daß hier eine Monopolisierung stattfindet." In diesem Zusammenhang wird auf die von evangelisch-kirchlicher Seite gegen jede Form des Werbefernsehens vorgetragenen Bedenken verwiesen, da die privaten Gesellschaften ihr Programm voraussichtlich durch Werbung finanzieren würden. Die bereits jetzt vorhandenen und ständig wachsenden Gebühreneinnahmen rechtfertigen aber ohnehin bei richtiger Verteilung keineswegs die kommerzielle Finanzierung eines zweiten Programms, sie ließen durchaus die Möglichkeit offen, dafür eine Anstalt öffentlichen Rechts auf Gebührengrundlage einzurichten.

Evangelischer Pressedienst vom 5. 12. 1959.

Wo „die Gemütlichkeit aufhört"

Wenn es ein lebendes Beispiel für den weiten Meinungsspielraum innerhalb einer Partei wie der CDU/CSU gibt, dann ist es Peter Nellen. Aber auch bei diesem Meinungsspielraum gibt es Grenzen, bei deren Überschreiten „die Gemütlichkeit aufhört". So kann man nur mit einem Kopfschütteln Nellens Äußerung auf einer evangelischen Akademietagung, bei der der Schreiber dieser Zeilen als Sprecher

verhindert war, zur Kenntnis nehmen, wonach „die stabilisierte politische Mehrheit die freie Meinungsäußerung in der Bundesrepublik gefährde und eine über die absolute Mehrheit verfügende Partei schon durch die Beseitigung des Informationsmaterials die Kritik normieren könne".

Deutschland-Union-Dienst vom 26. 11. 1959.

Halbe Wahrheiten sind gefährlich

Nur mit Sorge und ernsten Bedenken und Vorbehalten hören wir die immer wieder und von vielen Seiten verkündete Aufforderung, mit der Macht nicht „pingelich" und zimperlich umzugehen. Wir leben in einer weltweiten Zeitsituation, wo nach dem Urteil von einsichtigen und besorgten Zeitgenossen im genauen Gegenteil alles darauf ankommt, die Macht zu zähmen und durch strenge Normen einzugrenzen ... Gerade eine christlich-demokratische Geisteshaltung kann und darf sich vor der Verführung der Macht nicht naiv stellen. Sie sollte nicht leugnen, daß es sehr reale Anfälligkeiten und Versuchungen gibt, das Urteil und den Willen des Staatsbürgers zu manipulieren und die notwendige demokratische Kritik zu normieren. Das geschieht weder durch Kommissare noch durch Zwang oder Kuratel. Man kann es aber auch dadurch zu erreichen versuchen, daß man ganze Ausschnitte politischer Wirklichkeiten und Möglichkeiten zudeckt, andere parteipolitisch einfärbt, verkürzende Schlagworte ständig wiederholt, wichtige Veränderungen in der innen- und außenpolitischen Wirklichkeit verschweigt, verschleiert oder leugnet.

Peter Nellen (MdB), Kölnische Rundschau vom 3. 12. 1959.

Nellen's offene Worte

Ein Sturm um den Atomwaffengegner Peter Nellen, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Münster, ist von der bayrischen CSU entfacht worden ... Nellen hatte erklärt: „Man kann nicht mit der Atombombe leben". Er forderte die Politiker in aller Welt auf, „vom Machtdenken zum Friedensdenken" zu gelangen.

Wenn Bundesverteidigungsminister Strauß erkläre, die Atombombe sei eine Waffe, die niemals angewendet werden dürfe, so müsse man fragen: „Warum dann eigentlich eine Atombombe?"

Der CDU-Abgeordnete meinte, es gebe zwar eine notwendige Verteidigung, aber eine Abwehr mit Atombomben sei wegen der katastrophalen Folgen nicht mehr erlaubt. Deshalb sei es paradox, eine atomar ausgerüstete Wehrmacht aufzustellen, deren einziger Sinn es sei, nicht eingesetzt zu werden.

Die Welt vom 7. 12. 1959.

Streit mit Jesuitenpater

„Der Untergang der Menschheit, der mit einem atomaren Krieg heraufbeschworen werden kann, schließt die Bekundung der Ehre Gottes aus." Mit diesen Worten wandte sich der CDU-Abgeordnete Peter Nellen in Würzburg gegen die Äußerung des Jesuitenpaters Gundlach, der in der Domschule Würzburg im Februar einen Verteidigungskrieg bejaht hatte, „der unter Umständen den Einsatz atomarer Waffen rechtfertigt, auch wenn die Welt dabei untergehen sollte". Der Theologe sprach damals den Satz aus: „Wir können dann sagen, daß Gott der Herr, der durch seine Vorsehung uns in eine solche Situation hineingeführt hat, auch die Verantwortung übernimmt." Nellen bezeichnete nun diese moraltheologische Auffassung als eine „Perversion des Menschlich-Christlichen". Er appellierte an das Gewissen der Politiker und Theologen, sich von den Atomfachleuten illusionslos über die schwerwiegenden Schäden einer künftigen Auseinandersetzung aufklären zu lassen, und stellte als Ergebnis seiner Darlegungen fest: „Mit der Atombombe kann man nicht leben."

Süddeutsche Zeitung vom 7. 12. 1959.

Warum immer nur Nellen?

... Was der Regierungschef auch einsam beschließen mochte, die Fraktion nahm es hin, nicht ohne Murren zuweilen, stets aber ohne Widerstand.

Nur deshalb, weil das so ist, und weil man sich an diese Übung, die eine Parlamentsmehrheit zum Hilfsorgan der Regierung degradiert, schon längst gewöhnt hat, konnte aus dem Versuch des Abgeordneten Nellen, mit seinem eigenen Kopf zu denken und das eigene Gewissen zu Rate zu ziehen, so etwas wie ein „Fall Nellen" werden. Nur im Schoße einer Fraktion, die ungeachtet ihrer zahlenmäßigen Stärke keineswegs stark genug ist, um das Argument sogenannter Außenseiter zu wägen oder auch nur zu ertragen, kann ein im Grunde konservativer und disziplinierter Mann wie Nellen zum „Rebellen" gestempelt werden.

Nellen hat den ihm zur Last gelegten Vortrag in Würzburg damit eingeleitet, daß er klar jene Distanz bezeichnete, die ihn von den Veranstaltern, dem Komitee gegen Atomrüstung, trennt. Er hat sich also nichts anderes zu Schulden kommen lassen, als daß er die Diskussion suchte. Er tat es, weil er offenbar noch an den Wert des Austauschs der Meinungen glaubt, was allerdings Achtung vor den Beweggründen und Argumenten anderer voraussetzt. Wenn sich die Fraktion heute versammelt, um einer Art Scherbengericht beizuwohnen, müssen sich die Parteifreunde darüber klar sein, daß Nellen den Willen des Grundgesetzes auf seiner Seite hat, hingegen sie nur den Fraktionszwang. Überdies mögen sie sich fragen, ob nicht sogar der Bundeskanzler eine bessere Meinung von seiner Fraktion besäße, wenn sie die Rolle des mutigen Außenseiters nicht stets und allein Nellen überließe.

Süddeutsche Zeitung vom 8. 12. 1959.

Die „Vergatterung" der CDU-Fraktion

Der Blick auf die Partei ist gestern von ihrem Vorsitzenden ostentativ auf die kommenden Bundestagswahlen im Jahre 1961 gerichtet worden. Die Einheit der CDU wurde lautstark beschworen und der auch unter Christdemokraten keineswegs unumstrittene außenpolitische Kurs des Kanzlers erneut bekräftigt. Es ist mehr als zweifelhaft, ob diese „Vergatterung" von 277 Bundestagsabgeordneten der Regierungspartei jene untergründige Verstimmung und Unsicherheit wird beheben können, die nicht erst seit Dienstag die bislang mächtigste Partei des westlichen Deutschlands in eine Krise stürzte. Die Person Konrad Adenauers ist vielmehr eine Gewähr dafür, daß diese Partei nicht mehr zur Ruhe kommen wird.

Freie Demokratische Korrespondenz vom 9. 12. 1959.

Vizepräsident Katz für Notstandsgesetze

Vor einer Vogel-Strauß-Politik in der Frage der Notstandsgesetzgebung warnte der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Katz, die Parteien am Wochenende in Bad Godesberg.

Bei der Jahrestagung der deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission sprach Katz von einer bedrohlichen Lücke im Grundgesetz, die spätestens in zwei Jahren ausgefüllt werden sollte. Mehrere neue Verfassungsartikel seien notwendig. Katz empfahl den Parteien, „sich zusammenzufinden, solange das schöne Wetter dauert, um diese Artikel zu formulieren und zu verabschieden. Daran sollte in erster Linie die Opposition interessiert sein".

Falls vor einer solchen gesetzlichen Regelung ein Staatsnotstand eintreten sollte, würde nach Ansicht von Katz „die jeweilige Bundesregierung das Recht usurpieren, Notverordnungen zu erlassen; das bedeutet, daß die jeweilige Bundesregierung so handeln wird, als ob der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung noch existiert und für sie da ist".

Katz warnte: „Wenn Notverordnungen kommen, wird es hart zugehen." Man werde dann mit weitgehenden Einschränkungen der Grundrechte und vielleicht sogar wieder mit

der Todesstrafe zu rechnen haben. Den Anlaß für künftige Notstände werden nach seiner Meinung vor allem wirtschaftliche und soziale Vorgänge geben. Katz verwies auf den letzten amerikanischen Stahlarbeiterstreik und meinte, ein Arbeitskampf von solchem Ausmaß könnte in der auf den Export angewiesenen Bundesrepublik vielleicht zu einer inneren Krise und zu einem Notstand führen.

Die Welt vom 23. 11. 1959.

Anarchie?

Bundesaußenminister von Brentano rühmte die deutsch-französische Freundschaft, die nach seiner Auffassung „bei den Völkern vielleicht noch tiefer geht als in den Regierungen". Nachdem der Minister mehrmals von Zwischenrufen unterbrochen worden war, sagte er: „Was manchmal in der Bundesrepublik unter Freiheit verstanden wird, grenzt schon an Anarchie."

Stuttgarter Zeitung vom 11. 12. 1959 (Bericht aus München)

Wirtschaft und soziale Probleme

Abnahme-Verpflichtung für Sahara-Öl?

Frankreich hat nach Mitteilung von zuverlässiger unterrichteter Seite der Bundesrepublik nahegelegt, sich auf die Abnahme großer Mengen von Erdöl aus der Sahara festzulegen. Solche Abnahmeverpflichtungen, die außer für Sahara-Erdöl auch für französisches Erdgas vorgesehen sind, waren seit der Bildung des Gemeinsamen Marktes bereits generell vorgesehen, und sie haben in den diplomatischen Verhandlungen schon wiederholt eine Rolle gespielt... Es soll sich um so beträchtliche Quantitäten handeln, daß die mit dem französischen Vorschlag vertrauten deutschen Beamten ernste Bedenken hätten. Sie befürchten, wenn die Bundesrepublik eine Abnahmeverpflichtung eingehe, könne das nicht ohne Folgen für den deutschen Kohlenbergbau bleiben.

FAZ, 3. 12. 1959

Kein Geld mehr für Schulen

Ein neuntes und zehntes Schuljahr für die Grundschulen in der Bundesrepublik scheint bis auf weiteres am Lehrermangel zu scheitern. Diese Ansicht vertreten — wie am Samstag in Bonn zu erfahren war — einige Kultusminister, darunter auch Minister Schütz von Nordrhein-Westfalen... Straßen, Schulen und Hochschulen können nach Ansicht des Bremer (Kultur-)Senators Dehnkamp nur dann in ausreichendem Maße gebaut oder erweitert werden, wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik bereit ist, dafür höhere Steuern zu zahlen. Bund und Länder könnten mit den ihnen jetzt zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln einfach nicht mehr mit der Entwicklung Schritt halten, sagte Dehnkamp aus Anlaß der Ministerkonferenz vor der Presse.

Kölner Stadtanzeiger vom 7. 12. 1959

Stillegung beschlossen

Der Aufsichtsrat der Gelsenkirchener Bergwerks-AG (GBAG), der größten deutschen Bergwerksgesellschaft, hat am Donnerstag in Essen die Stillegung der drei Bochumer Zechen „Prinzregent", „Friedlicher Nachbar" und „Engelsburg" beschlossen. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat haben gegen die Stillegung gestimmt.

FAZ vom 11. 12. 1959

Flicks großes Spiel

Friedrich Flick hat eine neue Runde in seinem großen Spiel gewonnen. Was vor wenigen Tagen als gescheitert angesehen wurde, hat er nun doch erreicht: Die Rheinischen Stahlwerke treten ihr Paket Dynamit-Nobel-Aktien an Flick ab. Vor wenigen Tagen noch mußte der Eindruck bestehen, daß Rheinstahl sein Dynamit-Paket mit Klauen und Zähnen verteidigen würde. War das geschickte Taktik der Rheinstahl-Verwaltung, um den Preis hochzutreiben? Oder ist sie gewissermaßen fünf Minuten vor zwölf — nämlich vor dem Fristablauf für das Umwandlungssteuergesetz am 31. Dezember — einem letzten Bekehrungsversuch Flicks erlegen? Jedenfalls hat Flick bei Dynamit-Nobel sein Ziel erreicht. Das Rheinstahl-Paket umfaßt nach den vorhandenen Angaben etwa 32 Prozent des Grundkapitals der Dynamit-Nobel. Wie groß auch immer die bisherige qualifizierte Minderheit Flicks ist, mit diesem Paket ist er unbestrittener Mehrheitsbesitzer. Die freien Aktionäre werden nach dem gleichen Rezept wie bei der Feldmühle über die Gründung einer Art Auffanggesellschaft und unter Anwendung der legalen Möglichkeiten des Umwandlungsgesetzes zum Ausscheiden gezwungen. In beiden Gesellschaften wird es Flick nach dem formellen Abschluß der Aktion nur noch mit einem Partner zu tun haben: Bei der Feldmühle mit Hugo Stinnes, bei Dynamit-Nobel mit dem Schweizer Industriellen Bührle... Kein Zweifel, daß die Entstehung des Flickschen Nachkriegskonzerns ein Paradebeispiel der Konzentration darstellt. Die — völlig legale — Ausnutzung des Umwandlungsgesetzes zur Ausbootung der freien Aktionäre bei der Feldmühle und Dynamit-Nobel hat das im Hinblick auf die Besitzkonzentration deutlich ins Bewußtsein gehoben. Es entbehrt nicht der Ironie, daß der Gesetzgeber im Widerspruch zu seinen eigenen Zielsetzungen dafür die juristische Handhabe geliefert hat...

FAZ vom 11. 12. 1959.

Ärzte protestieren gegen Blanks Gesetzentwurf

Über 500 niedersächsische Ärzte protestierten in Hannover gegen den Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministers Blank zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung. Auf der Protestversammlung kündigten die Ärzte Maßnahmen gegen den Gesetzentwurf an. Wie verlautet, wollen die Ärzte durch eine Handzettelaktion in den Wartezimmern die Bevölkerung in Niedersachsen zum Protest gegen das Gesetz auffordern.

Die Kritik der Ärzte richtet sich vor allem gegen die vorgesehene Beteiligung der Patienten an den Krankenkosten. Die Ärzte fürchten, daß die Volksgesundheit darunter leidet, wenn die Patienten wegen der Kostenbeteiligung den Gang ins Behandlungszimmer hinausschieben. Eine solche Maßnahme führt nach ihrer Ansicht außerdem zu einem Steigen des unkontrollierbaren und schädlichen Arzneimittelverbrauchs.

Die Welt vom 11. 12. 1959

Kein Geld für Kriegsopfer

Temperamentvoll warnte der Kanzler (vor der CDU-Fraktion) vor Mehrausgaben im Bundeshaushalt. Die Abgeordneten müßten auch dann „nein" sagen können, wenn mit „Märschen auf Bonn" gedroht werde. Eine Erhöhung der Kriegsopferrenten vom 1. Januar 1960 an und nicht wie vorgesehen vom 1. Juni 1960 an würde eine Mehrausgabe von 600 Millionen DM bedeuten. Ohne Steuererhöhungen sei das unmöglich.

Die Welt vom 9. 12. 1959

Smirnow: Konkretes Programm für den wirtschaftlichen Wettbewerb

In wenigen Jahren werden in der Sowjetunion die Steuern abgeschafft, die Preise weiter ermäßigt, die 35-Stunden-Woche für alle Arbeiter und in gesundheitsschädlichen Betrieben sogar die 30-Stunden-Woche eingeführt. Außerdem wachsen die Arbeitseinkom-

men um 40 Prozent, die Industrieproduktion der UdSSR wird die der USA in einigen wichtigen Zweigen überflügelt haben und ihr in anderen nähergerückt sein. Nach Ablauf des Siebenjahresplans im Jahre 1965 werde es noch fünf Jahre dauern, bis man die USA in der gesamten Produktion übertroffen habe. Dieses verheißungsvolle Zukunftsbild zeichnete Sowjetbotschafter Smirnow vor dem Wirtschaftsbeirat der SPD in München. Er sprach vor geladenen Gästen über die Auswirkungen des Siebenjahresplanes der UdSSR für die russische und die Weltwirtschaft.

In seinem mit Zahlen und Vergleichen gespickten Referat ging es dem Botschafter, wie er sagte, darum, die unrichtigen Vorstellungen über den Siebenjahresplan zu korrigieren. Smirnow bezeichnete den Plan als konkretes Programm des friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerbs. Anscheinend zögen es manche westliche Kreise vor, in der Atmosphäre des Kalten Krieges zu leben, und versuchten, den Rüstungswettlauf als Allheilmittel darzustellen. Dagegen böte eine Abrüstung große Möglichkeiten zur Absatzsteigerung. Für die Hilfe an die Entwicklungsländer blieben mehr Mittel, und die Industrie der ganzen Welt könnte an der Erschließung dieser Gebiete teilnehmen.

Den Zweiflern, die glaubten, „daß die UdSSR die USA nicht in sieben und nicht in siebzig Jahren einholen werde", präsentierte der Referent das hohe Niveau der Ausbildung in der Sowjetunion. Es gebe 7,5 Millionen Spezialisten mit Hoch- und Fachschulbildung. Es würden zehnmal mehr Ingenieure als in der Bundesrepublik herangezogen. In naher Zukunft würden jährlich bis zu 120 000 Ingenieure ausgebildet werden. Über vier Millionen Menschen lernten zur Zeit an den Hoch- und Fachschulen und insgesamt 60 Millionen an allen sowjetischen Bildungsanstalten.

Deutsche Zeitung vom 14./15. 11. 1959.

BMW nun auch zu Flick

Die Bayerische Motorenwerke AG wird in die Daimler-Benz AG, Stuttgart, eingegliedert ...

... Die Deutsche Bank wird jedoch zusammen mit zwei bayerischen Banken und vor allem mit Daimler-Benz dem Unternehmen 70 Millionen DM neues Kapital zuführen, womit sichergestellt wird, daß Daimler-Benz künftig bei BMW das entscheidende Wort zu sprechen hat ...

... Mit dieser jüngsten Konzentration entsteht ein Automobilkonzern, der zusammen mit der Auto-Union, die seit 1958 ebenfalls zu Daimler-Benz gehört, einen Jahresumsatz von über 4 Mrd. DM erzielen dürfte ...

... Den beherrschenden Einfluß bei Daimler-Benz hat Friedrich Flick, Düsseldorf.

Rheinische Post vom 10. 11. 1959.

*

Entschließung der Synode der rest-schlesischen Landeskirche

Die Kirche sieht mit großer Sorge, daß immer wieder Menschen aus der Deutschen Demokratischen Republik fliehen. Sie hat wiederholt und öffentlich ihren Gliedern abgeraten, diesen Schritt zu tun. Wir müssen aber feststellen, daß heute viele Menschen deswegen ihre Heimat verlassen, weil ihnen die Möglichkeit genommen ist, mit ihren Eltern, Kindern oder auch Ehegatten zusammenzukommen. Diese Trennung bedeutet eine seelische Belastung für die Menschen, die auf die Dauer unerträglich ist. Wir können uns den vielfachen Notschreien in dieser Sache nicht verschließen und bitten die Regierung, das freie Zusammenkommen der Menschen aus beiden Teilen unseres Vaterlandes nicht weiter zu hindern.

Gegenüber allen politischen Erwägungen bitten wir zu bedenken, daß die Maßnahmen weitgehender Reisebeschränkungen menschliche Grundrechte antasten und bei den Betroffenen ein Maß von Bitterkeit hervorrufen, das nicht verantwortet werden kann.

FAZ vom 8. 12. 1959

An die Redaktion der
„Blätter für deutsche und internationale Politik"
Köln am Rhein Barbarossaplatz 7

New York, 17. November 1959

Sehr geehrte Redaktion!

Von Seiten deutscher Freunde erhielt ich das Heft 10 Ihrer Zeitschrift vom 25. Oktober 1959.

Es war mir eine ganz unerwartete Freude, aus den einleitenden Ausführungen zu erkennen, daß in meinem Vaterlande endlich ein Kreis von Männern und Frauen entstanden ist, der völlig klar erkennt und überzeugend auszusprechen vermag, daß ein tief beklagenswerter deutscher Zusammenbruch nur durch eine grundlegende ethische Erneuerung des ganzen deutschen weltpolitischen Denkens — im Sinne einer wahrhaft realistischen Ethik — abgewendet werden kann. Der genannte Artikel wendet diese Erkenntnis mit Recht vor allem auf das deutsch-russische Problem an, das bei uns leider einer bloßen Tages-Politik ausgeliefert wurde, ohne großes und tapferes Gedächtnis alles dessen, was fünf Jahre lang dem russischen Volke zugemutet worden ist. Chesterton sagte einmal, als nach dem ersten Weltkriege die Notwendigkeit einer definitiven Aussöhnung Englands mit Irland diskutiert wurde: „Meine lieben Landsleute, denkt Ihr auch daran, daß die Iren ein Volk sind, das wir zu töten versucht haben? Solches vergißt man nicht." — Genau so könnte man den Deutschen sagen: „Denkt daran, die Russen sind ein Volk, das wir zu töten versucht haben. Solches vergißt man nicht." Die Deutschen haben begreiflicherweise jene ganze mehr als beschämende Epoche ins Unterbewußtsein verdrängt. Die Russen aber haben sie ins Oberbewußtsein gehoben. Ihre ganze Politik gegenüber dem Westen gipfelt in der Entschlossenheit, jede Wiederholung solcher Dinge für immer unmöglich zu machen. Unsere Landsleute haben vergessen, daß man ohne Vertiefung in die Vergangenheit weder die Gegenwart zu verstehen, noch die Zukunft zu bewältigen imstande ist. Hier liegt die ganze Ohnmacht unserer Außenpolitik seit 1945!

Mehr als je aber drängen uns heute alle weltpolitischen Aufgaben und Notwendigkeiten dahin, den Wiederaufbau der deutschen Welt von allen bloß nationalistischen Hoffnungen und Programmen loszulösen und eine neue Vereinigung dieser Welt nur noch im Zusammenhang mit ganz neuen föderalistischen Entwicklungen zu sehen, welche Art von Weltpolitik doch zweifellos die wahre und die älteste deutsche politische Tradition ist; sie allein ist fähig, die Brücke zwischen der westlichen und der östlichen Welt zu schlagen. Über ein solches deutsches Programm und seine geistigen Hintergründe habe ich eingehend im 2. Band meiner „Politischen Ethik" geschrieben. Dieses Buch wird den Titel tragen: „Deutsche Geschichte und politische Ethik" und wird Ihnen nach dem Erscheinen zugehen.

Wenn es uns nicht gelingt, unser Programm im deutschen Volke durchzusetzen, so wird das geschehen, was Goethe zweimal für den Fall vorausgesagt hat, daß statt des universalen Deutschland der eng-geistige Nationalismus den Sieg davonträgt. „Dann werden", so sagte Goethe, „die Deutschen in alle Welt zerstreut werden." Laßt uns hoffen, daß, bevor es zu spät ist, die mehr als tausendjährige universale Tradition des deutschen Volkes endlich wieder zum Durchbruch kommt, wodurch die einzig lebensfähige Grundlage für eine wirkliche Lösung des ganzen auf dem Wege bloßer Machtkonkurrenz niemals zu bewältigenden West-Ost-Problems möglich werden würde.

Mit den besten Wünschen für Ihr höchst wichtiges Werk und mit hochachtungsvollem Gruße, Ihr aufrichtig ergebener Friedrich W. Foerster

Es schrieben bisher u. a.:

Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred von Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Achim von Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S J - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick — Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz von Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Johannes Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther sophia Hayfron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Dr. Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand - Hans Henny Jahnn † - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Prof. Dr. Hanns Linhardt - Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Dr. Basil Mathiopoulos - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter von Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Márton von Pákozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. Levin L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - Philipp Wehr, MdB - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.